

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Die Regierung Dollfuß aus ungarischer Sicht“

Verfasser

Andreas Alfred Nemeth

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil)

Wien, im September 2007

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	4
Vorwort	5
I. Einleitung	7
II. Jahre des Umbruchs	11
2.1 Republikfindung.....	11
III. Die politischen Parteien	14
3.1 Allgemein	14
3.2 Die Christlichsoziale Partei	14
3.2.1 Geschichte.....	14
3.2.2 Die Suche nach neuen Verbündeten	15
3.2.3 Struktur	15
3.3 Die Sozialdemokratie	16
3.3.1 Geschichte.....	16
3.3.2 Die Klientel	17
3.4 Die nationalen Parteien	18
3.4.1 Die Großdeutsche Volkspartei (GDVP).....	18
3.4.2 Der Landbund.....	19
IV. Wien im März 1932 - eine Bestandsaufnahme	21
V. Wirtschaft	24
5.1 Allgemein	24
5.2 Der Weg zum Handelsvertrag mit Ungarn	28
5.2.1 Österreich tastet sich langsam vor	28
5.2.2 Der Zollkrieg	30
5.2.3 Die Ratifizierung des Vertrags.....	33
VI. Die Habsburgfrage	34
6.1 Vorgeschichte	34
6.2 Österreichs Standpunkt	35
VII. Gyula Gömbös	39
7.1 Vom Kadetten zum Ministerpräsidenten.....	39
7.2 Das Ringen um die Kanzlerschaft	41
7.2.1 Graf Istvan Bethlen	41
7.2.2 Mißstimmungen	43
7.2.3 Gömbös Machtübernahme	46
7.2.4 Dollfuß vs. Gömbös	48
VIII. Das Ende der Demokratie	51
8.1 Wachsender Druck.....	51
8.2 Die Parlamentskrise.....	53

8.3 Reaktionen.....	54
8.3.1 Alarmbereitschaft.....	56
IX. Die Allianz mit Italien.....	58
9.1 Annäherung.....	58
9.2 Gespräche zwischen Dollfuß und Mussolini.....	59
9.2.1 Die Trabrennplatzrede.....	61
9.2.2 Gömbös Reaktion.....	62
9.3 Ungarns Beziehung zu Italien.....	64
9.4 Die römischen Protokolle.....	67
9.5 Das Verhältnis Ungarns zu Deutschland.....	69
X. Die Heimwehr.....	70
10.1 Entwicklung.....	70
10.2 Der Landbund verläßt die Regierung.....	72
10.3 Das neue Kabinett.....	75
10.4 Starhemberg.....	77
10.4.1 Reaktionen.....	79
10.5 Waffenlieferungen.....	81
XI. Der Bürgerkrieg.....	84
11.1 Vorgeschichte.....	84
11.2 Kämpfe.....	86
11.3 Reaktionen.....	88
XII. Der Putsch.....	92
12.1 Allgemein.....	92
12.2 Vorbereitungen.....	95
12.3 Die Ermordung Dollfuß.....	96
12.4 Reaktionen.....	97
XIII. Schlußresümee.....	100
Bibliographie.....	102
Abstract.....	107

Danksagung

Ich möchte mich recht herzlich bei all jenen bedanken, die mich beim Entstehen der Diplomarbeit unterstützt haben. Besonders danke ich meinem Diplomvater Prof. Dr. Lothar Höbelt, der mir das Schreiben durch wertvolle Hinweise erleichtert hat. Für die Anregungen zu meiner Quellenrecherche in Budapest möchte ich mich bei folgenden Kollegen bedanken:

Prof. Dr. Gergely Jenő, Dr. Ferenc Nagy, Prof. Dr. Szász Zoltán.

Nicht vergessen werden sollen die Mitarbeiter der ungarischen Akademie der Wissenschaften, des dortigen Staatsarchivs und der Széchenyi Nationalbibliothek, denen ich für ihre zuvorkommende Hilfsbereitschaft danke.

Vorwort

Namhafte Historiker haben sich mit dem Phänomen der I. Republik schon beschäftigt und sie analytisch beleuchtet. Mein Interesse an der Österreichischen Zeitgeschichte, insbesondere das Studium der Zwischenkriegszeit haben mich dazu bewegt, mich mit dieser Epoche gründlicher auseinander zusetzen.

Der Ausbruch des II. Weltkriegs und das daraus neu entstandene Europa wären ohne die Ereignisse der Zwischenkriegszeit nur schwer vorstellbar. Diese 20 Jahre der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, verbunden mit den außenpolitischen Ereignissen der Nachbarstaaten führten letztendlich zu einem neuen Geschichtsbild.

Durch mehrmalige Aufenthalte in Ungarn begann ich auch für die ungarische Geschichte Interesse zu zeigen. Waren Österreich und Ungarn in der k.u.k. Monarchie eng miteinander verbunden, so sind wir uns im 21. Jahrhundert in einer neuen Kooperationsform, in der europäischen Staatengemeinschaft, wieder etwas näher gerückt.

Auch in der Zwischenkriegszeit Ungarns lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede mit Österreich aufzeigen. Ich entschied mich daher, die erste Hälfte der 30er Jahre in die engere Auswahl meiner Betrachtung zu ziehen und wählte Dollfuß und Gömbös als Protagonisten für diese Zeit aus. Dabei legte ich mein Hauptaugenmerk auf die Betrachtungsweise der ungarischen Regierung gegenüber Kanzler Dollfuß.

Die allgemeine Literatur über diesen Themenbereich ist relativ gut erschlossen, doch für eine profundere Analyse entschied ich mich, die dafür notwendigen außenpolitischen Akten im ungarischen Staatsarchiv zu durchforsten. Einige dieser wertvollen Dokumente sind leider nicht mehr vollzählig vorhanden. Die Schlacht um Budapest im II. Weltkrieg und die damit verbundenen Kriegswirren, aber auch Plünderungen und die Revolution von 1956 sind für dieses Malheur verantwortlich.

Zu meiner Verwunderung mußte ich auch feststellen, daß die so genannten Horthy Akten keine Relevanz für den von mir behandelnden Zeitabschnitt haben. Sie geben

keinen Aufschluß auf die bilateralen Beziehungen der beiden Länder. So wie es derzeit aussieht, muß man von einer reinen Repräsentationsfunktion des Reichsverwesers ausgehen.

Meine Recherchen führten mich weiters zur ungarischen Akademie der Wissenschaften, so wie zum schon oben erwähnten Staatsarchiv und der Széchenyi Nationalbibliothek. An der Eötvös Lorand geisteswissenschaftlichen Fakultät konnte ich mir wertvolle Hinweise einholen, die so manche historischen Entwicklungen besser erklären ließen.

Es erwies sich sehr dienlich, auch einige der damaligen ungarischen Tageszeitungen als Quelle mit einzubeziehen, repräsentierten sie ja die politischen Sichtweisen ihrer Klientel.

Diese Diplomarbeit soll die Betrachtungsweise der Regierung Dollfuß seitens der ungarischen Politiker beleuchten. Sie soll aufzeigen, wie Nikolaus Horthy und sein Führungsstab die österreichischen Geschehnisse einschätzten und welche Ambitionen die ungarische Hälfte wirklich verfolgte.

I. Einleitung

Das 20. Jahrhundert ist ganz stark durch die Tragödie des großen Krieges geprägt. Dieser I. Weltkrieg sollte die europäische Dominanz der k.u.k. Monarchie brechen und die Grenzen neu bestimmen lassen. Zwar zerfielen 1918 die Strukturen der Monarchie, doch entwickelten sich anderorts neue Gebilde.

Aus den ehemaligen Kronländern wurden selbständige Staaten, die in starker Konkurrenz zum ehemaligen Dualismus standen. Die Karte Europas veränderte sich also abrupt. Federführend für die Neugestaltung war das „14 Punkte“ Programm des amerikanischen Präsidenten Wilson. Einer dieser Punkte betonte die freie autonome Entwicklung für die Völker der Donaumonarchie. Dieses Selbstbestimmungsrecht der Völker diente auch der Zerschlagung der Mittelmächte. Zwischen 1919 und 1920 liefen Friedensverhandlungen, die über das Schicksal der Kriegsverlierer entschieden.

Durch das Inkrafttreten des Versailler Vertrages verlor Deutschland unter anderem Elsaß-Lothringen, Posen und Westpreußen. Zusätzlich wurde es schuldig gesprochen, mit den Verbündeten den Krieg verursacht zu haben. Daher war es verpflichtet, Reparationszahlungen im Wert von 269 Milliarden Goldmark im Zeitraum von 42 Jahren zu entrichten. Auch die Kolonialansprüche konnten nicht mehr länger aufrecht erhalten bleiben.¹

Für Österreich gestalteten sich die Verhandlungen in St.Germain-en-Laye nicht viel besser. Beschlossen wurde die Abtretung von Südtirol bis zum Brenner, von Triest, Istrien und Dalmatien sowie von Gebieten in Kärnten und Krain. Die Anerkennung von Ungarn, der Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien bekräftigten noch zusätzlich die Souveränität der jeweiligen Staaten. Das Anschlußverbot an Deutschland sollte die österreichische Innenpolitik noch vor große Probleme stellen. Die Bedingungen des Friedensvertrages wurden von allen Gruppierungen als ungerecht empfunden. Allein schon die Entwürfe gaben Zeugnis darüber, daß „jede Bestimmung durchtränkt ist von Rücksichtslosigkeit und Erbarmungslosigkeit, in dem kein Hauch menschlichen

¹ Hermann Kinder, Werner Hilgemann, dtv-Atlas Weltgeschichte, Bd.2, S.411, München 2000.

Mitgeföhls zu spüren ist, der alles verleugnet, was Menschen an Menschen bindet, der ein Verbrechen an der Menschheit selber ist(...).“²

Die ungarische Ansicht betreffend die Anschlußpolitik war jedoch ambivalent. Zwar verfolgten die Ungarn mit großem Interesse die Bestrebungen ihres Nachbarn, doch fanden sich ausschließlich deutschfreundliche Gruppierungen, die das österreichische Unterfangen für sympathisch erachteten. Der Anschluß sei nur dann durchführbar, wenn sich das europäische Kräfteverhältnis grundlegend verändern würde.

In den 30er Jahren beurteilten die Ungarn die Causa folgendermaßen: „Der Anschluß ist in Österreich eine derartige Forderung, gegen die sich niemand offen auszusprechen wagt (...) Aber es ist schwierig abzugrenzen, welche Standpunkte die Parteien und Politiker wirklich einnehmen. In dieser Frage wird mit sehr viel Taktik vorgegangen und es ist sehr, sehr schwer festzustellen, was das Volk wirklich will. Am klarsten hat sich noch die Großdeutsche Partei geäußert. In deren Programm spielt der Anschluß eine wichtige Rolle. Auch die Sozialisten betonen ziemlich stark die Notwendigkeit des Anschlusses, aber doch nur für den Fall, wenn es voraussetzbar ist, dass die Politik des Deutschen Reiches auch unter sozialistischem Einfluß bleiben wird. Sollte in Deutschland etwa Hitler die Führung übernehmen, ist sicher vorauszusagen, dass die Lust der Sozialisten in Österreich für den Anschluß sich abkühlen wird. Am wenigsten klar zu durchschauen ist, was die Christlich-Sozialen und deren Parteiführer in dieser Frage eigentlich wollen. (...) Aber all diese Erklärungen zeichnen sich dadurch aus, dass die absolut unbestimmt sind und eine große Unsicherheit ausdrücken.“³

1920 unterzeichnete auch Ungarn seine oktroyierten Verhandlungen in Trianon. Es mußte die Slowakei und die Karpato-Ukraine an die Tschechoslowakei abtreten, weiters Kroatien-Slawonien an Jugoslawien, das Banat an Jugoslawien und Rumänien, sowie Siebenbürgen an Rumänien und das Burgenland an Österreich. Insgesamt verlor Ungarn 67,8% des Staatsgebiets und 59% der Bevölkerung.⁴

Bis zur Weltwirtschaftskrise 1933 baute Großbritannien seinen imperialistischen Anspruch im Nahen Osten aus. Mesopotamien wurde unter britisches Mandat gestellt.

² Ernst Hanisch, Österreichische Geschichte 1890-1990, Der lange Schatten des Staates, S. 270, Wien 2005.

³ Georg Dollinger, Ungarns Außenpolitik 1933-38 und der Anschluß Österreichs, S. 10, Diss. Wien 1983.

⁴ Hermann Kinder, Werner Hilgemann, dtv-Atlas Weltgeschichte, Bd.2, S.435, München 2000.

Die Nutzung der reichen Mosul-Ölfelder spielte dabei eine wichtige wirtschaftliche Rolle. Dieses Mandat wurde noch 1923 durch den Völkerbund ausgedehnt und sprach den Briten zusätzlich die Verfügungsgewalt über Palästina zu. Die lukrativen Aussichten im Nahen Osten veranlaßten die britische Regierung umzudenken und ihre Interessen in Indien begannen zu sinken.

Diese Tatsachen führten dazu, daß Großbritannien sich nicht mehr zentral mit der mittel- beziehungsweise südosteuropäischen Politik auseinandersetzte.

Frankreich hingegen behielt seinen politisch kontinentalen Blick auf die europäischen Geschehnisse. Federführend im Bündnissystem der Kleinen Entente versuchte es, mit der Tschechoslowakei und Rumänien die Geschicke im Donauraum zu lenken. Als antirevisionistisches System und unter starker Beteiligung von Benes, diente es dem Zweck, Ungarn einzukreisen. Benes forderte einen Korridor durch Ungarn zu ziehen und Teile von Grenzgebieten Ungarns, wie das Komitat Moson und Sopron, an die Tschechoslowakei zu annektieren beziehungsweise die Komitate Vas und Zala den Jugoslawen zuzusprechen.

Es war ein starkes Bestreben, sowohl eine geographische als auch eine ethnische Trennung zwischen Magyaren und Deutschen durchzuführen. Doch diese Pläne, genauso wie die Idee eines tschechischen Mittelmeereszugangs wurden letztendlich nicht verwirklicht.⁵

Italien zählte zu den Siegermächten des I. Weltkriegs. Noch während des Kriegs rechtzeitig die Fronten gewechselt, versuchte es nun, seine Ambitionen im Donauraum, aber auch in Afrika zu unterstreichen. Der aufkeimende Faschismus führte zwar in den späteren Jahren unter Mussolini zu einer neuen Staatideologie, am Gebietsanspruch des Duce änderte sich jedoch nichts.

1905 erschütterten Bauernunruhen das Zarenreich und zwangen den Monarchen zur Agrarreform. Der Unmut über die schlechten Lebensbedingungen kam nicht mehr zum Verhallen. Mit der Bildung der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, von der sich dann die selbstständige Fraktion der Bolschewisten abspaltete, versuchte Lenin sich politisch zu etablieren. Die fehlgeschlagene Kerenskiioffensive verschärfte

⁵ Georg Dollinger, Ungarns Außenpolitik 1933-38 und der Anschluß Österreichs, S. 12f., Diss. Wien 1983.

nur noch die innenpolitische Lage. Kriegsgegner und Kriegsbefürworter bekämpften sich fortan. Die Februarrevolution und die Oktoberrevolution von 1917 waren der Ausdruck einer inneren Neugestaltung des Landes. Mit dem Frieden von Brest-Litowsk trat Russland zwingend aus dem Krieg und schlitterte unaufhaltsam in den eigenen Bürgerkrieg. Das alte Zarenregime wurde gestürzt, in ihre Fußstapfen trat die kommunistische Sowjetunion.⁶

Die Ausgangslage stellte sich für Österreich und Ungarn also erdenklich schlecht dar, waren beide selbständige Staaten, nur noch ein Rumpf ihrer selbst. Die willkürliche Grenzziehung seitens der Entente kombiniert mit der Trennung von ethnischen Volksgruppen, die jetzt in den Nachfolgestaaten der Monarchie ihr Glück zu suchen hatten, förderte nicht den erhofften Neubeginn. Die wirtschaftliche Lage der Zwischenkriegszeit, die durch leichte temporäre Konjunkturaufschwünge, in der Regel aber von Stagnation, Arbeitslosigkeit und der Weltwirtschaftskrise 1933 gekennzeichnet war, bildeten den Nährboden für Nationalismus und Radikalisierung. Dieser Prozeß mündete letztendlich in die Katastrophe des zweiten Weltkriegs, der Europa noch einmal in seinen Grundfesten erschütterte.

⁶ Manfred Hildermeier, Die Sowjetunion 1917-1991, S. 6-16, München 2001.

II. Jahre des Umbruchs

2.1 Republikfindung

Die Friedensverträge von St.Germain und die damit verbundenen Auflagen stellten den neuen Staat vor schwere Probleme. Die Ausrufung der Republik Deutsch-Österreich am 12.November 1918 währte nicht lang, da die Versailler Verträge den Begriff Deutsch nicht zuließen. Nach den Verhandlungen konstituierte sich die offizielle Regierung unter dem Namen Republik Österreich. Der Versuch alle Deutschsprachigen der Monarchie im neuen Staat zu vereinen mißlang, das Land schrumpfte auf eine Bevölkerungszahl von 6,5 Millionen Einwohnern.

Wie schon erwähnt, verbot der Artikel 88 des Vertrages von Versailles ein generelles Anschlußverbot an Deutschland. Otto Bauers Wunschvorstellungen gingen nicht auf, er trat als Staatssekretär für Äußeres zurück. Durch die strengen Auflagen seitens der Ententemächte sank die Lebensfähigkeit Österreichs und löste größtenteils Gefühlsirritationen aus.

Zu der politischen Isolation gesellte sich auch eine wirtschaftliche Umstellung. Wurde die ehemalige Monarchie von ihren Kronländern, wie zum Beispiel Böhmen und Ungarn, versorgt, so war man jetzt gezwungen im Staat selber die Wirtschaft anzukurbeln und eine neue Handelspolitik zu kreieren. Österreichisches Vermögen im Ausland wurde nicht konfisziert, ganz im Gegenteil, die ehemaligen Staatsschulden hatten die Nachfolgestaaten zu tragen.

Dies geschah sicherlich nicht aus einem Wohlwollen, sondern stellte sich als eine Notwendigkeit dar, da die neue Republik gar nicht fähig gewesen wäre, solche Belastungen zu tragen. Der finanzielle Notstand war nur durch westliche Kredite zu bekämpfen.⁷

Der Verlust von Südtirol schmerzte, konnte jedoch nicht mehr revidiert werden. Für Italien wurde der Brenner die neue Grenze zu Österreich. Im Süden des Landes

⁷ Ernst Hanisch, Österreichische Geschichte 1890-1990, Der lange Schatten des Staates, S. 271, Wien 2005.

entwickelte sich der nächste Krisenherd. Der SHS-Staat rückte immer weiter vor und besetzte Teile Unterkärntens.

Trotz der Waffenstillstandsverhandlungen griffen die durch den Abwehrkampf zurückgedrängten Südslawen mit regulären serbischen Truppen in die Kampfhandlungen ein und okkupierten Klagenfurt. Erst durch die Intervention der Ententemächte wurde die Stadt wieder geräumt. Das am 10. Oktober 1920 abgehaltene Plebiszit bestätigte den Kärntner Erfolg. Dennoch gingen das Kanaltal, das Mießtal mit Unterdrauburg ohne Abstimmung an Jugoslawien.⁸

Im Osten grenzte Österreich nun an Ungarn. Der Friedensvertrag von Versailles sprach Österreich das spätere Burgenland zu. Es bestand aus den ungarischen Komitaten Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg. In ihnen gab es einen hohen deutschsprachigen Bevölkerungsanteil, worin auch sicherlich der Grund dieser Entscheidung lag. Doch letztendlich entschied sich die Entente nicht nach der ethnischen Grenzziehung. Preßburg wurde zur Gänze der Tschechoslowakei zugesprochen. Bis zur Ratifizierung des Vertrages wurde jedoch die Durchführung der Abtretung des Burgenlandes verschoben.

Als Ende August 1921 die österreichische Gendarmerie in das Grenzgebiet einmarschieren hätte sollen, leisteten ungarische Freischärler und Teile der regulären Streitkräfte heftigen Widerstand. Da das österreichische Heer nicht einschreiten durfte und die Angelegenheit zu eskalieren drohte, beschloß man auf internationaler Ebene, einen Vermittlungsversuch zu unternehmen. So kam es unter italienischem Einfluß zu einer Abänderung des ursprünglichen Vertrages. Diese sah in Ödenburg und Umgebung eine Volksabstimmung vor. Das Plebiszit wurde jedoch von den lokalen ungarischen Behörden selbst abgehalten.

Durch fragwürdiges Abstimmungsverhalten gewannen die Ungarn schließlich die Wahlen. Österreich verlor zwar die umworbenen Gebiete, gewann jedoch das Burgenland als neues Bundesland dazu.⁹

Friedvoller gestaltete sich die Problemlösung in Westösterreich. Die undurchsichtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die zusätzliche Bedrohung der

⁸ Erich Zöllner, Österreich, S.496, Wien 1990.

⁹ Ebenso S. 496

Räterepubliken in Bayern und Ungarn, veranlaßten die Vorarlberger im Mai 1919 zu einer inoffiziellen Volksabstimmung. Diese Initiative verfolgte den Anschluß an die Schweiz. 80% der örtlichen Bevölkerung sprachen sich positiv für diese Bestrebung aus. Seitens der Entente und der österreichischen Regierung wurde dieses Unterfangen jedoch abgelehnt.

Die Monarchie war nun zerschlagen. Der Vertrag von St. Germain und die daraus entstehenden Neustrukturierungen sollten Europa wieder neu auferstehen lassen. Doch das Gegenteil war der Fall. Willkürliche ethnische Grenzziehungen und das Unverständnis der politischen Berater, die für die Urteilsfindung verantwortlich waren, bildeten den künftigen Nährboden für Haß und Nationalismus. Der zeitliche Druck, die Verhandlungen zu einem raschen Ende kommen zu lassen, führte somit zu einer Reihe von Fehlentscheidungen.

Der eigentliche Verlierer des großen Krieges war schlußendlich Europa, das seine Vormachtsposition als Weltmacht aufgeben mußte. Die Vereinigten Staaten Amerikas und die Sowjetunion sollten von nun an die beherrschenden Staaten werden. Die eigensinnige Politik, kombiniert mit der Rivalität unter den Völkern beschleunigten den Verfallsprozeß des Kontinents. Österreich galt nun als selbstständiger und souveräner Staat, der sich in seiner jungen Republiksgeschichte noch bewähren mußte.

III. Die politischen Parteien

3.1 Allgemein

Auf den folgenden Seiten wird ein kurzer Abriss über die wichtigsten Parteien dargestellt. Sie sollen einen ersten Eindruck über die sich verändernde politische Landschaft der I. Republik geben und den Zusammenhang für eine spätere Entwicklung erleichtern.

3.2 Die Christlichsoziale Partei

3.2.1 Geschichte

Aus politischen Vereinen heraus bildete sich 1891 die Christlichsoziale Partei (CSP). Der geistige Begründer dieser Bewegung war Karl Freiherr von Vogelsang, der eine christliche Sozialreform unter Betonung von berufsständischen Gesichtspunkten anstrebte. Einer seiner Hauptanliegen war der Erhalt des Mittelstandes.¹⁰

Die CSP wandte sich eindeutig gegen den Wirtschaftsliberalismus und dessen politische Vorherrschaft. Dr. Karl Lueger vereinte die gleich gesinnten Lager. So schloß sich zum Beispiel die Katholisch Konservative Partei 1907 der CSP an. Den größten Erfolg vor dem I. Weltkrieg verzeichnete die Organisation bei den nichtselbständigen Handwerkern. Sie unterstützte die Führung der Habsburgerdynastie und hielt am Bündnis mit den bürgerlichen Deutschnationalen fest.

Nach dem Ende der k.u.k Monarchie beteiligten sich die Christlichsozialen mit den Sozialdemokraten an der Regierungsbildung. Dabei setzte sie ihren Schwerpunkt auf eine föderalistische Politik und nützten geschickt ihre Dominanz in den meisten Ländern gegen die Sozialdemokratie aus.

¹⁰ Ernst Bruckmüller, Personenlexikon Österreich, S.512, Wien 2001.

3.2.2 Die Suche nach neuen Verbündeten

Die Nationalratswahlen vom 17.10.1920 brachten das Ende der Koalition. Im Gegensatz zu den Wahlen von 1919 verstärkte die CSP ihre Vorherrschaft auf 43% der Stimmen. Ihre Politik orientierte sich jetzt nicht nur an den Interessen der kleinbürgerlichen, mittelständischen Wählerschichten, sondern auch an denen der Industrie und des Kapitals. Von nun an sollte die Wirtschaft als Protegé auftreten, wie sie es auch schon bei der Subventionierung der Großdeutschen Volkspartei vorgezeigt hatte. Bis zu den letzten freien Wahlen 1930 formierte sich eine bürgerliche Blockpolitik, bestehend aus der der CSP, den Großdeutschen und dem Landbund beziehungsweise dem Heimatblock.

Doch auch innerhalb des bürgerlichen Blocks kam es zu Unstimmigkeiten. So sympathisierte der Heimatblock mit den Großdeutschen und den Nationalsozialisten. Das veranlaßte die Regierung Dollfuß zu einem stärkeren Rechtsruck, der jedoch den Christlichsozialen weitere Stimmenverluste einbrachte. Spätestens mit der Selbstausschaltung des Parlaments und dem neuen autoritären Führungsstil mußte sich die Regierung Dollfuß keiner Bundes- beziehungsweise Landeswahl mehr stellen. Von nun an dominierten die Vertreter der autoritären Führung mit Hilfe der Heimwehren und Teilen der Industrie. Die CSP löste sich somit als Instrument einer freien Willensbildung auf und bereitete den Weg in ein diktatorisch geführtes System.¹¹

3.2.3 Struktur

Interessant ist die Zusammensetzung der christlichsozialen Wählerschaft. Ein großer Teil stammte aus dem Lager des politischen Katholizismus, der schon in der Monarchie die Führungslinie unterstützte. Zusätzlich bekam die CSP Unterstützung von katholischen Vereinen und der katholischen Amtskirche. Ziel war es eine möglichst breit gefächerte Organisation zu erreichen und neben der klassischen Wählerschaft auch Bereiche der Wirtschaft, der Arbeiterverbände und diverse Studenten- und Schülerorganisationen anzusprechen. „Dieses überwiegend aus bäuerlicher, <mittelständisch>- bürgerlicher Bevölkerung, aus nicht industrieller Arbeiterschaft und einen großen Frauenanteil bestehende, einschätzbare Wählerpotenzial erodierte aber,

¹¹ Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger, Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, S.160f., Wien 1995.

vorerst aufgrund der depravierenden Auswirkungen der Sanierungs-Krise in den 20er Jahren, dann rasch zunehmend durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise nach 1929.“¹²

Die CSP stellte zwar eine Macht dar, war aber dennoch nicht gut organisiert. Vielmehr spielten die Vorfeld- beziehungsweise die Teilorganisationen eine wichtige Rolle. Innere Streitigkeiten und die aufkommende Radikalisierung in der Politik beschleunigte den Verfall der Christlichsozialen Politik. Nach Abschaffung aller Parteien löste sich am 14.Mai 1934, auf Drängen von Bundeskanzler Dollfuß, die CSP auf. Die Vaterländische Front sollte fortan als Einheitspartei das politisch konservative Lager vereinen. Trotz berühmter Protagonisten innerhalb ihrer eigenen Reihen, wie zum Beispiel Ignaz Seipel, schafften sie es nicht, die politische Homogenität innerhalb der eigenen Partei zu gewährleisten.¹³

3.3 Die Sozialdemokratie

3.3.1 Geschichte

Am Einigungsparteitag in Hainfeld 1889/90 wurde unter der Führung von Viktor Adler die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) gegründet. Bereits nach der Einführung des Wahlrechts 1907 ging sie als stärkste Partei aus dem Reichsrat hervor. In der zweijährigen Koalition mit der CSP besetzte sie mit Karl Renner und Karl Seitz die ersten Staatsämter der Republik. Doch schon 1920 schied sie als Regierungspartei wieder aus.

Ende der 1890er Jahre bildete sich innerhalb der Sozialdemokratie eine weitere ideologische Linie heraus, nämlich die des späteren Austromarxismus. Aus der sozialistischen Studentenbewegung kommend, trafen sich regelmäßig die noch damals jungen Max Adler, Karl Renner und die später dazukommenden Gustav Eckstein, Fritz Adler und Otto Bauer.

¹² Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger, Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, S.163., Wien 1995.

¹³ Walter Wiltschegg, Die Heimwehr, S.28, Wien 1985.

Sie bemühten sich um eine Verbindung der marxistischen Gesellschaftswissenschaft mit dem Neokantianismus oder dem Empirokritizismus.¹⁴

Grundsätzlich vertrat die Sozialdemokratie die Ansicht, ausschließlich durch demokratische Wahlen zur Macht zu gelangen. Diktatur und Gewaltanwendung wurden strikt abgelehnt. Doch mit dem Ausscheiden aus der Regierung 1920 veränderte sich die Situation in der SPÖ.

Durch den Machtverlust entstand eine Linkswende innerhalb der eigenen Partei. Am Linzer Parteitag 1926 bekräftigte Otto Bauer seine Linie zum Austromarxismus. Außenpolitisch vertraten die Sozialdemokraten weiterhin die Idee des Anschlusses an das Deutsche Reich, welche erst mit der Machtergreifung Hitlers 1933 ausdrücklich aus dem Programm gestrichen wurde. Innenpolitisch verkörperte die Partei eine Oppositionsrolle, die bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1934 anhielt. Als Nebenorganisation und als Pendant zur Heimwehr wurde 1923 der Republikanische Schutzbund unter der Leitung von Julius Deutsch aufgestellt, der zu seinen Glanzzeiten ungefähr 80.000 Mann zählte.

Grundsätzlich herrschte eine klare Feindschaft zu den bürgerlichen Parteien. Das Verhältnis zu der kommunistischen Partei war mehrschichtig. Einerseits wurden die inländischen Kommunisten bekämpft, andererseits unterstützte die Sozialdemokratie die ungarische Räterepublik mit Waffen.¹⁵

3.3.2 Die Klientel

Die soziale Struktur war verglichen mit den anderen Parteien ziemlich einheitlich. Die Wählerrekrutierung setzte sich hauptsächlich aus Industriearbeitern und öffentlichen Arbeitern zusammen. Landarbeiter und bäuerliche Arbeitskräfte waren nicht vertreten. Auch im Bereich der Intellektuellen konnte die Partei auf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zurückgreifen. Hierzu gehörten Professoren genauso wie Schriftsteller. Bei den Nationalratswahlen von 1927 gaben unter anderem Sigmund Freud, Robert Musil und der Jurist Hans Kelsen ihre Unterstützungserklärung für die SPÖ ab.

¹⁴ Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger, Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, S.184., Wien 1995.

¹⁵ Walter Wiltschegg, Die Heimwehr, S.30f., Wien 1985.

Die Macht der Partei war auf mehreren Faktoren aufgebaut. Starke internationale Verbindungen, eine ausgeprägte Ideologie, gut mobilisierende Arbeitermassen, die Vormachstellung in Wien und der paramilitärische Schutzbund waren der Garant für die straffe Führung.¹⁶

3.4 Die nationalen Parteien

3.4.1 Die Großdeutsche Volkspartei (GDVP)

Die Wurzeln der Großdeutschen reichen bis in das 19. Jahrhundert zurück und spiegeln die Emanzipationsansprüche der slawischen Volksstämme der k.u.k. Monarchie wider. Die auch als Schönerianer bezeichnete Klientel setzte sich anfangs für die Destruktion der Monarchie und für eine Schädigung des Parlamentarismus in Österreich ein.

Das Denkmuster war zumeist antiliberal, antisemitisch, antimodernistisch und antiklerikal. Ab 1879 führte Georg Ritter von Schönerer die deutsch-nationale Bewegung an. Das „Salzburger Programm“ von 6. September 1920 hielt in seinen wesentlichen Punkten bis zur Auflösung im Jahr 1934. Das Deutschtum stand im Mittelpunkt der Parteiideologie und der später damit verbundenen Anschlußgedanke an das Deutsche Reich. Schönerer war auch der Vorkämpfer der Los-von-Rom Bewegung und konvertierte in Anbetracht seiner religiösen Einstellung zum Protestantismus. Seine Anhänger kamen aus dem Lager der Burschenschaften und den Sudetendeutschen.¹⁷

Die Wähler rekrutierten sich aus der Beamtenschaft, vor allem den Lehrern, aus Angehörigen der freien Berufe, aber auch aus Angestellten und Unternehmern.

Trotz ihrer geringen Wählerstärke nützte sie das Mißtrauen zwischen den Christlichsozialen und den Sozialdemokraten geschickt aus und beteiligte sich nach dem Koalitionsbruch 1922 in einer christlichsozial-großdeutschen Regierungsbildung. Durch das Wahldebakel 1923 verloren die Großdeutschen auf Bundesebene massiv

¹⁶ Ebenso S.30.

¹⁷ Ernst Bruckmüller, Personenlexikon Österreichs, S.439, Wien 2001.

an Stimmen und konnten nur mehr in Wahlbündnissen kandidieren. So auch 1930, als der Heimatblock mit dem Landbund unter der Führung Schobers zu den Wahlen antrat. Die Großdeutsche Volkspartei besaß nur wenige Mitglieder. 1920 erreichte sie einen Stand zwischen 40.000-45.000, 1922 an die 100.000. In den darauf folgenden Jahren sank die Zugehörigkeit drastisch ab. Letztendlich gründete sich aus der GDVP der nationale Wirtschaftsblock, der 1934 aufgelöst wurde. In den Jahren zuvor wanderten immer mehr Wähler von der Partei ab und hatten einen regen Zulauf zu den faschistischen Gruppen des Heimatblocks und den Nationalsozialisten.¹⁸

„Der politisch-taktische Spielraum der GDVP war von Anfang an äußerst begrenzt: Auf der obersten Ebene stand ihr allenfalls die Wahl zwischen einer formellen Koalition mit den Christlichsozialen, oder einer halbherzige - verbitterten Opposition offen, die sich zu einer entschiedenen Absage nicht durchdringen konnte.“¹⁹

3.4.2 Der Landbund

Bis zur Gründung einer Dachorganisation konstituierten sich die jeweiligen Bünde einzeln in den Bundesländern. Erst 1919 wurde der Landbund (LB) vorerst als deutsche Bauernpartei gegründet. Die Entwicklung erfolgte somit aus den agrarisch strukturierten Ländern, jedoch ist eine differenzierte Betrachtung von Nöten. Ein großer Teil von ihnen strebte unter dem Begriff der nationalen Einheit einen Zusammenschluß mit den Großdeutschen an, während die anderen selbständig bleiben wollten und somit die Politik auf der Bundesebene befürworteten.

Am 20.Jänner 1922 kam es zu einer definitiven Vereinigung der Bünde unter dem Namen „Landbund für Österreich, Verband Österreich des deutschen Reichs-Landbundes.“²⁰ Dem schloß sich der Bund deutsch-österreichischer Bauern an. Der LB betrieb eine klare Oppositionspolitik, die Hochburgen lagen in der Steiermark, in Kärnten und in Oberösterreich. 1927 beteiligte sich der Landbund an der

¹⁸ Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger, Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, S.196f., Wien 1995.

¹⁹ Lothar Höbelt, Die Parteien des nationalen Lagers in der ersten Republik, in: Carinthia I, Jg.179, S.365, 1989.

²⁰ Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger, Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, S.209., Wien 1995.

Regierungsbildung. So konnten Hartleb, Schumy und Winkler für längere Zeit den Vizekanzlerposten bestellen.

Bereits 1930 kandidierte der LB zusammen mit den Großdeutschen und dem nationalen Wirtschaftsblock unter der Führung von Schober. Die Koalition mit den Christlichsozialen blieb bis zum Jahr 1933 bestehen. Im Mai 1934 löste sich die Partei jedoch selbständig auf und wurde in die Vaterländischen Front (VF) eingegliedert.

Auch am Juliputsch 1934 beteiligte sich der LB. Aufständische Bauernwehren, die sich den SA-Truppen unterstellten, konnten in den Bundesländern jedoch zerschlagen werden. Bachinger wurde verhaftet, Winkler floh in die Tschechoslowakei.²¹

Im Gegensatz zur Christlichsozialen Partei bestand das Wählerpotenzial des LB vorwiegend aus Gemeinden mit protestantischen Minder- oder Mehrheiten. Im Burgenland, der Steiermark, Kärnten und Oberösterreich konnten jedoch auch katholische Bauern gewonnen werden. Die Wählerschaft war also homogen und bildete eine Art ausgleichenden Stand, war aber eher dem ländlichen Kreis zuzuordnen.

Der LB war verglichen mit den anderen Parteien eine Standesvertretung. Ihre politische Grundhaltung galt als demokratisch und antitotalitär und so hatte sie eine Abneigung gegen Offiziere, Großgrundbesitzer, dem Adel und der Geistlichkeit. Auch stand sie mit der 1929 gegründeten Bauernwehr als klarer Konterpart zu der von ihr verhaßten Heimwehr.²²

Bis zu seiner Auflösung 1934 konnte der LB seine abgewanderten Anhänger, die zu den Nationalsozialisten hinüberwechselten, nicht mehr zurückgewinnen. Ebenso scheiterte das Unternehmen Winklers, zwischen den Fronten in der VF zu vermitteln.

²¹ Ebenso S. 210

²² Walter Wiltschegg, Die Heimwehr, S.29., Wien 1985.

IV. Wien im März 1932 - eine Bestandsaufnahme

Das folgende Kapitel soll verdeutlichen, wie die ungarische Presse die alltägliche Lebenslage in Wien einschätzte:

„Die Stadt wirkt ein wenig nervös, fast als hätte sie eine leichte Verkühlung, die am späteren Abend in einem fiebrigen Zustand wechselt. Es stellt sich die Frage, ob daraus eine Lungenentzündung entstehen wird. Das Konjunkturforschungsinstitut veröffentlicht unregelmäßig ein Bulletin, in dem ihr Gesundheitszustand dargestellt wird. Ihre Diagnose lautet: <Schrumpfungsprozeß>. Jede Industrie- und Handelsfirma die bestehen bleiben möchte, wird von Tag zu Tag kleiner.

Wegen der schlechten Konjunktur und der Exportunfähigkeit, muß man endgültig zur Kenntnis nehmen, daß die Ansprüche der sechs Millionen Köpfe des Landes eingeschränkt, beziehungsweise abgebaut werden müssen. Die Einsparungen schreiten weiter voran, die Zahl der Arbeitslosen steigt stetig.

Anfang des Monats kann es schon vorkommen, daß die Staatsbahnen oder ähnlich große Betriebe, Kommuniqués in den Tageszeitungen platzieren, in denen sie ihren Arbeitern den konstanten Erhalt des Gehalts zusichern, 60% schon zu Monatsbeginn, die restlichen 40% spätestens am 15ten des Monats.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß in einer solchen Atmosphäre die Güte verloren geht. Allmählich verstummen auch die bekannten Lieder. In der Stadt der Lieder kann kein rational denkender Mensch mehr der Ansicht sein, daß es heute noch Leute gibt, die aus keinem finanziellen Selbstzweck ein Lied vor sich her singen.“²³

„Politisch scheiterte der Zollvertrag zwischen Curtius und Schober. Letzterer schied aus der Regierungskoalition aus, damit ist eine deutschorientierte Linie vorerst gescheitert. Zumindest in solch einer Form, wie sie es die Großdeutsche Volkspartei gerne hätte. Die Idee des Anschlusses kann in Österreich den Bürgern nicht schmackhaft gemacht werden, vor allem nicht in Wien, dessen Bewohner sich davor ekeln, mit ihren deutschen Brüdern einen gemeinsamen Haushalt zu betreiben. Die Christlichsoziale Partei, die Heimwehren und der Landbund sind ausdrücklich gegen den Anschluß. Die Sozialdemokraten verfolgen im Prinzip den Anschlußgedanken, doch erachten sie die Frage vorerst nicht für zeitgemäß, die Nationalsozialisten hingegen wollen nur ein Hitler-Deutschland.

²³ FM 3/681 Ujság, S.42, 17.März 1932, e.Ü.(eigene Übersetzung)

Die Großdeutschen sind die einzigen, die einen bedingungslosen und sofortigen Anschluß propagieren, die jedoch mit ihren parlamentarischen Vertretern und den 100.000 Wählern, sich in einer verschwindend kleinen Minderheit befinden. Im Gegensatz zu den radikalen Seipel'schen Rekonstruktionsplänen versucht die Regierung Buresch außenpolitisch, eine wirtschaftliche Plattform der gemeinsamen Zusammenarbeit mit den Nachbarländern zu schaffen und dies möglichst rasch, um das Sterben der österreichischen Industrie aufzuhalten. Die in sich schrumpfende Industrie benötige dringend Hilfe, daher sei Buresch bereit, mit allen möglichen Nachbarstaaten Wirtschaftsverträge einzugehen, wenn diese den Bürgern Arbeit und Brot garantieren können.

Es ist ersichtlich, daß der gemäßigte Buresch-Bauernflügel der CSP, die radikale Seipel Fraktion immer mehr in den Hintergrund treibt. Seit der Gründung der Republik sind die CSP und die SPÖ die größten Parteien des Landes. Sie halten verhältnismäßig sicher ihre eigenen Massen. Die Christlichsozialen haben jedoch bei den letzten Wahlen erhebliche Stimmenverluste hinnehmen müssen.

Profitiert davon haben der Landbund und die Heimwehr. Trotzdem bedeutet dies keine allzu große Schwächung in den Reihen der CSP. Die Sozialdemokraten sind weiterhin sehr stark und haben bis dato keine einzige Stimme seitens der Kommunisten abgeben müssen. Von einer Regierungsbeteiligung werden sie aber von der CSP ausgeschlossen, die lieber mit Hilfe der kleinen bürgerlichen Parteien ihre Geschicke lenkt. Die bürgerliche Einheitsfront ist aber im Parlament auch nicht in allen Belangen gleicher Meinung und verfügt nicht mehr als ein dutzend Stimmen gegenüber den Sozialdemokraten.

Der operettenhafte Ablauf des Pfrimer-Putsches und der damit verbundene einstimmige Freispruch, legen Zeugnis darüber ab, daß die Christlichsozialen, mit der zu ihrer Verfügung stehenden Heimwehr, gerne einen vernichtenden Schlag gegen die Sozialdemokraten verüben würden. Eine bewaffnete Konfrontation, aus der die CSP als hundertprozentiger Sieger herausgeht, ist mehr als fraglich.²⁴

Über die innere Abrüstung, den Roten, der Heimwehr und den Nationalsozialisten wird folgendes berichtet: "Es ist ein offenes Geheimnis, daß neben der Staatsmacht, die Heimwehr und der sozialdemokratische Schutzbund bis zu den Zähnen bewaffnet sind. Der Stützpunkt des Schutzbundes ist natürlich das Rote Wien, die Heimwehren sind eher am Land zerstreut zu finden.

²⁴ FM 3/681 Ujság, S.42, 17.März 1932 (e.Ü)

Bachinger hat eine Aktion für eine innere Abrüstung gestartet, doch glaubt niemand ernsthaft daran, daß auch nur irgendjemand seine Waffen abgeben wird. Unter dem roten Stern und den Hackenkreuzlern hat sich eine Schar von Jugendlichen angeschlossen, die ein doch beachtliches Waffenarsenal vorweisen kann. Mit Revolvern, Dolchen, Schlagringen und Schlagstöcken sind sie bereit in die Schlacht zu ziehen. Es ist kein Einzelphänomen in Wien, daß sich das kommunistische und das nationalsozialistische Kader aus der bürgerlichen Jugend rekrutiert. Während bei den Kommunisten ein relatives Gleichgewicht von Bürgerlichen und Proletariern besteht, sind bei den Nazis kaum bäuerliche Jugendliche anzutreffen. Es ist Unübersehbar, daß die Anhänger Hitlers in Wien und in Österreich im Vormarsch sind. Bei den letzten Wahlen haben sie kein Mandat bekommen, dies ist darauf zurückzuführen, daß sich damals ein Teil von ihnen in den Lagern der Heimwehren aufhielt, der andere Teil noch das Wahlalter nicht erreicht hatte. Das Verhältnis zwischen den Hackenkreuzlern und den Heimwehren ist ein ähnliches wie zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten.

Sie hassen sich und meiden keine bewaffnete Konfrontation, wenn sie aufeinander treffen. Die Nazis sind wesentlich agiler als die Heimwehr. In ihren ersten Reihen beheimaten sie die akademische Jugend, die mit einer kleinen Ausnahme, alle Hackenkreuze tragen und Starhemberg für den Verräter des nationalen Ideals halten.²⁵

„Ein gesellschaftliches Leben ist derzeit nicht vorhanden. Das heutige Wien ist ein sich riesig ausbreitendes Dorf. Die neue Wohnungspolitik lockt sowohl die bürgerlichen Schichten, als auch die Arbeiter in die Kleingärten der Vorstädte.

Die Finanzaristokratie ist zur Gänze verschwunden, ja sogar vernichtet. Die Zahl der großen Bälle und Redouten nimmt immer mehr ab. Die einzigen gesellschaftlichen Ereignisse spielen sich in den politischen Parteien ab. Dort wird mit einer Parteidisziplin und eigenem Orchester, mit Einbeziehung von Ansprachen und Fahnen Stimmung gemacht. Konträre Meinungen und Individualität sind hier nicht erwünscht. Dies ist außerordentlich amüsierend, wenn man solch eine Unterhaltung präferiert.

In der Nacht wirkt Wien uninteressant und einschläfernd. Samstag und Sonntag bilden da noch eine Ausnahme, doch unter der Woche stehen die Kaffeehäuser und Lokale leer da. Wer noch wach geblieben ist rennt um Mitternacht noch rasch zur Haltestelle,

²⁵ FM 3/681 Ujság, S.42, 17.März 1932 (e.Ü.)

um die letzte Straßenbahn erreichen zu können. Um halbeins wirkt die Stadt wie ausgestorben.“²⁶

V. Wirtschaft

5.1 Allgemein

Nach den goldenen zwanziger Jahren kam es in der darauf folgenden Dekade zu einer raschen ökonomischen Ernüchterung. Es folgte die Weltwirtschaftskrise, die aus Amerika kommend, den ganzen Kontinent befiel. 1929 ausgelöst, erreichte sie 1931 mit einer großen Verzögerung auch die österreichische Wirtschaft. Die unmittelbare Auswirkung widerspiegelte sich im Zusammenbruch der Creditanstalt (CA) und der damit verbundenen Währungskrise. Die Österreichische Nationalbank hatte zu diesem Zeitpunkt den Großteil ihrer Gold- und Devisenreserven bereits eingebüßt.

Die Budgetkrise nahm horrende Ausmaße an und zeigte im Jahr 1931 ein Budgetdefizit von ungefähr 215 Millionen Schilling auf. Zur Stabilisierung des Budgets und zur Sanierung der Währung beschloß die Regierung Buresch, sich an den Völkerbund zu wenden, um nach Vorbild der Genfer Protokolle (1922), eine internationale Anleihe zu erbitten.

Bereits 1932 unterzeichnete die neue Regierung Dollfuß die „Lausanner Anleihe“, die ein Darlehen von 300.000 Millionen Schilling zusicherte. Der Kredit versiegte ziemlich rasch, wurde er fast ausschließlich zur Tilgung von schwebenden Auslandsschulden beziehungsweise von Schulden der Bundesverwaltung benötigt. Ein weiterer Teil diente der Sanierung der Nationalbank.²⁷

²⁶ FM 3/681 Ujság, S.42, 17.März 1932 (e.Ü)

²⁷ Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger, Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, S.547., Wien 1995.

Zur Kontrolle der österreichischen Finanzaktivitäten entsandte der Völkerbund den Holländer Rost van Tonningen. Nur mit seiner Zustimmung konnten finanzielle Transfers getätigt werden.

Durch die notwendigen Einsparungsmaßnahmen und der schlechten wirtschaftlichen Lage erreichte 1933 die Arbeitslosigkeit den Höchststand von 550.000 Menschen, was eine Arbeitslosenrate von umgerechnet 25% bedeutete.

Die Wirtschaftskrise traf am stärksten die Industrie und die damit verbundene Bauwirtschaft. Etwas besser erging es dem Gewerbe und der Landwirtschaft. Die Industrieproduktion der Zwischenkriegszeit konnte jedoch das Niveau von 1913 niemals erreichen. Durch eine Deflationspolitik, Steuererhöhungen und Kurzzeitkrediten, aber auch durch die Senkung von Lohn- und Lohnnebenkosten, versuchte die Regierung der katastrophalen Wirtschaftslage entgegenzuwirken.²⁸

Im März 1931 erwog noch die Regierung Buresch, eine Zollunion mit Deutschland zu schließen. Dies scheiterte jedoch an der politischen Zustimmung der Entente. Vielmehr propagierte Tardieu seinen Plan, der eine Neugestaltung des Donauraumes vorsah. Demnach sollte unter Einschluß von Österreich, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei eine osteuropäische Föderation gegründet werden. Deutschland wurde von dieser Kooperation explizit ausgeschlossen. Durch die unterschiedlichen Interessen der kleinen Entente und der ehemaligen Mittelmächte scheiterte der französische Vermittlungsversuch. Die Unterzeichnung der Lausanner Anleihe verpflichtete Österreich, bis zum Jahr 1952 keine wirtschaftliche oder politische Union mit dem Deutschen Reich einzugehen.²⁹

Ein geheimes Protokoll des ungarischen Außenministeriums spiegelte trefflich die österreichische Wirtschaftslage im Frühjahr 1932 wider. Es kam es zu einer Kontaktaufnahme mit einer Wiener Großbank, großdeutscher Gesinnung. Der Direktor wollte namentlich nicht erwähnt werden, gab aber einen aktuellen Lagebericht darüber ab, wie er die Situation einschätzte. Demnach hatte Österreich 240 Millionen Schilling in Valuten zu zahlen. Die Exporteinnahmen beliefen sich zwischen 15 und 20 Millionen Schilling, ungefähr fünf bis sechs Millionen Schilling würden aus anderen Mitteln aufgeboden. Die Nationalbank besitze Gold- und Silberreserven im Wert von

²⁸ Roman Sandgruber, Österreichische Geschichte, Ökonomie und Politik, S.382f., Wien 2005.

²⁹ Carl Ploetz, Der große Ploetz, S.913, Freiburg 1998. bzw. Erich Zöllner, Geschichte Österreichs, S.510, Wien 1990.

umgerechnet 300 Millionen Schilling. Österreich hätte von der englisch-staatlichen Bank 100 Millionen Schilling für drei Monate erhalten. Die wahre Golddeckung beziffert sich daher auf lediglich 100 Millionen. Er sähe zusätzlich lang anhaltende Probleme der Creditanstalt. Auf die Möglichkeit einer Anleihe seitens des Auslandes kann Österreich nicht zählen. Trotz der Mehrheiten der Christlichsozialen Partei und des Herausdrängens von Schober aus der Regierung werde Frankreich Österreich keinen Kredit gewähren, anderen Ländern ist dies sowieso untersagt.

Weiters empfahl er ein Valuten und Devisenverbot für das Land. Österreich sei hinsichtlich des Moratoriums schon wieder verspätet. Zu seiner Verwunderung schätzte er Herrn Kienböck als gefährlichen Finanzminister ein, der die Inflation nicht richtig einzuschätzen vermag. Seiner Meinung nach werde Frankreich nicht bereit sein, Österreich alleine zu helfen.³⁰

Am 3. Februar 1932 informierte Botschaftsrat Ambrózy den königlich-ungarischen Außenminister über die wirtschaftliche Subventionsfrage. Demnach gab es am 30. Jänner 1932 eine Zusammenkunft zwischen Rost van Tonningen und dem von der österreichischen Regierung beauftragten Finanzkontrolleur. Dieser war der Meinung, daß sein Land (Ö) auch ohne ein Transfermoratorium seine Probleme werde lösen können. Er drückte seine Besorgnis aus, daß die derzeitige Regierung, welche im österreichischen Parlament keine Mehrheit besitzt, die für die Zukunft wichtigen und notwendigen Reformen durchsetzen kann.

Betreffend die Kreditgenehmigung erwähnt Ambrozy, daß Frankreich derzeit das einzige Land wäre, welches in der Lage sei, einem fremden Land wie zum Beispiel Österreich einen Kredit zu gewähren. Dies sei jedoch von der französischen Regierung abhängig.³¹

Doch Frankreich konnte zum gegebenen Zeitpunkt mit keiner wirtschaftlichen Subvention aufwarten. Auf der Finanzkonferenz von Bale wurde die Realität offenkundig. Ein französischer Delegierter meinte hiezu: „Es ist wahrscheinlich, daß die Gemeinschaft der Nationen sich mit der Causa Österreich beschäftigen wird. Frankreich befindet sich in einer schweren wirtschaftlichen Situation: Es gibt große

³⁰ O.L. K 64, 50.Csomó, 20 tétel, 09/pol.-1932. (e.Ü)

³¹ O.L. K 64, 50.Csomó, 20 tétel, 18/pol.-1932. (e.Ü)

Probleme in der Textil- und Metallindustrie, das dazu führt, daß der Staat intervenieren muß und daher für andere Länder keine Finanzhilfe aufbringen kann.“³²

Durch die anhaltende Krise begann die Regierung Dollfuß, die wirtschaftlichen Beziehungen mit Italien, aber vor allem mit Ungarn, zu forcieren.

Ende Juni 1933 informierte Nelky den ungarischen Außenminister über ein mit Rost van Tonningen stattgefundenes Gespräch, in dem letzterer über Österreichs Situation berichtete:

„Ich habe heute Herrn Rost van Tonningen aufgesucht, der mit dem Finanzminister nach Paris und später nach London weiterreisen wird. Es ist bekannt, daß er ein außergewöhnlich guter Kenner und Freund von Österreich ist. In Zuge eines länger anhaltenden Gesprächs äußerte er sich, wie ich meine, in einer sehr ehrlichen Art.

Demnach beurteilt er die Finanzlage als kompakt. Nicht nur die Ausgewogenheit des Budgets konnte beibehalten werden, sondern auch der Zustand der Nationalbank verbessert sich ständig. (...) Er ist davon überzeugt, daß sich die günstige finanzielle Situation in der zweiten Hälfte des Jahres weiter verbessern wird, selbst wenn der französische Kredit scheitern würde. Hinsichtlich der innenpolitischen Lage bedauert er sehr die Verschlechterung des deutsch-österreichischen Verhältnisses, auch auf Grund der Tatsache, daß die Macht Hitlers auf längere Zeit gesehen, nicht erschüttert werden kann. Seiner Ansicht nach wird sich auch Kanzler Dollfuß gut halten können.

Sollten die Nationalsozialisten doch an die Macht kommen, so würde das für Österreich zu einer totalen Isolation führen. Dies könnte so ein kleines Land nicht verkraften. Wenn aber die Nationalsozialisten dieses Ziel nicht erreichen können, so werden ihre Angriffe nur den Zweck verfolgen, daß Dollfuß gezwungen wird, eine Koalition mit den Sozialdemokraten einzugehen.

Herr Rost ist fest davon überzeugt, daß, so lange die Macht der Sozialdemokraten nicht niedergerungen werden kann und Otto Bauer nicht ausgewiesen wird, es keine finanzielle Konsolidierung geben wird. In unregelmäßigen Abständen erläßt die Regierung regelmäßig Verordnungen, die das Parteivermögen der sozialistischen Partei verringert. Wenn aber die Regierung sich im Kampf gegen die Nationalsozialisten mit den Sozialdemokraten arrangiert, so werden diese auf lange Sicht gesehen wieder erstärken. Ich habe ihm zu verstehen gegeben, daß der Kampf gegen die Sozialdemokraten völlig kongruent mit den Vorstellungen der ungarischen Betrachtungsweise ist. So lange der Einfluß der Sozialdemokraten größer war als

³² O.L. K 64, 50.Csomó, L'aide financière a l'autriche (e.Ü)

heute, hat es zum damaligen Zeitpunkt keine Ambitionen gegeben, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu forcieren. Rosts Meinung nach bevorzuge Miklas eine schwarz-rote Koalition. (...).³³

5.2 Der Weg zum Handelsvertrag mit Ungarn

5.2.1 Österreich tastet sich langsam vor

Am 27. Mai 1932 stellte sich die Regierung Dollfuß im Parlament vor und unterstrich dabei ihre wirtschaftlichen Unterfangen. Demnach sei das Land ohne ausländische Subvention nicht mehr fähig, die ihm oktroyierten Aufgabe zu erfüllen. Die Regierung stehe daher vor der Entscheidung, ob sie nicht eine Devisensperre auf die ausländischen Schulden erlassen sollte, wenn sich in den nächsten Tagen nichts Grundlegendes verändert.

Bei dieser Gelegenheit betonte der Bundeskanzler, daß gegebenenfalls auch Sondergesetze helfen könnten. Er werde alles versuchen, um die notwendigen Devisen für die Nationalbank zu garantieren. Die Regierung sei bemüht einen ausgewogenen Staatshaushalt zu bewahren und die Handelsbilanz im Gleichgewicht zu belassen. Um konkrete wirtschaftspolitische Lösungen zu besprechen, hatte der Kanzler Einladungen an die in Frage kommenden Staaten verschickt.

Im mitteleuropäischen Bereich sei eine Kooperation nur dann von Bedeutung, wenn das bevorzugte Land Begünstigungen beim Export in andere Wirtschaftsräume ausnützen kann, beziehungsweise wenn beim Import ein gesunder Zollschatz vorherrscht. Es sei unverzichtbar, daß unter den mitteleuropäischen Staaten ein engerer und leichter Waren Austausch erfolgen muß. Die Sanierung der CA stehe jedoch im Vordergrund und hätte völlige Priorität.³⁴

In der Zwischenzeit entbrannte im ungarischen Parlament ein Streit über den italienisch-ungarischen Handelsvertrag. Der noch nicht ratifizierte Vertrag beinhaltete

³³ O.L. K 64, 55.Csomó, 20 tétel, 65/pol.-1933. (e.Ü)

³⁴ FM 3/681 Ujság, S.1, 28.Mai 1932 (e.Ü)

den Anstieg der Tierzölle um das Vierfache, was einen Export von Schlachtvieh schier unmöglich machte.

Der Abgeordnete Béla Fábián meinte hiezu: „Es ist selbstverständlich, daß der Vertrag noch dem Hohen Haus vorgelegt wird, doch der Minister hat sich in eine Sackgasse manövriert, als er die Meinung vertrat, daß sich der Viehexport nach Italien erhöhte. Im Sinne des österreichischen Vertrags hätten Ungarn 750 Rinder nach Österreich exportieren können. Doch in Wirklichkeit verschicken wir nur 110 Stück. (...) Dies gilt auch für die Schweine. Diese Woche wurden 30.000 Stück für den Export angemeldet, jedoch dürfen nur 1200 Stück außer Land gebracht werden.“³⁵

In Anbetracht der Verhandlungen in Lausanne teilte Nationalbankchef Kienböck mit, daß bis zur Unterzeichnung des Vertrages zur Tilgung von Auslandsschulden, keine weiteren Devisen mehr aufgebracht werden können. Dies sei auch den Gläubigern mitgeteilt worden. Die Reichspost erwähnte in ihrer Ausgabe, daß die Gewährung der Kredite nur unter strenger Kontrolle und Bedingungen stattfinden werde. Hiezu wird der Völkerbund einen Beauftragten nach Österreich schicken, um die Gebarungen zu beaufsichtigen.³⁶

Einen Monat vor Ratifizierung des Vertrages wurden die Bedingungen publik. Demnach hielten es die Wirtschaftsexperten des Völkerbunds für notwendig, Österreich eine pekuniäre Hilfestellung zu gewährleisten. Von den 300.000 Schilling würde Frankreich zwei Drittel zur Verfügung stellen, ein Drittel käme aus England. Ein ständiger Wirtschaftsberater sollte der Regierung beistehen, so auch der Nationalbank. Ein eigener Rat würde die Kreditgeschäfte überwachen und selbst den Staatsbahnen wäre ein Völkerbundexperte beigelegt. Österreich sollte aus den fließenden Geldern jährlich 45 Millionen Schilling erwirtschaften.

Privatkredite über eine Million Schilling wären meldepflichtig und den Experten vorzulegen. Diese Forderungen waren sehr strikt, wenn man bedenkt, daß die Bank of England bei Gewährung des Kredits eine sofortige Rückzahlung von 100 Millionen ÖS verlangte. Zusätzlich hätte die österreichische Nationalbank 90 Millionen ÖS an den internationalen Währungsfond zu entrichten. Somit bliebe letztendlich eine

³⁵ FM 3/681 Ujság, 4.Juni 1932 (e.Ü)

³⁶ FM 3/747 Uj Nemzedék (e.Ü)

Gesamtsumme von 110 Millionen ÖS, die ausschließlich für die Zinsen der Kredite diente.³⁷

5.2.2 Der Zollkrieg

Zwischen Österreich und Ungarn bestand seit dem 15. Juli 1931 ein temporärer Wirtschaftsvertrag für die Dauer von einem Jahr. Nun galt es, diesen wieder zu erneuern. Zu diesem Zweck verweilte die ungarische Handelsdelegation in den Julitagen 1932 in Wien. Doch die Verhandlungen erwiesen sich als mühselig und so lief der Vertrag nach gegenseitigen Beschuldigungen aus. Zwar standen beide Länder vor einer Pattsituation, doch konnte wenigstens das über den bilateralen Zahlungsverkehr geschlossene Übereinkommen bis zum 15. August verlängert werden.

Das vorgeschlagene Verhältnis 1,5(U):1(Ö) wäre nur dann möglich gewesen, wenn die Ungarn dies schriftlich garantiert hätten. Da diese aber keine schriftlichen Garantien geben wollten, kam es zum Aussetzen der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. So trat mit Mitternacht zwischen beiden Ländern der Zollkrieg ein.

„Ohne eine Ausnahmegewilligung ist es strengstens verboten nach Österreich Mehl, Mehlprodukte, Getreide, Roggen, Gerste, Obst, Konserven, Zwiebel und Knoblauch, Gemüse, Mineralwasser und Sodawasser zu liefern.(...) Im letzten Jahr hat Österreich mit Jugoslawien eine außervertragliche Übereinkunft getroffen, da der Nachbarstaat für den Export seiner landwirtschaftlichen Produkte nach Österreich keine Vergünstigungen gewähren wollte.“³⁸

Im Fremdenverkehr ergaben sich die nächsten Spannungen. Das zur Verfügung stellen von Schilling an ungarische Badegäste in Österreich sollte davon abhängig gemacht werden, inwieweit die österreichischen Kurgäste die ungarischen Lebensmittel in Ungarn kauften. Die offizielle ungarische Seite bedauerte die Verspannungen, verwies sie doch auf den Tatbestand, daß ihre ältesten und größten Märkte, nämlich der in der Tschechoslowakei seit 1930 und der in Österreich, seit den jüngsten Ereignissen geschlossen blieben.

³⁷ FM 3/681 Ujság, 29. Juni 1932 (e.Ü)

³⁸ FM 3/681 Ujság, 15. Juli 1932 (e.Ü)

Für den ungarischen Landwirtschaftsminister Emil Purgly war die österreichische Innenpolitik für den Zollkrieg verantwortlich. „Er sei der Ansicht, daß der österreichische Standpunkt heute nicht mehr von der gut überlegten Wirtschaftspolitik, sondern von innenpolitischen Befindlichkeiten beziehungsweise Korrelationsfaktoren gelenkt werde.“ Betreffend der Garantien erwähnte er: „Sie sprechen über Gewährleistungen, die man unmöglich garantieren kann. Denn solche sind ja immer vom gegebenen Zustand abhängig. Nach einem Gespräch mit dem Direktor des staatlichen Exportinstituts teilte mir dieser mit, daß trotz kurzer Verzögerungen, der Obstexport in den nächsten Tagen nach Polen, der Tschechoslowakei und nach Deutschland forciert werde. In Bezug dessen werde eine ungarische Delegation nach Deutschland fahren, um künftige Weizenlieferungen zu verhandeln.“³⁹

Trotz der vielleicht ungerechten künftigen Lieferverhältnisse schlitterte die österreichische Regierung immer mehr in die Isolation. Zwar pochte sie auf die schriftliche Garantieerklärung, doch wurde sehr schnell ersichtlich, in welchem Abhängigkeitsverhältnis die Regierung zu Ungarn stand. Der Großteil des Schlachtviehs, wie auch von Obst, Gemüse und Weizen stammten aus dem Nachbarland. Österreich hatte zwar eine stärkere Industrie als Ungarn, doch konnte man damit ernährungstechnisch gesehen nicht die Grundbedürfnisse der eigenen Bevölkerung befriedigen. Bisher importierte Österreich doppelt so viel aus Ungarn, wie es dorthin exportierte. Das Kabinett Dollfuß versuchte nun, das Verhältnis zu seinen Gunsten zu verändern.

Selbst die österreichischen Medien waren über den beginnenden Zollkrieg verwundert. Die Neue Freie Presse hob hervor, daß es in nächster Zeit zu Verteuerungen kommen würde. Die regierungsfreundliche Reichspost betonte die Möglichkeit der Fortsetzung der Wirtschaftsverhandlungen. Ungarn sollte davon überzeugt werden, daß es seine Industrieartikelimporte reglementiert.⁴⁰

Der einzige Nutznießer des Zollkriegs waren das benachbarte Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Ihre Produkte waren von nun an in einer größeren Zahl in den Lebensmittelläden vorzufinden. Bei den Friedensverhandlungen 1919 schlug der

³⁹ FM 3/747 Uj Nemzedék, 16.Juli 1932 (e.Ü)

⁴⁰ FM 3/747 Uj Nemzedék, 16.Juli 1932 (e.Ü)

Artikel 205 eine Zollunion zwischen der Tschechoslowakei-Österreich-Ungarn vor, doch war dieser nicht bindend. Der Tardieu-Plan brachte auch keine politische und wirtschaftliche Lösung der Nachkriegsprobleme und wurde von beiden Staaten abgelehnt.

In Anbetracht der ökonomischen Probleme veränderte sich das Angebot auf den österreichischen Märkten rapid. Hiezu schrieb die ungarische Presse:

„Auf Grund des Ausbleibens von ungarischen Gütern wartet auf Wien der Hunger. Die Kühlhäuser sind zur Gänze leer und im Grenzbereich haben die Schmuggelaktivitäten zugenommen. In Ödenburg verkaufen die Österreicher ihre in Österreich landesverwiesenen ungarischen Obstsorten. In Wien haben sich in den letzten Tagen die Preise für Obst und Gemüse bis zu 20 Prozent erhöht. Im Gegensatz dazu ist in Sopron und Győr der gleiche Prozentsatz in Form eines Gefälles zu beobachten. Es ist sehr interessant, daß die österreichischen Händler das ungarische Obst verkaufen. Die Händler haben nämlich noch vor dem Zollkrieg größere Mengen eingekauft, die sie jetzt auf Grund der Restriktionen nicht mehr anbieten dürfen. Nicht nur in Wien, sondern auch im besetzten Burgenland sind die Folgen des Verbots deutlich spürbar. Die Preise sind sprunghaft in die Höhe gegangen. Durch den Zollkrieg ist der Verkehr an der Grenze fast wie gelähmt.

Am Wiener Gemüsemarkt ist gestern die von letzter Woche übrig gebliebene Obst- und Gemüselieferung aufgebraucht worden. Jene Ware, die noch zum Verkauf dargeboten wurde, ist im Vergleich zur letzten Woche von den Händlern zwischen 20-30% teurer verkauft worden. Die vor allem der armen Arbeiterschicht angehörigen Frauen haben die unkontrollierten Preissprünge mit Entsetzen verfolgt.

Selbst besser Gestellte haben ein Problem mit dem Erwerb der Waren. Es hat sich sicherlich schon herumgesprochen, daß man Obst und Gemüse in größeren Mengen für längere Zeit auch nicht lagern kann. So steht eigentlich jeder vor dem Dilemma, wie er sich versorgen soll.“⁴¹

⁴¹ FM 3/747 Uj Nemzedék, 21.Juli 1932 (e.Ü)

5.2.3 Die Ratifizierung des Vertrags

In der Vorstandssitzung vom 13. Dezember 1932 berichtete Bundeskanzler Dollfuß über die Ergebnisse des Handelsvertrags zwischen Österreich und Ungarn. Demnach sei der Vertrag in der letzten Woche ratifiziert worden. Die Regierung sei zufrieden, denn es seien im Vergleich zum letzten Jahr wesentliche Verbesserungen zu erwarten. Das alte Verhältnis, welches eine Kommission gerade überprüfe, sei von 1:2,1 zugunsten Österreichs (1:1,5) geändert worden. Es sei darauf zu achten, daß die Einfuhr von Vieh, gärtnerischen Artikeln, sowie von Wein und Weintrauben aus Fremdstaaten reglementiert wird. Mit wenigen Ausnahmen habe der Vertrag die Ausfuhr von einer Vielzahl von österreichischen Artikeln nach Ungarn erleichtert.

Im Verhältnis 1:1 sei der Austausch von Holz gegen Schlachtvieh durchzuführen. In der Regel bedeute dies 225 Stück Schlachtvieh für 7000 Waggons Sägeware. Die günstigen Richtpreise für das exportierte heimische Holz in Ungarn ließen eine Verdoppelung der Ausfuhrmenge zu. Dies sei natürlich nur dadurch erreicht worden, indem die Konkurrenz aus den Geschäften ausgeschlossen wurde. Der Bundeskanzler hatte das Verhältnis selbst ausgehandelt und sei mit den Ergebnissen sehr zufrieden.⁴²

⁴² Walter Goldinger, Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932-1934, S. 47f., Wien 1980.

VI. Die Habsburgfrage

6.1 Vorgeschichte

Nach gescheiterten Verhandlungen mit der Regierung verließ Karl von Habsburg Österreich und lebte bis zu seinen Restaurationsversuchen in seinem schweizer Exil. Im November 1920 hob er die pragmatische Sanktion auf, die ab diesem Zeitpunkt, Österreich und Ungarn formell trennte.

Am 27. März 1921 trafen sich der künftige Reichsverweser Horthy und Karl in Budapest. Der König von Ungarn versuchte, seine Machtansprüche geltend zu machen. Horthy erklärte, daß die politische Situation ungünstig wäre und er einen geeigneten Zeitpunkt abwarten solle. Bis dorthin würde er Ungarn in seinem Namen vertreten.

Karl reiste am 5. April 1921 zurück in die Schweiz. Etwas verbittert entschied er, das Ruder an sich zu reißen und einen erneuten Versuch zu unternehmen. Dieser zweite Restaurationsversuch begann am 20. Oktober 1921 in Ödenburg. Zwar war dieser besser vorbereitet, doch endete das waghalsige Unternehmen in einem Fiasko. Die Zugfahrt nach Budapest wurde von einigen tausend Soldaten und Getreuen begleitet, doch konnte die mehrtägige Reise nicht geheim gehalten werden. In der Nähe von Budaörs, einem Vorort von Budapest, lieferten sich regierungstreue Truppen und Karls Soldaten kleine Feuergefechte, die aber, um ein weiteres Blutvergießen zu verhindern, schon nach kurzer Zeit eingestellt wurden.

Der Grund für Horthys gewaltsamen Auftritt basierte auf die schwierige politische Lage, in der sich Ungarn befand. Gesandte der Tschechoslowakei, des SHS-Staates und Rumäniens gaben Horthy zu verstehen, daß sie eine Restauration des Königs als Casus Belli auffassen würden. In Budapest war in dessen das Kriegsrecht ausgerufen worden. Das Land befand sich am 23. Oktober am Rande eines Bürgerkriegs. Erst als die Kampfhandlungen eingestellt wurden, konnte sich die angespannte Lage langsam normalisieren.⁴³

Graf Bethlen war zu diesem Zeitpunkt als Premierminister bestellt. Es sollte noch eine Dekade dauern, bis ihn Gyula Gömbös ablöste. Dieser war schon in den Kämpfen mit Karl involviert. Es gelang ihm, unter seiner militärischen Führung aus Budapest

⁴³ Thomas Sakmyster, Miklós Horthy, S. 116f, Wien 2006.

Studenten und Teilen einer Jugendorganisation ein Bataillon von vier- bis fünfhundert Mann auf die Beine zu stellen.

6.2 Österreichs Standpunkt

Die Habsburgfrage gewann in Österreich zu Beginn der 30er Jahre wieder mehr an Bedeutung, stellte sie symbolisch eine Unabhängigkeit von Deutschland und dem Nationalsozialismus dar. Der 1932 gewählte Bundeskanzler Dollfuß vollzog eine ambivalente Haltung in Bezug auf das ehemalige Herrschergeschlecht.

Wegen seiner bäuerlichen Herkunft, die traditionsgemäß Vorbehalte gegen Obrigkeiten besaß, hegte er kaum Sympathien zu den Habsburgern beziehungsweise zu einem möglichen Restaurationsversuch. Im Laufe seiner Regierungszeit änderte sich sein Leitbild, auch auf Grund seiner Kontakte zu legitimistischen Kreisen. Zu ihnen gehörte unter anderem Schuschnigg und Schönburg-Hartenstein, die Bedingungen für eine etwaige Regierungsbeteiligung stellten.

So begann die Regierung, Verhandlungen über die Abschaffung der Habsburg-Gesetze zu führen. Der Heimwehrführer Starhemberg erklärte öffentlich, daß die Habsburgergesetze ein großes Unrecht sein. Die Landesverweisung müßte daher aufgehoben werden. Zu einer dezidierten Meinung über eine mögliche Inthronisation konnte er sich jedoch nicht durchringen.⁴⁴

Ein Lagebericht an den ungarischen Außenminister Kánya aus Rio de Janeiro zeigt trefflich die ungarische Einschätzung der Causa Habsburg: „Es wurde eine Messe für Kaiser Karl abgehalten. Anwesend waren Offiziere der ehemaligen k.u.k. Armee und der Landwehr. Die Messe zelebrierte ein Tiroler Pfarrer. Anschließend wurde das Lied Gott erhalte gesungen. Dieser Tag war auch die 15 Jahr Feier der Republik, welche die Regierung Dollfuß in Österreich im letzten Augenblick verbot. In der Habsburgfrage weiß die Regierung noch immer nicht, was sie will. In den USA gäbe es eine Kinovorführung, in der die Habsburger als Degenerierte dargestellt werden.“⁴⁵

⁴⁴ O.L. K 63, 169. csomó, 20 tétel, 685/pol.-1934. (e.Ü)

⁴⁵ O.L. K.63, 169 csomó, 20 tétel, 34/pol.-1933. (e.Ü)

Mitte Mai 1933 berichtet der ungarische Botschaftsrat Villani über Restaurationsgerüchte: „Herzog Sixtus Reise durch Mitteleuropa ist unspektakulär zu Ende gegangen. Des Prinzen Aspiration auf den polnischen Thron kann nur von ihm ernst genommen werden. Betreffend die Habsburgfrage sei zu erwähnen, daß eine ungarische Restauration in Ungarn selbst, niemanden interessiere. Dieser Gedanke wäre nur dann von Bedeutung, wenn der Anschluß Österreichs mit Deutschland nicht zu vermeiden ist. Doch diese Causa ist zurzeit nicht akut.“⁴⁶

Dollfuß nahm durch Schuschnigg diplomatischen Kontakt mit Otto von Habsburg auf, im Gegenzug versicherte ihm Otto, daß er und seine Klientel den Kanzler beim Kampf gegen den Nationalsozialismus unterstützen werden.

So konnte Otto, den von Dollfuß propagierten und von Frankreich und England mißtrauisch beobachteten ständestaatlichen Bestrebungen der österreichischen Regierung etwas schmackhafter machen.⁴⁷

In der neuen ständestaatlichen Verfassung vom 1.Mai 1934 wurden schließlich die Habsburger-Gesetze eliminiert. Die Landesverweisung wurde jedoch erst am 13.Juli 1935 aufgehoben. Kaiserin Zitha und ihr Sohn Otto mußten aber weiterhin zuvor die Bewilligung für die Einreise beim Bundeskanzler einholen.

Selbst das Bekleiden von politischen Ämtern wäre laut der neuen Gesetzgebung möglich gewesen. Dies galt auch für die höchsten Ämter des Landes, nämlich das des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten. Es ist anzunehmen, daß der legitimistisch eingestellte Präsident Miklas bei Bedarf sicherlich unterstützende Arbeit geleistet hätte.

Dollfuß politisch-republikanischer Wandel vollzog sich auch in visueller Hinsicht. Bei wichtigen Gelegenheiten trug der Kanzler die Uniform der Kaiserschützen. Später wurden beim Bundesheer die alten kaiserlichen Uniformen wieder eingeführt.⁴⁸

Auch in der Sozialdemokratie änderte sich die politische Ansichtsweise hinsichtlich einer eventuellen Restauration. Bei Verhandlungen gaben sie dem christlichsozialen Politiker Emmerich Czermak ihre Zustimmung. Dies war sicherlich auch deshalb

⁴⁶ O.L. K.63, 167 csomó, 20 tétel, 86/pol.-1933. (e.Ü)

⁴⁷ Gundula Walterskirchen, Engelbert Dollfuß, Arbeitermörder oder Heldenkanzler, S.219f., Wien 2004.

⁴⁸ Ebenso S.220

möglich, weil Otto für eine Koalition mit den Sozialdemokraten eintrat, um den Kampf gegen die Nationalsozialisten besser führen zu können.

Erwähnenswert ist die Sichtweise der Italiener. Sie versuchten, eine doppelgleisige Politik zu führen. Mussolini lehnte offiziell die Restauration ab, um nicht mit Jugoslawien, der Tschechoslowakei oder Deutschland in einen Konflikt zu geraten. Inoffiziell begrüßte er aber die Restaurationsvorhaben und bekräftigte, daß diese geheim gehalten werden müssen. Auch gegenüber österreichischen Diplomaten betonte er seine positive Ansicht der Lage.

Durch eine mögliche Restauration wären der Druck und der Einfluß Österreich-Ungarns auf die Kleine Entente massiv gestiegen, die eine Personalunion als eine größere Gefahr ansahen als einen Anschluß Österreichs an Deutschland.⁴⁹

In Ungarn wußte man über die österreichischen Pläne bescheid und lehnte diese strikt ab. Die Gründe waren offenkundig. Schon bei Karls Restaurationsversuch drohte die Kleine Entente mit einem Einmarsch in Ungarn, sollte der König das Land nicht verlassen. Dem hatte Horthy nichts entgegenzusetzen und mußte daher Karls Pläne durchkreuzen.

So wie 1921 fürchtete der Reichsverweser im Jahr 1934 um seine Macht, die er durch Aufbau einer eigenen Erbfolge zu festigen gedachte. Seine Söhne sollten eines Tages seine Funktion als Reichsverweser übernehmen.

Die ungarischen Befürchtungen wurden am 10.Mai 1934 den deutschen Gesandten in Budapest, Hans Georg vom Mackensen, mitgeteilt. Dieser informierte den deutschen Außenminister Neurath in Berlin. Horthys Vorschlag für eine Verhinderung der Restauration wäre eine Aussöhnung zwischen Österreich und Deutschland gewesen.

„Das einzige Mittel, solcher Entwicklung noch rechtzeitig vorzubeugen, sei die Beilegung des deutsch-österreichischen Konflikts im deutschen Sinne. Eine solche Lösung würde allen Bestrebungen der Habsburger sofort einen wirksamen Riegel vorschieben.“⁵⁰

Horthy hätte dabei eine Vermittlerrolle übernommen, jedoch wurde der Vorschlag von Berliner Seite aus ad acta gelegt. Eine Aussöhnung mit Österreich sei zum gegebenen Zeitpunkt nicht möglich gewesen. Hitler war schon früher über die österreichischen Vorhaben informiert, weigerte sich aber aus taktischen Gründen, mit Dollfuß in Kontakt

⁴⁹ Gundula Walterskirchen, Engelbert Dollfuß, Arbeitermörder oder Heldenkanzler, S.221f., Wien 2004.

⁵⁰ Ebenso S.222.

zu treten. Eine Restauration wäre für Deutschland katastrophal gewesen, da die östlichen Expansionspläne Hitlers eine reine Illusion geblieben wären. So wurden gegenüber der Kleinen Entente im Bezug auf die Habsburger Ängste geschürt. Trotz der Unterzeichnung der Römischen Protokolle verhandelten die Ungarn mit Deutschland hinter dem Rücken der Österreicher. Zu groß waren die eigenen Interessen und die Angst vor den Habsburgern.

Ministerpräsident Gömbös sprach sich deutlich für eine gute Freundschaft mit dem Deutschen Reich aus. Gömbös hegte unaufhörlich revisionistische Bestrebungen gegenüber Teilen des SHS-Staates und Siebenbürgen. In Hitler sah er die einzige Möglichkeit diese Pläne zu verwirklichen. Doch für Deutschland hätte Ungarn nur als Durchzugskorridor nach Südosteuropa für die eigenen Soldaten gedient. Die ungarischen Gebietsansprüche wurden seitens der deutschen Politik nicht aufgegriffen.

Für Frankreich und England stellte die Habsburger-Frage kein Problem dar. Man stand dem ganzen relativ gleichgültig gegenüber. Kurz vor seinem Tod entschied sich Dollfuß, Otto von Habsburg das Angebot für eine Restauration zu machen und die Umwandlung Österreichs in eine konstitutionelle Monarchie zu offerieren. Der Kanzler schätzte die außenpolitischen Komplikationen, die eine Zusage Ottos gebracht hätten, für zu optimistisch beziehungsweise zu naiv ein.

Doch die Nachricht erreichte Dollfuß nicht mehr, er fiel am 25. Juli 1934 einem Attentat zum Opfer. Als Nachfolger wurde Schuschnigg bestimmt, der im Juli 1935 die Habsburgergesetzte zwar aufhob, doch eine Restauration auf Grund des Drucks seitens des Deutschen Reiches nicht mehr wagte.

Am 23. November 1934 schrieb der ungarische Gesandte einen geheimen Lagebericht an Außenminister Kánya. In diesem wurde die Habsburger-Frage behandelt:

„Schuschnigg und Berger berichten, daß der tschechische Ministerpräsident Marek in Wien verweilt. Er frage, ob Österreich nicht bereit wäre, eine freiwillige Regierungserklärung gegen die Habsburger abzugeben. In Rom angekommen baten sie Mussolini, die österreichische Regierung zu einem solchen Schritt zu bewegen. Mussolini verhielt sich zu diesem Thema ausweichend und erklärte, daß er diesen Schritt erst mit der österreichischen Regierung besprechen müßte.

Schuschnigg sehe die Causa Habsburg in einem anderen Blickwinkel. Er sieht die Restauration als eine nicht bestehende Frage an, die in Wirklichkeit eine unmögliche Sache ist. <Eine Restaurationsfrage gibt es überhaupt nicht, das ist klar.> Sie sind bereit, die Habsburger nach Österreich hereinzulassen, nicht jedoch als Thronprätendenten. Eine Rückkehr von König Otto oder seiner Mutter bedarf einer eigenen Regelung, die er zuerst mit Ungarn absprechen würde. Er (Schuschnigg) weist jegliche Einmischung in die österreichische Innenpolitik zurück, dies gilt auch für die tschechischen Wünsche hinsichtlich der Habsburger.⁵¹

VII. Gyula Gömbös

7.1 Vom Kadetten zum Ministerpräsidenten

Von einer evangelisch-adeligen Familie abstammend, wurde Gömbös 1886 in Murga, Ungarn geboren. In seinem Geburtsort und in der Folge in Sopron wuchs er zweisprachig auf. 1901 schickte ihn sein Vater auf die Kadettenschule nach Pécs, wo seine militärische Laufbahn begann. Als Fähnrich diente er im 25. Honvéd-Infanterieregiment in Zagreb. Während deiner Dienstzeit mit den kroatischen Soldaten eignete er sich ihre Landessprache an.

1906 musterte er als Leutnant aus und besuchte bis Kriegsausbruch den Generalstabskurs in Wien. Im Krieg nahm Gömbös an der von Pflanzer-Baltin geführten Brussilowoffensive teil, bei der er verwundet wurde.

Es folgte die Heirat mit der Wienerin Greta Reichertel, deren Eltern aus Württemberg stammten. Bis zum Endes des Kriegs pendelte der zwischenzeitlich als Hauptmann des Generalstabs beförderte Gömbös zwischen Wien und Budapest.

1918 diente er als Generalstabsoffizier im ungarischen Verteidigungsministerium, 1919 erfolgte die Wahl zum Vorsitzenden der MOVE, dem Landesverein der Schutzkräfte.⁵²

⁵¹ O.L. K.64, 61 csomó, 41.tétel, 660/pol.-1934. (e.Ü)

⁵² Jenő Gergely, Gyula Gömbös, S.13f, Budapest 2001.

In Szeged trat er das erste Mal mit Horthy in Kontakt, der seinen Siegeszug nach Budapest antrat, um der Rätediktatur Bela Kuns ein Ende zu setzen. Nun forcierte Gömbös seine politische Laufbahn und so bekleidete er 1922 das Amt des stellvertretenden Klubobmanns der Regierungspartei. 1926 folgte seine zweite Ehe mit Erzsébet Szilágyi, die er zuvor in der MOVE kennen gelernt hatte.

In den nächsten Jahren erreichte Gömbös den Höhepunkt seiner Karriere. 1928 bestellte ihn die Regierung zum Staatssekretär im Verteidigungsministerium, bereits ein Jahr später führte er die Geschäfte als Minister bis zum Jahr 1932. Ab 1932 saß er als Ministerpräsident im ungarischen Kronrat.⁵³

Sein militärisches Auftreten und der damit verbundene Habitus zwangen ihn oft zu drastischen Taten. So verbrachte er in seiner Funktion als Staatssekretär wegen Mißachtung des Duellverbots vier Tage im Gefängnis.

Aus dem polizeilichen Aufnahmeprotokoll wird über den 43jährigen wie folgt berichtet: „Seine Größe beträgt 178cm, sein Körperbau wirkt kräftig, das Gesicht ist länglich. Die Gesichtsfarbe ist rot und gesund, die Stirn ist hoch, sein Haarwuchs blond, die Augen blau. Die Augenbrauen sind von heller Natur, seine Nase wirkt normal, der Bart ist gepflegt (...) Die Polizei war an seinem Brustumfang nicht interessiert, obwohl er stolz auf ihn war, er betrug 98cm.“⁵⁴

Schon während dem Weltkrieg machte Gömbös keinen Hehl aus seiner Habsburgfeindlichen Einstellung. Er setzte sich öffentlich für die Bildung einer eigenen ungarischen Armee ein. Die Durchführung seiner Wünsche konnten jedoch erst im Trianon-Ungarn verwirklicht werden.

Für die Niederlage Ungarns machte er jüdische Kräfte und inkompetente Politiker verantwortlich. „Gömbös und gleich gesinnten Offizieren gelang es, die neue Nationalarmee mit tiefem Antisemitismus zu durchdringen, der sich in Plakaten, Pamphleten, Zeitungsartikeln, Reden und dem Aufruf zur Emanzipation Ungarns vom internationalen Judentum entlud.“⁵⁵

⁵³ Ebenso S. 20f.

⁵⁴ Ebenso S.24.

⁵⁵ Thomas Sakmyster, Miklós Horthy, S. 33, Wien 2006.

7.2 Das Ringen um die Kanzlerschaft

7.2.1 Graf Istvan Bethlen

Bevor Gyula Gömbös im Jahr 1932 zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannt wurde, lenkte Graf Bethlen fast eine Dekade hindurch die politischen Geschicke des Landes. Schon nach seiner Bestellung schaffte er es binnen sechs Monaten, mit viel Talent und pragmatischen Manövern das Zwischenkriegsregime auf ein starkes Fundament zu bauen. Das persönliche Verhältnis zum Reichsverweser konnte als gut angesehen werden.

Um keinen politischen Keil in die Parteienlager zu treiben, versuchte Bethlen eine ausgewogene Politik zu forcieren. So schloß er bereits überraschend kurz nach seinem Amtsantritt einen Pakt mit den Sozialdemokraten. Zwar hoffte der Kanzler, das alte System Vorkriegs-Ungarns wiederherstellen zu können, dennoch blieb er realistisch, um die politische Mündigkeit des einfachen Volkes nicht zu unterschätzen.⁵⁶

Die Annäherung von Bethlen und den Sozialdemokraten läutete die Auflösung der Partei der kleinen Landwirte ein. Diese forderten zuvor eine neue Bodenreform und ein neues Wahlrecht. In der neuen Einheitspartei standen sich nur mehr Gleichgesinnte gegenüber. Sie bestand aus mittleren und hohen Beamten, sowie kleinen und großen Grundbesitzern.

In einem letzten Teil der Konsolidierung führte das Horthy-Regime ein neues, restriktiveres Stimmrecht ein. Zwar bestand schon ein liberales Stimmrecht, auf welches die Wahlen von 1920 basierten, dennoch war das Regime der Auffassung, daß dies die traditionelle gesellschaftliche Ordnung des Landes aus dem Gleichgewicht bringen könnte.

So beschloß man, die vorkriegszeitlichen Wahlstrukturen wieder zu beleben. Dies führte zu einer offenen Abstimmung in den ländlichen Gebieten. So hatte der Wahlberechtigte keine Wahlzelle oder Ähnliches zu seiner Verfügung, um seinen Stimmzettel geheim ausfüllen zu können. Die Wahl verlief vielmehr durch heben der Hand oder durch Erheben ab.

⁵⁶ Ebenso S.128

Zusätzlich sollte die Anzahl der Wahlberechtigten drastisch gesenkt werden. Entsprechend verringerte sich der Prozentsatz von vierzig auf achtundzwanzig. In Bethlens Gesamtkonzept bedeutete dies, daß ungefähr 80% der Bevölkerung nicht anonym wählen konnten. Durch diese Reform konnte die Regierungspartei wesentlich Druck ausüben. Dieses Verhalten führte zur Manipulation der Wahlen und sicherte außerdem die Mehrheit im Parlament. Nach Auflösung der Nationalversammlung im Jahr 1922 erging ein Sonderbeschluß Horthys, nach dem die von Bethlen geforderte Wahlreform zugesichert wurde.⁵⁷

Im Gegensatz zu Gömbös bemühte sich der Ministerpräsident, eine ausgewogene Politik zu führen. Er trat extremistischen beziehungsweise destruktiven Strömungen jeglichen Couleurs hart gegenüber und versuchte, einen ausgewogenen Kurs zu führen. Das Auskommen mit den jüdischen Kreisen kann als durchaus positiv bezeichnet werden. Um dem rechten Lager keinen Einhalt zu gewähren, wurde Gömbös aktiv in die politischen Geschehnisse mit eingebunden. So wurde er zum Beispiel mir der Organisation der Wahlen von 1922 betraut.

Außenpolitisch setzte der Ministerpräsident auf eine Annäherung mit Italien und Österreich. Als Bethlen und Mussolini Verhandlungen über eine mögliche wirtschaftliche und politische Kooperation führten, verwies man auf die wichtige Rolle Österreichs. Bethlen meinte hiezu: „Das Ziel müßte sein, daß in Österreich eine Rechtsregierung mit Hilfe der Heimwehren die Macht von der gegenwärtigen Regierung übernimmt, deren außenpolitischen Ziele den unseren nicht kongruent sind und die gegenüber der Tschechoslowakei und der Kleinen Entente im allgemeinen eine der ungarischen Regierung unangenehme, freundliche Politik führt.“⁵⁸

Für Bethlen war die Politik Seipels zu sehr nach den Ideen von Benesch geprägt. Er begrüßte vielmehr eine konservativere Linie. So vertrat er die Ansicht, daß eine Rechtsregierung in Österreich den Warenverkehr zwischen Italien und Ungarn erleichtern würde. Außerdem könnte die Einfuhr von Waffen besser gesichert werden. All diese Bestrebungen wären durch Hinzuziehung der Heimwehren leichter realisierbar, da diese sehr gute Kontakte zu der Polizei und dem Bundesheer hatten.

⁵⁷ Ebenso 2.130

⁵⁸ Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie, Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, S.9, Wien 1966.

7.2.2 Mißstimmungen

Bethlen führte eine zweiseitige Politik. Einerseits bekräftigte er seine konservativen und revisionistischen Ideen vor dem Reichsverweser, der ihm für seine Durchführung eine Generalvollmacht erteilte, andererseits isolierte ihn der Ministerpräsident immer mehr vor anderen Politikern, um sich der lästigen Konkurrenz entledigen zu können. Diese Meinung vertrat auch das Offizierskorps der Armee. Demnach sei es allein Bethlens Schuld, daß der Reichsverweser im Burgpalast von der restlichen Welt abgeschieden sei und mit Liberalen, Judenfreunden und Freimaurern umgeben werde.⁵⁹

Trotz massiver Intervention seitens Gömbös wurde Bethlen nicht entlassen. Als Gegenwehr ging Gömbös an die Öffentlichkeit und kündigte die Gründung einer Rassenpartei an. Der Ministerpräsident äußerte sich über Gömbös: „Es handelt sich bei Gömbös doch nur um einen Militärhauptmann, dessen politische Unreife, Impulsivität und <flammende Vorliebe für Verschwörungen> die Konservativen, die mittlerweile wieder das Schicksal des Landes bestimmen, mit großer Besorgnis erfüllten.“⁶⁰

In den nächsten Jahren führte Gömbös eine rechtsgerichtete Politik, in der er das Großkapital und die Juden für die Misere im eigenen Land verantwortlich machte. Die Differenzen mit Bethlen konnten auch durch Horthys Vermittlungsversuche nicht mehr aus dem Weg geräumt werden. So verließ er die Regierungspartei und widmete sich seiner Rassenschützerpartei.

Im Dezember 1925 wurde in Budapest der Francfälschungsskandal aufgedeckt, der den guten Ruf des Ministerpräsidenten beeinträchtigte. Es wurde offensichtlich, daß die Betrügereien mit Wissen der ungarischen Regierung, ja mit der Unterstützung Bethlens stattgefunden haben.⁶¹

In dieser Krisenstimmung erkannte Gömbös seine Möglichkeit, sich wieder aktiv in die politischen Geschehnisse einzuschalten. Er wollte seine Unabkömmlichkeit und die Notwendigkeit für eine Unterstützung seiner politischen Macht demonstrieren. Die Schwierigkeit bestand aber darin, einerseits seine Feindschaft beziehungsweise Gegnerschaft zur Regierungspartei in der Öffentlichkeit nicht zu leugnen, andererseits

⁵⁹ Thomas Sakmyster, Miklós Horthy, S. 134, Wien 2006.

⁶⁰ Ebenso S.135

⁶¹ Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie, Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, S.11, Wien 1966.

bei strategisch wichtigen Entscheidungen Bethlen zu unterstützen. So konnte der amtierende Ministerpräsident seinem Sturz entkommen.

Um politisch wieder Salonfähigkeit zu bekräftigen, beschloß Gömbös weniger zu polarisieren. „Wir müssen den Rassenschutz nicht durch das gegenseitige Ohrfeigen des Antisemitismus in die politische Achse stellen, sondern durch harte Arbeit jene Position erreichen, in der nur die ungarische Rasse ihre Rechte besitzt.“⁶²

Für Gömbös verkörperte der Rassenschutz eine konservative Politik. Er wies die Kritik zurück, wonach er die Rassenunterscheidungen auf Grundlagen der Demokratie beurteilen würde. Seiner Meinung nach verkörperten die westlichen Demokratien in keinem Belangen die ungarischen Interessen. „Ich bin auch in dieser Sichtweise ehrlich, wenn ich sage, daß ich kein Demokrat bin. Mein Demokratiebegriff offenbart sich in der Tatsache, daß ich mein ungarisches Volk mehr liebe, als alles andere, meine Demokratie offenbart sich darin, daß ich meinem ungarischen Volk das tägliche Überleben garantieren möchte. Des weiteren bedeutet Demokratie für mich, daß der Ungar nicht auswandern muß und das neben einer Regierung der Weisen, das ungarische Volk einen glücklichen Weg beschreiten soll.“⁶³

Hinsichtlich des Gleichheitsgrundsatzes meinte er: „Ich brauche keine Egalität, denn die Regeln der Natur kennen dies auch nicht. Denn es gibt immer einige, die mehr hervorstechen und ich möchte, daß in Ungarn die Werte der Aristokratie herrschen. Wenn meine Ansicht der Demokratie, in dem das ungarische Volk aufblüht und erstärkt, nur durch eine Diktatur möglich ist, so begrüße ich das. Wenn dies durch die allgemeinen und geheimen Wahlen geschieht, dann begrüße ich dies genauso.“⁶⁴

In den nächsten Jahren unterstützte Gömbös vorsichtig Bethlens Regierungskurs mit dem Hintergedanken, beim gegebenen Zeitpunkt die Macht an sich zu reißen. Hinsichtlich des Faschismus trat Gömbös nur vorsichtig an die Öffentlichkeit. Seine Gedanken deckten sich mit denen der Regierung:

„Ich habe die Möglichkeit den Faschismus zu bewundern. Ich kann dies gegenüber dem italienischen faschistischen Regime nur mit meiner Sympathie bekräftigen. (...)

⁶² Jenő Gergely, Gyula Gömbös, S.183, Budapest 2001. (e.Ü)

⁶³ Ebenso S.186 (e.Ü)

⁶⁴ Ebenso S.187 (e.Ü)

Ich kann nur sagen, daß dies jedoch nicht bedeutet, daß ich den Faschismus, für solchen, auf die ungarischen Einrichtungen ummünzen möchte. Genauso wie bei uns die Orangenbäume nicht im Freien wachsen, gibt es sicherlich auch solche politische Prinzipien, die bei solch verzweigten Bäumen nicht so gut heranwachsen können, wie unter dem begünstigten italienischen Klima. Obwohl ich ein Befürworter einer starken nationalen Politik bin, glaube ich dennoch, daß eine faschistische Politik bei uns doch auf einige Hindernisse treffen würde, die entgegen der ungarischen Geisteshaltung, der ungarischen Geschichte und den ungarischen Bräuchen, sowie im Widerspruch zu unserer derzeitigen Außen- und Innenpolitik stehen würde.“⁶⁵

Noch unter der Regierung Bethlen wurde am 5.April 1927 das italienisch-ungarische Freundschafts- und Schiedsabkommen unterzeichnet. Mussolini verfolgte demnach die Einkreisung Jugoslawiens, was durch die Sprengung der Kleinen Entente erreicht werden sollte. Frankreichs Einfluß in der Entente beziehungsweise ein Schwinden seines Einflusses blieben aber weiter aufrecht, da die revisionistischen Bestrebungen Ungarns vor allem im rumänischen Raum nicht verklungen.

Am 4.September 1928 teilte Gömbös der amtierenden Regierung mit, daß er die Rassenschutzpartei als Vorsitzenden verlassen werde, ja die Partei selbst auflöste. Diese geschickte Taktik verhalf ihm zur definitiven Rückkehr in das aktiv geführte politische Alltagsleben. Nun konnte die Konkurrenz zu Bethlen auf Eis gelegt werden. Durch seinen politischen Wandel und die Rückkehr in die Einheitspartei, ernannte ihn Horthy zum Staatssekretär für das Heereswesen. Aus der persona non grata wurde wieder eine anerkannte Persönlichkeit, die auch der Reichsverweser besser zu schätzen begann. Mit ihm sollten sich nämlich in der Zukunft seine Interessen besser realisieren lassen als mit Bethlen.

⁶⁵ Ebenso S.188 (e.Ü)

7.2.3 Gömbös Machtübernahme

Gömbös Zusage seine politischen Aktivitäten auf das Gebiet der Armee zu beschränken, bekräftigte den Reichsverweser, ihm zum Verteidigungsminister zu ernennen. Dies verschaffte dem neuen Minister nicht nur den Zugang zu Horthys Umfeld, sondern ermutigte ihn zu einer Politik außerhalb der Kasernenmauern.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 erreichte nun auch Ungarn und brachte das Land in sozialökonomische Schwierigkeiten. Im Herbst 1930 lag die Arbeitslosenrate bei ungefähr 20%. Bethlens kaum vorhandene Sozialreformen, die darüber hinaus keine Arbeitslosenversicherung beinhaltete, führten dazu, daß die alten Gräben erneut aufgerissen wurden.

Gömbös spürte, daß seine Stunde gekommen war, und begann, sich in das tagespolitische Geschehen stärker einzumischen. So verfiel er wieder seinen alten Denkmustern der Radikalisierung. Nur durch radikale Reformen sei ein Umlenken in der derzeitigen Lage möglich. Der Wohlstand der späten 20er Jahre wechselte mit den Krisengeschüttelten 30ern. Die Sozialdemokraten gewannen immer mehr an Terrain, Demonstrationen und Streiks drückten die soziale Unzufriedenheit aus.

Im Kampf gegen die Sozialdemokratie konnte Horthy auf Gömbös zählen. Der Reichsverweser war von einem fundamentalen Mißtrauen gegen sie Sozialdemokratie durchdrungen gewesen. Der liberalen und toleranten Politik Bethlens konnte er daher nicht viel abgewinnen. Als der amtierende Ministerpräsident sich weigerte, Horthys radikal werdende Ansicht hinsichtlich der Juden und der Opposition zu unterstützen, änderte sich die Beziehung der beiden zueinander. Ein am 20. Februar 1931 einberufener Kronrat spiegelte die Unzufriedenheit des Reichsverwesers wider. Horthy beschwerte sich über die Polizeinachlässigkeit in diesen prekären Zeiten und forderte das Einsetzen des Kriegsrechts, was aber mehrheitlich abgelehnt wurde.⁶⁶

Im Frühsommer 1931 beschloß Bethlen seinen Rücktritt von der Politik. Dieser hatte neben gesundheitlichen- auch taktische Gründe, denn der neue Sanierungsprozeß bedurfte unpopulärer Maßnahmen, die nicht auf viel Verständnis der Bevölkerung gestoßen wäre. Bethlen rechnete damit, daß ihn Horthy nach der Wirtschaftskrise wieder zurückrufen werde. Doch das Szenario von 1926, als Bethlen nach seinem

⁶⁶ Thomas Sakmyster, Miklós Horthy, S. 164f, Wien 2006.

Rücktritt wieder mit den Regierungsgeschäften betraut wurde, wiederholte sich diesmal nicht. Die Idee den interimistischen Finanzdirektor mit einer neuen Regierungsbildung zu betrauen, fiel ebenfalls negativ aus. Bethlen schlug einen prominenten konvertierten Juden namens János Teleszky vor. Horthy meinte hierzu: „Mein lieber István, solange ich in diesem Sessel sitze, wird kein Jude Ministerpräsident von Ungarn sein. Das kannst du von mir nicht verlangen.“⁶⁷

Mit der Regierungsbildung betraute der Reichsverweser seinen Freund Graf Gyula Karolyi. Doch die politische Atmosphäre verschlechterte sich zunehmend. Anschläge und Demonstrationen standen an der Tagesordnung. Der wachsende Unmut in der Bevölkerung konnte auch von Karolyi nicht gebremst werden. Horthy ließ Gömbös im April 1932 zu verstehen geben, daß dieser die Nachfolge Karolyis übernehmen könnte. Eifrig arbeitete Gömbös daher an einem neuen Reformprogramm, welches eine politische Entspannung gewährleisten sollte.

Gömbös unterstrich gegenüber dem Reichsverweser, daß er diesen durch ein Gesetz zusätzlich zu stärken beabsichtige. Die Pläne stießen bei Horthy auf Verständnis. Zusätzlich betonte Gömbös die Gefahr einer Habsburgerrestauration und verwies auf seine Loyalität im Jahr 1921.

Horthy machte die Kanzlerschaft Gömbös von einigen Punkten abhängig. So forderte der Reichsverweser von ihm, daß dieser keine antisemitische Gesetzgebung einleite, keine weitere Landreform durchzusetzen versuche und daß er bis auf weiteres mit dem Parlament zusammenzuarbeiten habe.

Widerwillig akzeptierte Gömbös die an ihm gestellten Forderungen. Sein ambivalentes Verhalten und sein Opportunismus spiegeln sich in seiner Antrittsrede als Ministerpräsident wider: „Ich sage hier offen und ehrlich zu den Juden, daß ich meine Ansicht geändert habe. Jene Juden, die sich der Nation in ihrem Schicksal verbunden fühlen, betrachte ich als meine Brüder, genauso wie meine magyrischen Brüder.“⁶⁸

Das Gömbös in der Judenfrage so deutlich einlenkte, läßt die Vermutung zu, daß dieser dem Reichsverweser schmeicheln wollte. Als Ministerpräsident nahm er

⁶⁷ Ebenso S.168.

⁶⁸ Ebenso S.173.

gegenüber den Juden eine ähnliche gespaltene Haltung ein, wie Horthy in den 20er Jahren. Dies ist jedoch darauf zurückzuführen, daß ihm die Hände gebunden waren. In den darauf folgenden vier Jahren seiner Kanzlerschaft erging es den Juden relativ gut.

7.2.4 Dollfuß vs. Gömbös

In der ersten Hälfte der 30er Jahre beherrschten die beiden Protagonisten Dollfuß und Gömbös die politische Landschaft ihrer Parlamente. Von Beginn an lassen sich Parallelen wie auch Unterschiede erkennen.

Dollfuß wuchs am Land in einer ärmlichen Bauernfamilie auf, in der er mit den Kehrseiten des Lebens konfrontiert wurde. Seine Schulzeit verbrachte er im Knabenseminar in Oberhollabrunn. Nach deren Absolvierung folgte der Eintritt in das katholisch-erzbischöfliche Priesterseminar in Wien, wo er sich dem Studium der Theologie widmete.⁶⁹

Im Gegensatz dazu konnte Gömbös sich auf seine adelige Herkunft berufen. Die väterliche Linie reichte bis in das XVII. Jahrhundert zurück. Die Ernennung in den Adelsstand erfolgte per Dekret im Jahr 1685, hervorgerufen durch die Unterstützung im Krieg gegen die Türken. Der junge Gömbös wuchs in einer behüteten Umgebung auf. Der Großteil seines Familienzweigs waren Katholiken, doch im Zuge der Reformation schlossen sich einige dem lutheranischen Glauben an. Zu diesem gehörte auch der junge Gyula.⁷⁰

Im ersten Weltkrieg dienten beide an den Fronten. Dollfuß kämpfte an der italienischen Front, die 1918 mit der Beförderung zum Oberleutnant endete. Nachdem sich Gömbös zur Militärlaufbahn entschied, wurde er im Kriegsverlauf an die Balkanfront beordert. Ähnlich wie Dollfuß beendete er die Kriegshandlungen im Rang eines Oberleutnants.

Schon 1921 bezog Gömbös eine klare politische Stellung gegenüber den Habsburgern. Bei den Restaurationsversuchen Karls kämpfte er an Horthys Seite gegen den König. Der Reichsverweser verdankte ihm dies spätestens, als er ihn zum

⁶⁹ Gundula Walterskirchen, Engelbert Dollfuß, Arbeitermörder oder Heldenkanzler, S.47f., Wien 2004.

⁷⁰ Jenő Gergely, Gyula Gömbös, S.13f, Budapest 2001, (e.Ü)

Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Umgestaltung der Armee betraut, beschritt Gömbös seine militärische Laufbahn. In den nächsten Jahren wuchs sein Haß gegen all jene, die, wie er meinte, für das Trianon-Ungarn verantwortlich waren. Dazu gehörten die Juden, die Sozialdemokratie genauso wie die Kleine Entente. Um dies zu unterstreichen, gründete er die Rassenschützerpartei.

Dollfuß hingegen durchlief die Beamtenlaufbahn. Dazu gehörten der Bauernbund, die niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer und die Direktion der Bundesbahnen. Mit dem Eintritt als Land- und Forstwirtschaftsminister im Kabinett Ender im März 1931, begann Dollfuß politische Karriere.

Während der jeweiligen Kanzlerschaften lassen sich meisten Differenzen beobachten. Dollfuß wurde am 20. Mai 1932 verfassungskonform zum Bundeskanzler ernannt. Dies führte zu einer Koalition mit den Heimwehren und dem Landbund. Im März 1933 beschloß der Kanzler im Zuge einer Geschäftsordnungskrise, das Parlament schließen zu lassen. Spätestens ab diesem Zeitpunkt konnte man von einem autoritär geführten Machtapparat sprechen. Durch Hitlers Wahl zum Reichskanzler verschlechterte sich auch die politische Lage in Österreich. Die Radikalisierung der Straße und die schier unlösbaren Probleme mit den Sozialdemokraten veranlaßten Dollfuß, die Parteien aufzulösen. Schon zuvor sah man sich genötigt, mit dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz aus dem Jahr 1917 zu regieren.

Wie schon im letzten Kapitel erwähnt, war der Regierungsantritt Gömbös von mehreren Punkten abhängig gemacht. Dies diente nicht nur Horthys Machtsicherung, sondern sollte für die nächsten Jahre eine ausgewogene Politik sichern. Die außenpolitischen Interessen spielten dabei eine wichtige Rolle. Die Annäherung an Hitler Deutschland und an Italien waren für Ungarn die einzige Hoffnung, etwaige revisionistische Ansprüche verwirklichen zu können. Gömbös gutes Verhältnis mit Hitler konnte jedoch darüber nicht hinwegtäuschen, daß der Führer seinerseits ausschließlich die Interessen Deutschland verfolgte. Dazu gehörte die Einkreisung Jugoslawiens genauso wie der Versuch, die Rumänen durch wirtschaftliche Konzessionen aus der Kleinen Entente herauszulösen.

Die Beziehung zu Österreich kann durchaus als ambivalent bezeichnet werden. Gömbös benötigte die finanzielle und militärische Intervention Italiens und eine gute

Zusammenarbeit mit dem deutschen Reich. Österreich diente als Korridor, durch den zum Beispiel Waffenlieferungen von Mussolini an Horthy erfolgten. Dies wurde spätestens im Februar 1933 publik, als die Hirtenberger Waffenaffäre aufflog. Empfänger der italienischen Waffen waren sowohl Teile der Heimwehren als auch die ungarische Armee.

Bereits 1927 wandte sich Horthy in Budapest an General Hans von Seeckt, Chef der Heeresleitung der Reichswehr, um mit ihm den Aufbau der ungarischen Streitkräfte zu thematisieren. Dabei wurde der General in den Entschluß des Reichsverwesers eingeweiht, daß dieser in Zukunft die Tschechoslowakei angreifen und zerstören wollte.⁷¹

Realpolitisch konnte Gömbös nicht viel von der Regierung Dollfuß profitieren. Selbst der Wirtschaftsvertrag zwischen Österreich und Ungarn stellte für den ungarischen Ministerpräsidenten keine unbedingte Notwendigkeit dar. Auch die herannahende Weltwirtschaftskrise, die sich in Österreich im Zusammenbruch der CA manifestierte, löste in Ungarn keinen allzu großen Kollaps aus.

Für die Regierung Gömbös stellte der Anschluß zwischen Deutschland und Österreich ein Faktum dar, nur der Zeitpunkt der Durchführung stand noch offen.

Hiezu schrieb Gömbös an Mussolini: „Auch der ungarischen Regierung wäre es lieber, wenn statt eines starken Deutschen Reichs, Österreich der westliche Nachbar Ungarns bliebe, deshalb sei es bereit, mit seinen bescheidenen Kräften alles zu tun, damit Österreich nicht im germanischen Meer versinke,(...), das könne seiner Ansicht nach verzögert, aber nicht dauernd verhindert werden. Im Zeitalter des elementaren Vordringens des nationalen Gedankens kann man es dem zur deutschen Volksgemeinschaft gehörenden österreichischen Volk nicht verweigern, sich mit seinen Brüdern zu vereinigen.“⁷²

Dollfuß schlitterte mit dem Beginn seiner Kanzlerschaft immer tiefer in eine politische Krise. Der aufkeimende Nationalsozialismus und die Wahl Hitlers zum Reichskanzler begünstigten die Talfahrt. Außenpolitisch stand Österreich in einer Pattsituation. Mussolini war bereit Dollfuß zu fördern, doch nur unter der Bedingung, daß dieser sich mehr mit den Heimwehren arrangierte und in Sinne des in Italien vorgelebten

⁷¹ Thomas Sakmyster, Miklós Horthy, S. 161, Wien 2006.

⁷² Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie, Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, S.118, Wien 1966.

Faschismus handeln sollte. Eine selbständige Politik wurde dadurch immer schwieriger, wollte Dollfuß die Hilfe des Duce in Anspruch nehmen. Gegenüber Deutschland gab es keine Verbesserung der politischen Lage. Hitler zwang Dollfuß immer mehr in die Knie. Die 1000 Mark Sperre, Attentate und die Radikalisierung der Straßen stellten den Höhepunkt dar. Im Oktober 1933 überlebte der Kanzler durch Glück einen Anschlag.

Mit der Ausschaltung des Parlaments und dem Verbot aller politischen Parteien, mit Ausnahme der Vaterländischen Front, begab sich der Kanzler in eine Sackgasse, aus der er sich nicht mehr herausmanövrieren konnte. Der Bruch mit den anderen politischen Fraktionen brachten Dollfuß in eine totale Isolation, die Politik Hitlers schien zu greifen. Der Bürgerkrieg demonstrierte nur noch die starken sozialen Spannungen, die auf friedlichem Wege nicht mehr zu lösen waren.

Dollfuß Kampf gegen den Nationalsozialismus war ein aussichtsloser Kampf, da er keine brauchbare Allianzen schmieden konnte. Während Gömbös mit der Hilfe von Italien und später mit Deutschland seinen revisionistischen Träumen naheiferte, verfiel Dollfuß der Illusion, Österreich noch vor einer Einverleibung Deutschland retten zu können.

VIII. Das Ende der Demokratie

8.1 Wachsender Druck

Mit Beginn der 30er Jahre veränderte sich zunehmend die politische Landschaft in Österreich. Die Regierung Buresch wurde abgewählt. Auf den abgehaltenen Wahlen basierend, konnte Engelbert Dollfuß am 20. Mai 1932 zum neuen Bundeskanzler ernannt werden. Die Regierungskoalition, welche sich aus den Heimwehren und dem Landbund zusammensetzte, konnte sich nur auf eine Stimmenmehrheit im Nationalrat berufen.

Ungarn stand ebenfalls vor einer politischen Personalrochade. Gyula Gömbös löste im September 1932 den scheidenden Ministerpräsidenten Graf Istvan Bethlen ab. Der Reichsverweser bestand auf eine relative politische Kontinuität, sodaß sich keine großen Umstrukturierungsmaßnahmen ergaben. Zwar zog die Partei der Landwirte in das Parlament, jedoch gelang es Gömbös nicht, seine radikalen Pläne durchzusetzen. Bereits die Bildung des eigenen Kabinetts bereitete dem neuen Ministerpräsidenten große Sorgen. Die Anhänger Bethlens saßen weiterhin in den wichtigen Gremien und konnten so ihnen nicht genehme Pläne blockieren.⁷³

Italien hatte sich unter Mussolini zu einem faschistischen Staat entwickelt und strebte die Adriaherrschaft, die Hegemonie im Mittelmeerraum und die Erweiterung der italienischen Kolonien in Afrika an. Ungarn spielte dabei für den Duce eine wichtige Rolle, standen Teile die von Italien beanspruchten Gebiete in dessen Reichweite.

Am 30. Jänner 1933 wurde Adolf Hitler von Hindenburg zum deutschen Reichskanzler ernannt. Die Wahlen vom 6. März 1933 bestätigten die absolute Mehrheit der Nationalsozialisten. Die Stellung der Nationalsozialisten schien aber im Kabinett Hitler-Papen nicht allzu stark gewesen zu sein. Zu sehr waren sie vorerst von den anderen konservativen Bündnispartnern umgeben und damit in ihrem Handlungsspielraum eingeeengt. Einige Beobachter hielten daher die Regierung Hitler nur für eine temporäre Erscheinung. Ihrer Meinung nach würden mit der Zeit die Reichswehr oder national Rechte Gruppierungen in den Vordergrund treten. Sie konnten in der politischen Veränderung noch keine scheinbare Zäsur erkennen.⁷⁴

Der Transformationsprozeß in autoritäre beziehungsweise diktatorische Staatsgebilde in Deutschland, Italien und Ungarn, erhöhte den politischen Druck auf die österreichische Regierung. Mit Hitlers Machtübernahme begann für Dollfuß ein Abwehrkampf, den er nicht gewinnen konnte. Mussolini ließ seine Unterstützung für Österreich von der Südtirolfrage abhängen, die er zum gegebenen Zeitpunkt von Deutschland als gefährdet einschätzte. Die Anerkennung der neu gezogenen Grenzlinien am Brenner garantierte eine vorübergehende Subvention seitens Italiens, welche sich nach Dollfuß Tod schlagartig änderte.

⁷³ Thomas Sakmyster, Miklós Horthy, S. 172f, Wien 2006.

⁷⁴ Marie-Luise Recker, Die Außenpolitik des dritten Reiches, S.3, München 1990.

8.2 Die Parlamentskrise

Mit dem 4. März 1933 bannte sich im österreichischen Nationalrat eine Krise an. Auf der Tagesordnung sollte der anhaltende Eisenbahnerstreik thematisiert werden, der die politischen Lager wieder einmal entzweite. Die Regierung Dollfuß beharrte auf eine sofortige Beendigung der Arbeitsniederlegung. Ausgerufen wurde der Streik, da die Bundesbahnen wegen einer Finanzkrise die Gehälter lediglich bedingt auszahlen konnten. Mit nur einer Stimmenmehrheit begannen die Verhandlungen, die folgeschwere Konsequenzen mit sich zogen.⁷⁵

Bei der Abstimmung eines Antrags der großdeutschen Partei, den die Sozialdemokraten unterstützten, kam es nach Abgabe eines vermutlich falsch abgegebenen Stimmzettels zu einem Sieg der Opposition. In seiner Funktion als Parlamentspräsident bestätigte Renner die Gültigkeit der Abstimmung, trat aber wie auch seine beiden anderen Stellvertreter Ramek und Straffner, auf Grund der Proteste, von seinem Amt zurück. Somit war der Nationalrat bis auf weiteres handlungsunfähig.

Das ungarische Telegrammbüro berichtete über den Versuch, die Verhandlungen vertagt fortzusetzen, wie folgt:

„Straffner hat als letzter Nationalratspräsident eine Sitzung für 1500 Uhr anberaumt, bei der ungefähr 60-70 Sozialisten und einige Vertreter der Großdeutschen bis 1430 Uhr erschienen. Nach halb drei Uhr umstellte die Polizei das Parlamentsgebäude und ließ weder weitere Abgeordnete noch Journalisten hinein. Straffner eröffnete die Sitzung und bekundete seine rechtliche Sichtweise. Gleich nach seinen Ausführungen schloß er die Sitzung und stellte fest, daß er sich noch nicht für einen neuen Sitzungstermin entschieden habe. Die Abgeordneten verließen den Saal und eine rege Diskussion füllte die Gänge.

Man sagt, daß Straffner einen vom Polizeichef geschriebenen Brief, der über das unrechtmäßige Zustandekommen der Versammlung beinhaltete, erst nach der Sitzung bekommen hätte. In den Nachmittagsstunden wurden die Führer der Parteien zusammengerufen, jedoch erschienen letztendlich nur die Sozialdemokraten und die Großdeutschen. Ein inhaltlicher Beschluß konnte nicht gefasst werden, doch entschieden sie eine neue Verhandlung einzuberufen, mit der Hoffnung, daß auch die anderen politischen Vertreter anwesend sein werden. Jene, die von der Polizei nicht in

⁷⁵ Gundula Walterskirchen, Engelbert Dollfuß, Arbeitermörder oder Heldenkanzler, S.127, Wien 2004.

das Parlament hineingelassen wurden, ließen den Verstoß gegen ihre Immunität im Polizeibericht protokollieren.

(...) die österreichische Regierung hatte eine öffentliche Kundmachung verlautbart, demnach Bundeskanzler Dollfuß die von Straffner einberufene Sitzung für ungesetzmäßig und daher als nicht zu gestatten titulierte. Er beauftragte die Polizei, dies Straffner mitzuteilen. Des Weiteren sollte er die Sitzung verhindern und schon allfällige Beschlüsse für nichtig erklären.

Laut dem offiziellen Kommuniqué eröffnete der Präsident statt um drei Uhr, die Sitzung bereits eine Stunde früher. Er hielt seine kurze Rede nicht von seinem gewohnten Platz aus, sondern von der Brüstung. Nach offiziellen Nachrichten zu Folge läßt Straffners Verhalten darauf schließen, daß er selbst zurückgetreten ist, um diese Sitzung für rechtmäßig zu erklären. Es kam zu keinen Ausschreitungen. Privaten Meldungen nach, werden die an der Sitzung Anwesenden, sich an den parlamentarischen Verfassungsausschuß wenden.⁷⁶

8.3 Reaktionen

Am 18. März 1933 informierte der ungarische Botschaftsrat Bessenyei in Wien den ungarischen Außenminister Kánya über die anhaltende Krisenstimmung und ergänzte: „So wie es aussieht, möchte Dollfuß längerfristig die Macht an sich ziehen. Im Finanz- und Wirtschaftsbereich wird bereits mit dem Notverordnungsgesetz regiert. Dies basiert schon auf länger anhaltenden Streitigkeiten, die das Parlament seit langem führte, jedoch nie entschied. Der Großdeutsche Dr. Sepp Straffner ist am 4. März als letzter zurückgetreten. Um nicht unnötig Öl in das Feuer zu gießen, appellierte man an ihm, keine weiteren Sitzungen mehr einzuberufen. Trotzdem bekräftigte er, daß er solange die Geschäfte führen werde, bis kein neuer Nationalratspräsident gewählt wird. Die Geheimpolizei hätte die Abgeordneten vom Eindringen in das Parlament abgehalten. <typisch österreichische Lösung>

Straffner hätte kein Recht die Sitzung abzuhalten und schon gar nicht um 1430 Uhr, wenn sie erst um 1500 Uhr beginnt. Die harte und energische Haltung Dollfuß sei auch

⁷⁶ O.L. K 63-1933-20/1 (e.Ü)

deswegen bemerkenswert, weil sich dieser mit Problemen in der eigenen Partei durchzusetzen hat.“⁷⁷

Betreffend Reschs Rücktritt von der Regierung und den Heimwehren fügte er noch hinzu: „Dr. Kerber hat Resch abgelöst. Winkler hat schon geglaubt, daß D? oder R (priv:?) mit dem Landbund aus der Koalition aussteigen würde, da diese zu rechts angesiedelt sei. Dollfuß sei daher auf die Heimwehren angewiesen, die ihrerseits den Kanzler unbedingt zu einem Putsch bewegen wollen. Die Heimwehr plante das rote Rathaus zu stürmen, 200 Mann standen in der Wipplingerstraße bereit.

Erstaunlicher Weise dulden die Sozialdemokraten die Provokationen. Es ist abzuwarten, wie lange ihr passives Verhalten noch anhält. Der Landbund kann sich in der Regierung nicht gerade mit sauberen Geschäften schmücken. Sie unterstützen Dollfuß nur so lange, bis sie einen besseren Verrat nützen können. Miklas ist eine schwache Persönlichkeit. Die Regierung hat nur Glück, daß sie vom verlässlichen Heer, der Polizei, dem Klerus, den Großindustriellen und den Grundbesitzer unterstützt wird. Es sei zu hoffen, daß Dollfuß seine Verfassungsreform wird durchsetzen können.“⁷⁸

Die regierungsfreundliche ungarische Zeitung „Uj Nemzedék“⁷⁹ bemerkte zu den Geschehnissen, „daß der österreichische Parlamentarismus gerade an seinen ihn auszeichnenden Paragraphen gescheitert ist. Gerade deshalb bereitet sich die Regierung auf eine mögliche Verfassungsreform vor, denn nur so könne sie die aufgehäuften Probleme effizient lösen. Der Meinung der Regierung zu urteilen, kann das Parlament nicht mehr weiter existieren, da die drei Präsidenten zurückgetreten seien und es niemand gäbe, der eine neue Sitzung einberufen könne. (...)

Trotz der Notverordnungen erklärten die Sozialdemokraten in einer Proklamation ihren Protest und kündigten Dollfuß einen unerbittlichen Kampf an.

Um die Parlamentskrise zu beenden, müßte der Nationalrat einberufen werden. Dies wäre aber laut der Geschäftsordnung nicht mehr verfassungskonform. Jede andere Art von Treffen besäße privaten Charakter.

Die Regierung möchte auf keinem Fall die Auflösung des Parlaments, da dies mit der Ausschreibung zu Neuwahlen verbunden wäre. Sie weiß nämlich, daß sie den Kampf gegen den Nationalsozialismus, der durch die jüngsten Ereignisse in Deutschland gestärkt ist, in Österreich verlieren würde.

⁷⁷ O.L. K.63, 167. csomó, 20.tétel, 21/pol.-1933. (e.Ü)

⁷⁸ Ebenso

⁷⁹ „Neue Generation“ (e.Ü)

Auf der einen Seite stehe die Christlichsoziale Partei, die Heimwehr und der Landbund. Als Gegenpart fungieren die Sozialdemokratie und die Großdeutschen. Letztere werden bei einer neuerlichen, nicht gesetzmäßigen Einberufung des Nationalrats erscheinen. Da es deshalb keine Lösung geben wird, ist anzunehmen, daß die Regierung Dollfuß mit dem Notverordnungsgesetz weiterregieren wird. Seit der Auflösung des Parlaments haben trotz des Versammlungsverbots, Nationalsozialisten und Sozialdemokraten über 70 politische Veranstaltungen abgehalten.“⁸⁰

In der Klubvorstandssitzung vom 7.März 1933 äußerte sich Dollfuß kritisch über die allgemeine politische Lage und dem Parlamentarismus. Demnach konnte nur durch das Notverordnungsgesetz neue Lösungen gefunden werden.

Er vertrat den Standpunkt, daß eine grundlegende Verfassungsänderung mit den Parteien erstrebenswert sei, der Bundespräsident sollte zusätzlich durch Notverordnungen agieren können. Die Veränderungen sollten für die Öffentlichkeit nicht zur Diskussion stehen: „Die Öffentlichkeit darf nicht hören, was wird geschehen, sondern darf nur hören, was ist geschehen.“⁸¹

Die Notstandsverordnung betraf das Koalitionsrecht, das Versammlungsrecht, die Pressefreiheit und den Rundfunk. Mit diesen Verordnungen verfolgte die Regierung Dollfuß das Ziel, einerseits die Opposition zu knebeln, andererseits den hervorpreschenden Nationalsozialismus aufzuhalten.

8.3.1 Alarmbereitschaft

In Wiens Straßen herrschte am 15. März 1933 eine ziemliche Anspannung, was sich besonders an der hohe Anzahl von Exekutivorganen bemerkbar machte. Während Straffner seine Sitzung in den Räumlichkeiten des Nationalrats abhielt, umzingelten an die 500 Polizisten das Parlamentsgebäude. An ihrer Spitze der Polizeiberater Ritzberger und Hr.Grimm, ehemaliger Privatdetektiv Seipels.

⁸⁰ FM 3/747 Uj Nemzedék, 10.März 1933 (e.Ü)

⁸¹ Walter Goldinger, Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932-1934, S. 132, Wien 1980.

Daß die Regierung sich vor einem möglichen Putsch beziehungsweise schweren Unruhen fürchtete, bestätigte ein Bericht über die massiven Sicherheitsvorkehrungen: „In den Straßen um das Parlament und auf der Ringstraße patrouillierten unentwegt in mehreren Reihen die berittene Polizei und Alarmfahrzeuge. Um 1400 Uhr wurde auf Anweisung die höchste Alarmbereitschaft ausgerufen. Einige öffentliche Gebäude wurden mit Karabinern und Maschinengewehren von den Bereitschaftstruppen besetzt. Das Bundesheer verstärkte mit Soldaten und schweren Waffen, die in der Innenstadt befindlichen Polizeiwachstationen. Größere Verbände wurden zusätzlich mit Telefonstationen und Flutlichtern ausgerüstet. Um 1330 Uhr durchritt die Polizei die ganze Ringstraße und die Innenstadt. Um vier Uhr riegelten sie den Weg zwischen dem Rathaus und der Bellaria ab, selbst der öffentliche Verkehr hatte darunter zu leiden.

Das Bundeskanzleramt wurde von den Truppen umstellt. Vor dem äußeren Burgtor, gegenüber des Maria Theresiendenkmals gingen die Soldaten mit Maschinengewehren in Stellung. Diese wurden von drei gepanzerten Fahrzeugen und ihren Besatzungen aus der Marokkanerkaserne kommend, unterstützt.⁸²

Nun vollzog sich der langsame Wechsel von der Demokratie zur Diktatur. Das Parlament schaltete sich laut der gültigen Geschäftsordnung selbst aus. Bundespräsident Miklas stand zwar eine Auflösungsverfügung zu, doch hatte er offiziell keine Möglichkeit gehabt diese zu veranlassen, da kein Nationalratspräsident mehr zur Verfügung stand, dem er diese übermitteln konnte.

Renner besuchte den amtierenden Bundespräsidenten und erörterte das Problem. Bei dieser Unterredung vertrat Miklas die Ansicht, daß der letzte Nationalratspräsident die Geschäfte wieder weiterführen müsse. Doch diese mündliche Äußerung konnte nicht mehr in die Tat umgesetzt werden. Miklas war zu schwach und wich Dollfuß Konzept. Um seine Unabkömmlichkeit zu demonstrieren, reichte der Kanzler seinen Rücktritt ein, der jedoch abgelehnt wurde. Laut der gültigen Verfassung hätte Miklas sowohl Dollfuß, als auch die ganze Regierung ihres Amtes entheben müssen.⁸³

⁸² FM 3/747 Uj Nemzedék, 17.März 1933 (e.Ü)

⁸³ Gundula Walterskirchen, Engelbert Dollfuß, Arbeitermörder oder Heldenkanzler, S.131f, Wien 2004.

IX. Die Allianz mit Italien

9.1 Annäherung

Um aus der Umklammerung der Kleinen Entente zu entkommen, war es für Österreich von großer Bedeutung, nach neuen Interessensgemeinschaften zu suchen. Neben Ungarn bot sich eine stärkere Beziehung zum Nachbarland Italien an. Dies konnte jedoch nur durch eine Rechts-Regierung verwirklicht werden, da die österreichische Linke eine Annäherung an das faschistische Italien aus weltanschaulichen Gründen abgelehnt hatte. Auf dem Weg der Außenpolitik konnte daher keine Konsolidierung erzielt werden. So beschloß Mussolini mehr Einfluß auf die innenpolitische Lage zu gewinnen. Noch belastete jedoch die Südtirolfrage die Gemüter.

Schon bei Treffen zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen und dem Duce vereinbarte man, daß Italien die österreichischen Heimwehren mit Waffen und Geld unterstützen werde. Zu diesem Zweck sollte Bethlen politische Schützenhilfe leisten und in der Folge selbst das Ruder an sich reißen.⁸⁴

Als Gegengeschäft verlangte der italienische Außenminister Dino Grandi eine schriftliche Garantie seitens der österreichischen Regierung: „Wenn wir also bemüht sind, unserem Nachbarn, selbst auf die Gefahr eines außenpolitischen Skandals auf die Beine zu helfen, müssen wir dafür die Garantie erhalten, daß vom neuen Regime keine Schwierigkeiten in der Südtirolfrage gemacht werden. Mit anderen Worten, noch bevor wir Unterstützung leisten, müssen wir in der erwähnten Frage von der aktiven Führung Sicherheit in Form einer Deklaration erhalten.“⁸⁵

Doch auch bei Erfüllung der italienischen Forderungen blieb Grandi mißtrauisch und bekräftigte, daß selbst eine neu geformte Rechtsregierung die traditionelle Österreichfeindlichkeit gegenüber der italienischen Politik nur schwer unterdrücken könnte. Dieses Regime würde wahrscheinlich eher großdeutsch orientiert sein, wodurch sich die Lage Italiens nicht verbessern könnte.

⁸⁴ Lajos Kerekes, *Abenddämmerung einer Demokratie, Mussolini, Gömbös und die Heimwehr*, S.12, Wien 1966.

⁸⁵ Ebenso S.18

Mussolini sprach sich daher klar gegen einen Anschluß Österreichs an Deutschland aus, um nicht wieder die heikle Südtirolfrage aufwerfen zu müssen. So blieb es vorerst beim Kontakt der Tiroler Heimwehren mit Ungarn, die von Italien unterstützt wurden. Um die gegenseitigen Interessen zu forcieren, schloß die Regierung Schober im Februar 1929 ein Freundschaftsabkommen mit dem Duce. Mit der Machtergreifung Hitlers änderte sich schlagartig die Beziehung zwischen Hitler und Dollfuß. Die Bindung, aber auch die politische Abhängigkeit von Italien wurde dadurch vergrößert.

9.2 Gespräche zwischen Dollfuß und Mussolini

Nach der gewaltsamen Ausschaltung des Parlaments reiste Dollfuß zu Ostern 1933 nach Rom. Offiziell besuchte der Kanzler den Vatikan, um dort die notwendigen Vorkehrungen für den Abschluß des Konkordats zu treffen. Da aber Papen und Göring sich auch in Rom aufhielten, war die Öffentlichkeit von der weltlichen Reise Dollfuß überzeugt.

Nach einem zweiten Besuch im Juli 1933 bekundete Mussolini sein Interesse, der österreichischen Regierung helfen zu wollen und bekräftigte seine Ansichten hinsichtlich der politischen Lage.

Demnach verfolgte er schon seit längerem die Politik Dollfuß und versuchte von nun an, seine Ideologie der des Kanzlers überzuordnen. Dabei betonte er seinen Wunsch, daß Dollfuß nach faschistischem Vorbild die Parteien in eine einzige Organisation verschmelzen sollte. Die Vaterländische Front hätte die ideale Struktur, um das Vorhaben zu realisieren.

Ein sich in der Zukunft immer wiederholende Punkt war seine Kritik gegenüber der Sozialdemokratie. Nach Mussolinis Meinung war Dollfuß nicht genug entschlossen, um den Kampf gegen das rote Wien erfolgreich führen zu können. Dabei beschwor er den Kanzler, alles Erdenkliche zur deren Vernichtung zu unternehmen.

Außenpolitisch betonte der Duce, daß eine gute Beziehung zwischen Österreich und Ungarn unabkömmlich sei und führte weiter aus:

„Es handelt sich nicht darum, die Grundlagen für eine österreichisch-ungarische Personalunion und die Restauration der Habsburger zu schaffen, wie dies in diesen

Tagen in einer gewissen Presse phantasiereich dargestellt worden ist, wobei diese Endziele der italienischen Politik zugeschrieben wurde. Italien verhält sich dem gegenüber ablehnend, da es diese Eventualitäten als den beiden Ländern und dem allgemeinen europäischen Interesse schädlich erachtet.“⁸⁶

Während Dollfuß und Mussolini miteinander konferierten, nahm der nationalsozialistische Terror in Österreich zu. Als Konsequenz wurde die NSDAP am 19. Juni 1933 verboten. Zusätzlich zu den Attacken aus Deutschland erhöhten auch die Regierungen Italiens und Ungarns den politischen Druck auf Österreich. Ihr Ziel war es, Dollfuß zu einer raschen Liquidierung der linken Kräfte in Österreich zu motivieren. Dabei sei der Faschismus die einzig wahre Herrschaftsform und die einzige Möglichkeit für Österreich, sich mit Deutschland zu versöhnen.⁸⁷

Dollfuß bekundete, in den mit Mussolini geheim geführten Briefwechseln, seine Loyalität gegenüber Italien und seinen festen Entschluß, die Pläne des Duce in die Tat umzusetzen. Stolz auf die Gründung der Vaterländischen Front erklärte der Kanzler: „Die Vaterländische Front wird auf dem Führerprinzip aufgebaut, Führer der Front bin ich selbst.“⁸⁸

Am 19. und 20. August 1933 fanden in Riccione weitere Verhandlungen der beiden Regierungschefs statt. Demnach sollte Dollfuß eine öffentliche Rede abhalten. Ziel der Ansprache, sei es die Moral der Bürger zu heben und neue politische Vorhaben, wie zum Beispiel die Verfassungsreform anzukündigen.

Dies alles sollte letztendlich einen Putsch einleiten, der der Regierung Dollfuß zur Alleinherrschaft verhilft. Nach erfolgter Durchführung des Staatsstreiches bekäme die Stadt Wien einen Regierungskommissär, der die Geschäfte führt.

Außenpolitisch sollte sich die österreichische Regierung gegenüber seinen Nachbarn Freundschaftserklärungen verabschieden und die besondere Beziehung zu Ungarn und Italien bekräftigen. Auch hinsichtlich der Kleinen Entente sollte friedlich agiert werden. Letztendlich strebe man eine enge Zusammenarbeit zwischen Österreich-Ungarn-Italien an.⁸⁹

⁸⁶ Wolfgang Maderthaner, Michaela Maier, Der Führer bin ich selbst, S.26, Wien 2004.

⁸⁷ Lajos Kerekes, Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, S.19, Budapest 1966.

⁸⁸ Wolfgang Maderthaner, Michaela Maier, Der Führer bin ich selbst, S.33, Wien 2004.

⁸⁹ Ebenso S.38f.

9.2.1 Die Trabrennplatzrede

Von Mussolini seelisch gestärkt hielt Dollfuß am 11. September 1933 beim ersten Generalappell der Vaterländischen Front seine programmatische Rede auf dem Wiener Trabrennplatz, in der er eine neue Verfassung ankündigte. Unter den offiziellen Vertretern der Bundesländer waren auch Kardinal Innitzer, Vertreter des Militärs und Bundespräsident Miklas anwesend.

Während seiner Rede betonte der Kanzler die Verdienste seiner Regierung. Unter seiner Kanzlerschaft sei die Devisendeckung wieder gewährleistet, der Staatshaushalt saniert und das außenwirtschaftliche Passivum deutlich gesenkt worden. Auch im Fremdenverkehr wären deutliche Zuwächse zu verzeichnen, obwohl von deutscher Seite alles unternommen wurde, die österreichischen Positionen zu schwächen.⁹⁰

Dem gegenüber stand die Tatsache, daß die Reiselust durch die Weltwirtschaftskrise allgemein gedämpft wurde. Der anhaltende NS-Terror, der durch Bombenattentate die Aufmerksamkeit auf sich lenkte, verunsicherte potentielle Touristen. Letztendlich traf Hitler durch Einführung der 1000 Mark Sperre erheblich den österreichischen Fremdenverkehr. Allein der Anteil der deutschen Gäste sank von 60% auf ungefähr 11%. Erst ab dem Jahr 1935 konnte ein Anstieg der Übernachtungen gemeldet werden. Von einer rosigen Fremdenverkehrslage konnte man also Ende 1933 nicht sprechen.⁹¹

Der Kanzler betonte, daß die innere Sicherheit des Landes trotz des Terrors und der Gewalt wieder hergestellt worden ist. Dabei lobte er das Engagement von Sicherheitsminister Dr. Fey. Im zweiten Teil seiner Rede bekräftigte Dollfuß, daß seine Regierung sich auf keinem Fall dem Terror beugen werde und alles unternehmen wird, um die öffentliche Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Für Kapitalismus und Materialismus sei im neuen Zeitalter kein Platz mehr vorhanden.

„Die Zeit des liberalistischen Denkens, die Zeit der marxistisch-materialistischen Volksverführung, die Zeit der Parteienherrschaft ist vorbei (...) wir wollen einen sozialen, christlich deutschen Staat auf ständischer Grundlage mit einer starken autoritären Führung.“⁹²

⁹⁰ FM 3/681:2, 12. September 1933, (e.Ü)

⁹¹ Ernst Hainisch, Österreichische Geschichte 1890-1990, Der lange Schatten des Staates, S.299, Wien 2005.

⁹² Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie, Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, S.158, Wien 1966.

Graf Starhemberg forderte von Dollfuß ein schärferes Vorgehen gegen die Opposition und bestärkte dies zwei Tage später bei einer Kundgebung am Ballhausplatz: „Für das Wiener Volk ist es unerträglich, daß da drinnen (Anmerk: Rathaus) die Bolschewiken herrschen. Herr Kanzler, schaffen Sie die heraus, die drinnen sitzen. Warten sie nicht zu lange; man muß das Eisen schmieden, solange es heiß ist.“⁹³

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit Ungarn gefragt, antwortete der Kanzler: „Die wirtschaftliche Beziehung zwischen Österreich und Ungarn könnten im Interesse für beide Länder noch viel vertiefender geführt werden. Meiner Meinung nach haben gerade die persönlichen Gespräche zwischen uns die bisher bedeutenden Erfolge erzielt.“⁹⁴

Doch die Außenpolitik Ungarns unterschied sich in wesentlichen Punkten von denen der österreichischen Seite. Gömbös schwebte eine Allianz zwischen Ungarn, Deutschland und Italien vor. Sie sollte eine politische und wirtschaftliche Wende hervorrufen.⁹⁵

Oder anders formuliert: „Der Wunschtraum von der Verwirklichung der agrarischen Revision stand im Mittelpunkt der Außenpolitik Gömbös, der in Hitler, der die allgemeine Revision des Versailler Friedenssystems verkündet hatte, einen unentbehrlichen Verbündeten im Kampf gegen seinen Hauptfeind, die kleine Entente, erblickte.“⁹⁶

9.2.2 Gömbös Reaktion

Grundsätzlich unterstützte die ungarische Regierung die österreichischen Pläne. Einzig die sich verschlechternde Beziehung zu Deutschland beunruhigte den ungarischen Ministerpräsidenten. Gömbös pflegte ein sehr gutes Verhältnis mit dem Deutschen Reich, da er nur mit Hitlers Hilfe die ungarische Revision verwirklichen konnte. Umso mehr wurde der Konnex mit Österreich von taktischen Überlegungen geprägt.

⁹³ Ebenso S.158.

⁹⁴ FM 3/681:2, 19.September 1933 (e.Ü)

⁹⁵ Thomas von Bogyay, Grundzüge der Geschichte Ungarns, S.134, Darmstadt 1990.

⁹⁶ Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie, Mussolini, Gömbös und die Heimwehren, S.161, Wien 1966.

Der Ministerpräsident erkannte schon im Jahr 1932, daß der Anschluß Österreichs an Deutschland unausweichlich sein werde, er versuchte jedoch mit Deutschland und Italien zu vermitteln.

Im Zuge einer Gedenkfeier für István Tisza bekundete Gömbös seine aktuellen politischen Ansichten. Dabei sprach er sich bei einem Punkt deutlich gegen die Habsburgerdynastie aus und meinte: „Wenn dieser (Anmerk: Tisza) noch lebte, so würde er auch ein Kämpfer für ein freies und eigenes Ungarn sein.“⁹⁷

Ebenso betonte er: „Können wir uns in solchen Zeiten einen Parteienzwist erlauben, wenn auf uns wichtige nationale Aufgaben warten? Können wir es uns erlauben, daß wir aus religiösen Standpunkten heraus Unterscheidungen vornehmen? (...) Diese Art der Politik, die wir aus der Fremde holen ist uns nicht genehm, einfacher gesagt, wir können sie nicht verstehen. Es gibt einige, die seit langem an die Macht kommen wollen. Sie versuchen mit Glaubensfragen mich auszmanövrieren, indem sie mir vorhalten, daß ich eine protestantische Herrschaft einführen möchte.

Ich bin in erster Linie Ungar. Ich weiß, daß der ungarische Katholizismus große Verdienste geleistet hat.“ Zur Staatsform fügte er hinzu: „Viele erwarteten von mir die Einführung der ersehnten Diktatur. Ich kenne jedoch mein Gemüt und kann ihnen sagen, daß sie diesen Gyula Gömbös nicht gern haben werden, der an ihnen die Diktatur ausprobiert. Wie stellen sich jene eine ungarische Diktatur vor? Du befehlst und du führst die Befehle aus? Ich sage nein dazu, da ich eine eigene Meinung habe. Wir wollen weder solch eine Diktatur noch eine andere Art.“

Hinsichtlich der Beziehung zu Österreich führte Gömbös deutlich aus: „ Auch heute noch gibt es einige, die der Meinung sind, daß es besser wäre in jene alte Gebilde zurückzukehren, in dem kein Ungar zufrieden war. Nach dreizehn Jahren Arbeit sind einige schon ermüdet und hoffen, daß die Wiederherstellung der alten Strukturen die Nation in eine bessere Lage versetzen würde. Sie vergessen aber, daß die alte Welt nicht mehr herstellbar ist. Mit großer Sympathie betrachte ich das eigenständige Österreich, mit dem uns gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen verbinden, doch würde es mir niemals einfallen, daß ich mit staatsrechtlichen Beziehungen unsere Freundschaft verstärke. An der Mauer einer alten Biergaststätte in Wiener Neustadt hängt ein Bild, welches zwei Blinde darstellt, die sich gegenseitig leitend, in die Grube fallen. (...) Wenn heutzutage sich zwei schwache und arme

⁹⁷ FM 3/681:2, 12.September 1933 (e.Ü)

Staaten sich gegenseitig staatsrechtlich binden, würden sie in die Grube der Unfähigkeit hineinstürzen, da dieses Konzept zu klein ist. Wir bedürfen sowohl wirtschaftlich, als auch politisch und historisch einer viel größeren Lösung. Dies schließt jedoch eine Zusammenarbeit mit Österreich nicht aus (...).“⁹⁸

9.3 Ungarns Beziehung zu Italien

Die Kontakte mit Italien wurden schon von der Regierung Bethlen forciert. Zu Ostern 1928 fuhr der damalige Außenminister István Bethlen nach Mailand, um Geheimverhandlungen mit Mussolini zu führen. Er betonte dabei die wichtige Rolle Österreichs für die Erreichung von gemeinsamen politischen Zielen. Bethlen war der Auffassung, daß Seipel zu sehr mit den Tschechoslowaken sympathisierte und daher nicht die ungarischen Richtlinien verfolgte. Für Österreich wäre eine Kooperation mit Ungarn und Italien nur von Vorteil, da es den Anschluß weiter hinauszögern würde.

Ein möglicher Anschluß hätte die Südtirolproblematik neuerlich entflammt und so begann für Mussolini das geschickte Taktieren zwischen Österreich und Deutschland. Grundsätzlich sprach sich der Duce für die Unterstützung Dollfuß aus. Eine freundschaftliche Beziehung zwischen Italien-Österreich-Ungarn würde für alle Beteiligten Vorteile verschaffen. Zum Beispiel wären die Abwicklung des Verkehrs und eventuelle Waffenlieferungen dadurch begünstigt gewesen.

Doch der Duce sollte diverse Subventionen ausschließlich von den politischen Entwicklungen in Österreich abhängig machen:

„Ich bin bereit den österreichischen rechten Organisationen 1 Million Lire einmal oder in Raten über Sie (Anmerkung: Bethlen) zur Verfügung zu stellen, ihnen die nötigen Waffen an der Grenze zu übergeben, wenn und soweit sie sich verpflichten, die Macht in absehbarer Zeit zu übernehmen, ja wenn dieser Fall eingetreten ist, bin ich bereit, mit einer solchen Regierung über eine Verbesserung der Lage in Südtirol zu verhandeln.“⁹⁹

⁹⁸ FM 3/681:2, 12. September 1933 (e.Ü)

⁹⁹ Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie, S.10, Wien 1966.

In Wahrheit war Italien zu schwach seine Ansprüche alleine durchzusetzen. Es fehlte ihm die notwendige wirtschaftliche und politische Macht. Mussolini forderte zwar sowohl Ungarn als auch Österreich auf, sich das faschistische System als Vorbild zu nehmen, doch in Bezug auf die ungarische Revision, konnte der Duce ausschließlich mit Worten und Ideen zur Verfügung stehen. Erst mit der Erstarkung des Nationalsozialismus im Jahr 1933 öffnete sich für Gömbös das Tor für eine mögliche Neuorientierung der ungarischen Außenpolitik.¹⁰⁰

Mussolinis wichtigstes Ziel war jedoch die Abkapselung Jugoslawiens, die durch die Zersprengung der Kleinen Entente erfolgen sollte. So schloß Italien in der zweiten Hälfte der 20er Jahre Freundschaftsverträge mit Albanien, Ungarn und Griechenland.

Noch als Verteidigungsminister besuchte Gömbös den Duce in Rom. Als er dann zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, folgte prompt eine neuerliche Einladung. Bereits am 4. Oktober 1932 schrieb ihm Gömbös zurück: „Als wichtigste außenpolitische Frage sehe ich die österreichische Frage an, mit der ich mich, nach Absprache mit Italien, am intensivsten beschäftigen will(..) In Deutschland habe ich gute Verbindungen zur Rechten(...) Wenn nämlich Rom und Berlin, beziehungsweise Budapest und Wien eine starke Allianz bildeten, so würde dieser Tatsache eine wichtige Rolle in der europäischen Politik spielen.“¹⁰¹

Damit sich eine engere Zusammenarbeit zwischen Rom-Wien-Budapest entwickelte, mußte jedoch ein rechter Umsturz stattfinden. Diesen Plan konnte nur durch die Heimwehr durchgeführt werden, an dessen Spitze Starhemberg stand. Dieser unterhielt schon seit geraumer Zeit den Kontakt mit Gömbös, nämlich als dieser noch das Amt des Verteidigungsministers bekleidete.

Am 7. November 1932 verhandelte Gömbös mit Dollfuß in Wien. Dollfuß sah eine Allianz zwischen Italien-Österreich-Ungarn als notwendig an, doch wäre die Sperrspitze sicherlich nicht deutsch-freundlich gewesen.

Bei seiner Visite am 10. November in Rom verschwieg Gömbös nicht, daß er den Duce als sein Vorbild sehe: „Mussolinis Statur verstrahlt Kraft und Energie und seine Augen den Geist. Überall hin verteilt er Genialität und Frohsinn. Ich sehe ihn gerne als mein

¹⁰⁰ Lajos Kerekes, Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, S.16, Budapest 1966.

¹⁰¹ Jenő Gergely, Gyula Gömbös, S.272, Budapest 2001. (e.Ü)

Vorbild an, und ich betrachte ihn gerne als einen, dessen Beispiel man verdienstvoll folgt. Ich verehere den Faschismus, stelle aber fest, daß das italienische System von keiner anderen Nation kopiert werden kann.“¹⁰²

Unabhängig von den wirtschaftlichen Gesprächen die Gömbös mit Mussolini führte, kam man zu der Übereinstimmung, daß die ungarisch-italienische Kooperation mit Österreich zu ergänzen wäre. Die Machtergreifung Hitlers sollte nur noch wenige Monate dauern. Beide Verhandlungspartner drückten ihre Besorgnis über Österreichs Schicksal aus.

Gömbös machte auch keinen Hehl daraus, sich gegebenenfalls außenpolitisch auf die Seite einer italienisch-deutschen Allianz zu stellen. Der Ministerpräsident dachte realistisch über die politische Zukunft Mitteleuropas und vor allem über die Rolle seines Nachbarstaates Österreich.

Mussolini befürchtete eine engere Anbindung Ungarns an Deutschland. Seine Interessen lagen geographisch ganz klar im Adria und Donaubecken, politisch versuchte er die faschistische Ideologie Dollfuß und Gömbös schmackhaft zu machen. Die Kooperation zwischen Österreich und Ungarn war die Grundvoraussetzung, um diese Ziele zu erreichen. Dieses neue Bündnis sollte als Bollwerk gegen Deutschland stehen. Der Duce sorgte sich über die Tatsache, daß Deutschland langsam an Stärke dazu gewann.

Schon während den Verhandlungen in Rom zwischen den 9.-12.November 1932 einigten sie sich Gömbös und Mussolini, daß sie zur faschistischen Umgestaltung Österreichs Dollfuß mit allen Mitteln unterstützen werden.

Im Juli 1933 schrieb der Duce einen Brief an den ungarischen Ministerpräsidenten, in dem er Dollfuß zwar lobend für seine Verdienste für die Wahrung der österreichischen Unabhängigkeit würdigte. Dennoch sei ihm der Prozeß der Umgestaltung zu langsam, er fordert eine vertragliche Zusammenarbeit Österreichs und Ungarns auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Nur wenn dies zustande käme, könnte mit Hilfe Italiens eine Opposition zu der Kleinen Entente und Deutschland geschaffen werden.¹⁰³

¹⁰² Jenő Gergely, Gyula Gömbös, S.272, Budapest 2001. (e.Ü)

¹⁰³ Lajos Kerekes, Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, S.113-114, Budapest 1966.

Dollfuß betonte die Notwendigkeit einer österreich-ungarischen Kooperation, die zum Teil schon intakt war. Italien wäre der geeignete Partner um diese Allianz zu stützen. Es war aber offenkundig, daß es in der Außenpolitik beider Länder noch Ungereimtheiten gab, insbesondere in der Frage der Revision der territorialen Bedingungen der Friedensverträge, aber auch die aktuelle Beziehung zum nationalsozialistischen Deutschland.¹⁰⁴

Der Duce spürte, daß das angehende faschistische Gebilde in Österreich durch die Nationalsozialisten gefährdet werden könnte. Das Dreieck Rom-Budapest-Wien wäre gegenwärtig die einzige Option, um als Gegengewicht den deutschen Interessen in Donauraum entgegenzuwirken.

Der Druck auf Dollfuß stieg kontinuierlich an, ein selbstständiges politisches Konzept, das die scheinbar unlösbaren politischen Divergenzen zwischen den eigenen politischen Interessensgemeinschaften hätte vielleicht beenden könne, blieb aus. Österreich war am besten Weg, in einem Bürgerkrieg zu schlittern.

Italien und Ungarn verstärkten ihren Druck auf den Kanzler. Ihrer Auffassung nach konnte nur die Ausschaltung der Sozialdemokratie die ersehnte Wende herbeiführen. Außerdem könnte nur ein auf den Grundlagen des Faschismus geführtes Österreich sich mit Hitler versöhnen.

9.4 Die römischen Protokolle

Am 17. März 1934 unterzeichneten Italien, Österreich und Ungarn die römischen Protokolle. Ziel des Vertrags war eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den Signatarstaaten. Jedoch ließ sich Gömbös die Option offen, mit Deutschland weiterhin offene und freundschaftliche Beziehungen zu verfolgen und unterstrich seine eigenen revisionistischen Interessen.

„Ungarn fühlt sich berufen, im Karpatenbecken eine eigene Politik zu treiben, südlich der Donau auf Italien, nördlich der Donau auf Deutschland gestützt oder aber, auf

¹⁰⁴ Wolfgang Maderthaner, Michaela Maier, Der Führer bin ich selbst, S.30-36, Wien 2004.

diplomatischer Ebene wünsche ich auch weiterhin, die Möglichkeit freundschaftlicher Verhandlungen mit Deutschland offen zu halten.“¹⁰⁵

Gömbös erreichte mit der Unterzeichnung der Protokolle, daß die ursprünglichen Beschlüsse nicht identisch mit den tatsächlichen Ausführungen waren. So setzte er zum Beispiel die Streichung der formellen Garantie für die österreichische Unabhängigkeit durch. Eines der wichtigsten Punkte betraf die ökonomische Zusammenarbeit untereinander. Zwar wurden gute Erfolge erzielt, zu einer Zollunion reichte es jedoch nicht aus.

Für Ungarn öffnete sich die Möglichkeit jährlich 320.000 t Getreide auf dem österreichischen und italienischen Markt zu verkaufen. Davon importierte Italien 100.000 t Weizen, Österreich erhielt 150.000 t Weizen und 50.000 t Mehl. Daneben durfte Ungarn jährlich 55.000 Stück Mastvieh und 10.000 Stück Schweine exportieren. Die mit Deutschland geschlossenen Zusatzverträge sicherten Hitler jährlich 75.000 t Getreide und 55.000t Mastvieh zu. Der deutsche Anteil am ungarischen Export betrug 1933 noch 11,2%, dieser steigerte sich im Jahr 1934 auf 22,2%. Somit überholte Deutschland den österreichischen Markt und wurde zum stärksten Handelspartner mit Ungarn. Die Signatarstaaten zahlten für die ungarischen landwirtschaftlichen Produkte im Vergleich zu den internationalen Preisen wesentlich höhere Abgaben. Im Gegenzug verringerte Ungarn den Schutzzoll auf deutsche, österreichische und italienische Produkte um bis zu 30%.¹⁰⁶

Das zweite Kapitel der Verträge garantierte die Einberufung einer Konsultationsrunde, wenn dies von einem der drei Staaten gefordert wird. Dies unterstützte im eigentlichen Sinn die österreichische Position gegenüber Deutschland. Außenpolitisch entsprachen die römischen Protokolle nur teilweise den Vorstellungen der ungarischen Regierung, innenpolitisch stärkten sie jedoch Gömbös Position. Auch der Vatikan begrüßte die Kooperation der Achse Rom-Budapest-Wien. Seiner Auffassung nach stand sie konträr zur deutschen Politik.¹⁰⁷

¹⁰⁵ Lajos Kerekes, Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, S.19, Budapest 1966.

¹⁰⁶ Jenő Gergely, Gyula Gömbös, S.278f, Budapest 2001. (e.Ü)

¹⁰⁷ Ebenso S.278f.

9.5 Das Verhältnis Ungarns zu Deutschland

Hitlers unmittelbares Ziel war die Unterwerfung der kleinen Staaten Süd- und Mitteleuropas. Hierzu gehörte der Anschluß Österreichs, um von dort aus die Tschechoslowakei zu erobern und einen möglichen Feldzug gegen die Sowjetunion weiterzuführen. Ungarn spielte in diesem Plan eine wichtige Rolle, war es doch durch seine idealen geographischen Gegebenheiten für ein Durchmarschgebiet nach Osten bestens geeignet. Berlin hielt die ungarische Regierung für sein Unterfangen für geeignet und versuchte auch in den Nachbarstaaten, adäquaten Regierungen zur Macht zu verhelfen.

Es ist zu betonen, daß Ungarn freiwillig zu Deutschland den Kontakt suchte. Als Gegengewicht hielt man auch gute Beziehungen zu Italien. Die ungarische Außenpolitik hätte sich gerne auf eine italienisch-ungarische Achse gestützt, doch führten die Hegemonialfragen betreffend den Donauraum zwischen Mussolini und Hitler zu größeren Meinungsverschiedenheiten.

Der Besuch Gömbös bei Hitler am 17. Juni 1933 erregte in Europa ein großes Aufsehen und durchbrach die diplomatische Isolierung Deutschlands. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Verträglichkeit der ungarischen Revisionsforderungen mit der deutschen Mitteleuropapolitik. Einstimmig begrüßten sie eine Zersprengung der Kleinen Entente und die Verdrängung Frankreichs. Hitler würde zwar ein ungarisches Vorgehen gegen die Tschechoslowakei unterstützen, doch in der Frage Rumänien und Jugoslawien eher auf eine wirtschaftliche Einbindung beider Länder in den deutschen Interessensraum setzen. Somit wurden die Gebietsanforderungen seitens Ungarn vorerst ad acta gelegt.

Auch das österreichische Problem wurde bei den Gesprächen erörtert. Hitler forderte die politischen Rechte der Nationalsozialisten in Österreich ein, einen Anschluß strebe er momentan nicht an. Grundsätzlich würde Gömbös den Anschluß akzeptieren, doch auf Grund der derzeitigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Italien und Deutschland wäre dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht von Vorteil.¹⁰⁸

Doch Hitlers aggressive Politik gegenüber Dollfuß war nicht mehr zu stoppen. „In den Jahren 1933/34 steigerte Deutschland den Druck auf Österreich durch den offenen Angriff der Nationalsozialisten. Politische Attentate, Sabotageakte und blutige

¹⁰⁸ Lajos Kerekes, Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, S.18, Budapest 1966.

regierungsfeindliche Demonstrationen lösten einander ab; die Spuren führten in jedem Fall nach Deutschland. Offen zugegebenes Ziel all dieser Aktionen war, durch Brechung des inneren Widerstandes den Anschluß Österreichs vorzubereiten.“¹⁰⁹

Der ungarische Botschaftsrat informierte den königlichen Außenminister über Dollfuß Ansicht in der ungarisch-deutschen Beziehung. „Eine deutsch-ungarische Freundschaft ist nur mit der Unterstützung Österreichs möglich. (...) Wir müßten trotzdem in einer guten Beziehung zu Deutschland stehen. Dollfuß hofft, daß die deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen mehr bringen werden, als die Weizenernte des letzten Jahres (zynisch), die mehr Schaden als Vorteile bescherte.“¹¹⁰

X. Die Heimwehr

10.1 Entwicklung

Nach dem Zusammenbruch der k.u.k. Monarchie formierten sich auf lokaler Ebene Selbstschutzverbände, die einerseits die Ordnung in den Städten und am Land gewährleisten sollten und andererseits Übergriffe der Nachbarstaaten vereiteln.

Mit dem Aufkommen der Heimwehren veränderte sich auch das politische Gebilde. Dieser paramilitärische Verband besaß einen sprunghaften und heterogenen Charakter. Deutschnationale, kleinstädtisch-radikale rangen mit konservativ, katholisch-agrarischen Strömungen um die Vorherrschaft. Beide hatten jedoch ein Ziel, nämlich die Zerschlagung der Demokratie und den geführten Kampf gegen den Marxismus auf den Straßen.¹¹¹

¹⁰⁹ Ebenso, S.19

¹¹⁰ O.L.K 63, 85/pol.-1934, (e.Ü)

¹¹¹ Ernst Hanisch, I.Republik, Österreichische Geschichte 1890-1990, Der lange Schatten des Staates, , S.289f. ,Wien 2005.

Im Korneuburger Eid vom 18. Mai 1930 erklärte die Heimwehr ihren Führungsanspruch in der Regierung: „Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat! Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteienvertretern, sondern aus den führenden Personen der großen Stände und aus den fähigsten und den bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird.“¹¹² „Unser Programm heißt Austrofaschismus“¹¹³

Die Heimwehren waren politisch geprägt und repräsentierten die konservativen Parteien der Zwischenkriegszeit.

Ihnen gegenüber stand der republikanische Schutzbund, der die Interessen der Sozialdemokratie vertrat. Die zahlreiche blutige Zusammenstöße in der Zwischenkriegszeit dokumentieren die Radikalisierung der Straßen. Höhepunkt der gewaltsamen Auseinandersetzung stellte der Zusammenstoß in Schattendorf im Jahr 1927 dar, aus dem sich ein politischer Brand entfachte. Eine weitere Front der Selbstschutzverbände öffnete sich im Kampf gegen die Kommunisten und die Nationalsozialisten.

In ihrer größten Ausdehnung im Jahr 1929 erreichte die Heimwehr einen Personalstand von ungefähr 300.000 Mitgliedern. Dieser paramilitärische Verband besaß einen sprunghaften und heterogenen Charakter. Die Klientel setzte sich größtenteils aus Bauern, Kleinstädtern und Arbeitern zusammen. Dazu gehörten sowohl Bauern, die eine katholische Einstellung und Sympathisanten der CSP waren, als auch antiklerikale sich zum nationalistischen Landbund bekennende Vertreter. Auch in den Städten selbst konnte man ähnliche Unterschiede wie am Land erkennen. Hier standen die Kleinstädter neben den großdeutsch gesinnten Geschäftsleuten, Advokaten und Beamten gegenüber.¹¹⁴

Das Fehlurteil aus dem Schattendorfer Prozeß widerspiegelte sich nicht nur im Justizpalastbrand von 1927, sondern stärkte insgeheim die politische Stellung der Heimwehr. Die Sozialdemokratie stand von nun an als Synonym für Gewalt und Bedrohung. Die Heimwehr erreichte ihr gewünschtes Ziel, als ernstzunehmender

¹¹² Walter Wiltschegg, Die Heimwehr, S.256, Wien 1985.

¹¹³ Walter Wiltschegg, Die Heimwehr, S.269, Wien 1985.

¹¹⁴ Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger, Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, S.268, Wien 1995.

Faktor in der österreichischen Innenpolitik auftreten zu können. Auch gegenüber den bürgerlichen Parteien stellte sie langsam eine ernst zu nehmende Konkurrenz dar.

Die Bundesführung übernahm im Jahr 1929 der Tiroler Dr. Steidle, ihm zur Seite standen gleichberechtigt unter anderem Dr. Pfrimer und Major Pabst. Bereits 1930 kam es zu einer Regierungsbeteiligung Fürst Starhemburgs als Innenminister.

Doch der erkämpfte Erfolg konnte nicht davon hinweg täuschen, daß die Heimwehr langsam an Terrain verlor. Verantwortlich dafür waren die steigende Wirtschaftsnot und der aufkeimende Nationalsozialismus, der durch die Wahl Hitlers zum Reichskanzler, die Terrorwellen nach Österreich brachte.

Die Landtagswahl vom 24. April 1932 bestätigte die Schwäche der regierenden Parteien. Sozialdemokraten und Christlichsoziale hatten deutliche Stimmeneinbußen, die Großdeutschen und der Landbund wurden völlig aufgegeben, die Heimwehr kandidierte nur noch sporadisch und konnte in keinem Bundesland Erfolge verzeichnen. Die Nationalsozialisten waren die wahren Sieger der Wahlen, sie schafften es ihre Stimmen zu vermehren.

Als die Regierung Buresch jedoch demissionierte, änderte sich rasant die politische Situation für die Heimwehr. Nachdem die Großdeutschen einer künftigen Regierung nicht mehr angehören wollten und der Landbund stark geschwächt war, konnte nur noch der Heimatblock eine Regierungsmehrheit garantieren. Mit nur acht Stimmen zog die Heimwehr in den Nationalrat, sodaß die Regierung Dollfuß die notwendige Mehrheit mit nur einer Stimme erreichen konnte. Ab diesem Zeitpunkt dominierte die von der Heimwehr geführte Politik.¹¹⁵

10.2 Der Landbund verläßt die Regierung

Im Herbst 1933 warnte der dem Landbund zugehörige Vizekanzler Winkler wiederholt den Bundeskanzler vor einem etwaigen Putsch seitens der Heimwehr. Winkler

¹¹⁵ Walter Wiltschegg, Die Heimwehr, S.65f, Wien 1985.

versuchte, eine Widerstandsfront gegen die faschistischen Bestrebungen Starhemberg zu bilden, indem er die von ihm gegründete Nationalständische Front in den Vordergrund rückte. Daneben existierte die am 21.Mai 1933 gegründete Vaterländische Front, die als Einheitspartei alle konservativen Parteien vereinigen sollte.

Winkler hoffte, daß Dollfuß seine Bestrebungen goutierte und die Heimwehr zu Gunsten der Vaterländischen Front auflösen werde. Der Kanzler erkannte zwar den Ernst der Lage, doch wußte er auch genau, daß der Ausschluß oder die Auflösung der Heimwehren, seine knappe Regierungsmehrheit nicht mehr gewährleisten konnte.

In den Septembertagen bezog Winkler klar Stellung gegen Starhemberg. „Ich bin ein Gegner von allen Regimes, die nicht auf der Basis der Verfassung agieren. Außerdem halte ich es als nicht gerechtfertigt, wenn für die Bekämpfung des braunen Faschismus, der schwarze Faschismus in unserem Land gerechtfertigt, beziehungsweise toleriert wird.“¹¹⁶

Während Winkler bei einer Rede in Graz vor den faschistischen Bestrebungen des Fürsten Starhemberg warnte, forderte letzterer demonstrativ an einer Versammlung in Kufstein, nahe an der Grenze zu Bayern, die Gründung des faschistischen Staates. Des Weiteren verlangte er ein hartes Vorgehen gegen jegliche nationalsozialistische und sozialistische Tätigkeiten und ein Verbot aller Parteien.

Winkler fügte zu seinen Grazer Ausführungen hinzu: „Ich stelle fest, daß der Bundesführer der Heimwehren (Starhemberg) schon des längeren jenen Standpunkt vertritt, daß Österreich den Austro-Faschismus begründen soll. Dies bedeutet, daß die Heimwehren den Staat für sich propagieren. Die heutige Lage erlaubt uns keine weiteren Experimente. Zum Kampf bereit, erkläre ich, daß wir uns diesen Machenschaften nicht beugen werden.“ Starhemberg konterte ohne Winkler namentlich zu erwähnen: „Diese Korrupten haben in der Vergangenheit nie gezeigt, daß in ihnen nur ein Funken von Verantwortungsgefühl vorhanden ist.“¹¹⁷

Doch Dollfuß entschied sich gegen die Protagonisten des Landbundes und somit wurde die Regierung am 21.September 1933 umgestaltet. Schumy, Vaugoin und Winkler verließen die Regierung, Major Fey wurde Vizekanzler. Trotz eines Gesprächs

¹¹⁶ FM 3/681Ujsag 19.September 1933 (e.Ü)

¹¹⁷ Ebenso

Ende Oktober 1933, in dem der Kanzler ein langsames Zurückdrängen der Heimwehren erwog und den Ausbau der Ostmärkischen Sturmcharen und der Burgenländischen Landeschützen forcieren wollte, konnte Winkler für einen etwaige politische Beteiligung nicht mehr gewonnen werden.

Des Kanzlers Entscheidung sich gegen den Landbund und für die Heimwehr zu entscheiden hatte mehrere Gründe. Dollfuß glaubte, daß er mit Starhemberg eine größere Möglichkeit im Kampf gegen die Sozialdemokraten und die Nationalsozialisten hatte. Die Heimwehr war bewaffnet und stellte eine äußere Abschreckung dar. Dollfuß forcierte seine Ambitionen hinsichtlich der Vaterländischen Front und unterschätzte dabei die Macht Starhembergs, die kontinuierlich wuchs. Starhembergs politische Pläne waren stark von den Ideen Mussolinis geprägt, der den faschistischen Staat als politisches Endziel in Österreich sah. Die naive Auffassung von Dollfuß, sich der Politik Starhembergs zu einem späteren Zeitpunkt entledigen zu können, scheiterte in den kommenden Monaten.

Die Heimwehr gewann immer mehr an Terrain und Starhemberg erließ unmittelbar nach der Kabinettsumbildung einen Tagesbefehl, der die Zusammenarbeit zwischen seinen Leuten und der Vaterländischen Front auf eine Bewährungsprobe seitens der Regierung stellen sollte. „Die Mitglieder der Heimwehren dürfen bis auf Weiteres nicht an den Versammlungen der Vaterländischen Front teilnehmen und dürfen außerdem nicht ihr Abzeichen tragen. (...) Dieser Tagesbefehl bleibt solange aufrecht, bis geklärt ist, in welcher Beziehung die VF zu den Heimwehren steht, beziehungsweise bis wir uns nicht 100%-ig vergewissert haben, daß die Funktion und Ziele der VF mit den am letzten Mittwoch geschlossenen Vereinbarungen übereinstimmen.“¹¹⁸

Der ungarische Botschaftsrat spiegelte ein geführtes Gespräch mit dem scheidenden Kanzler wider: „Winkler und seine Leute aus dem Landbund traten deshalb aus der Regierung, weil sie die aggressive aufgezwungene Heimwehrpolitik Dollfuß nicht mehr länger unterstützen wollten. Dollfuß verfolgt eine Rechtsregierung unter dem Druck von Mussolini und den Heimwehren. Der Kanzler wird durch den Sog der Taten einfach mitgezogen, obwohl er nicht unbedingt diese Linie vertritt. Dies wird entweder zu einer Restauration oder zur nationalsozialistischen Herrschaft führen. Er (Winkler) würde lieber eine Restitution anstelle einer Nazi oder Heimwehrdiktatur unterstützen, obwohl

¹¹⁸ FM 3/681Ujsag 22.September 1933 (e.Ü)

er Republikaner sei. Zwischen diesen beiden Gebilden, würde er sich jedoch hinter den Nationalsozialisten stellen, da diese im Land repräsentiert werden. Die Heimwehren hingegen seien finanziell abhängig und stützen sich fast ausschließlich auf bewaffnete Verbände.“¹¹⁹

Mitte Dezember 1933 äußerte sich der ehemalige Vizekanzler Winkler erneut gegenüber dem ungarischen Botschaftsrat bezüglich seines geführten Gesprächs mit Dollfuß. Demnach konnte die Nationalständische Front sich nur in die VF eingliedern oder sich auflösen. Dollfuß war nicht mehr über die Stärke der jeweiligen Parteien informiert. Winklers Meinung nach war die Etablierung eines autoritären Regimes im 20.Jahrhundert nur mit der Unterstützung der Massen möglich, er verwies aber auch darauf, daß in Italien und in Deutschland dem Volk von Zeit zu Zeit die Möglichkeit gegeben werde, sich für oder sich gegen die eigene Regierung zu stellen. Auf dem Regierungsprogramm der VF basierend sollte Dollfuß Wahlen ausrufen und dem Beispiel Hitler folgen, in dem er die Presse und Propagandaaktivitäten, aber auch die Aufstellung einer gegnerischen Liste verbietet. Bei Befolgung dieser Überlegungen könnte Dollfuß mehr als die Hälfte der Stimmen, zumindest aber 51% erreichen.¹²⁰

Verbittert über Dollfuß Starrheit erklärte Winkler im Jänner 1934, daß seiner Überzeugung nach der Kanzler seine Selbstentscheidungen schon längst verloren hat und längst unter dem Einfluß von Starhemberg und den Heimwehren stehen würde, von denen er keine Möglichkeit mehr hätte sich zu befreien. Starhemberg werde von den Nationalsozialisten bevormundet, die jedoch keinen erfolgreichen Einfluß auf die österreichische Innenpolitik hätten. Seiner Auffassung nach werde es in Österreich schon in kürze zu blutigen Auseinandersetzungen kommen.¹²¹

10.3 Das neue Kabinett

Mit der Ausschaltung des Parlaments und dem Oktroyat Italiens Folge leistend, begannen auch die ausländischen Medien mit einer differenzierteren Haltung

¹¹⁹ O.L. K 64, 55.Csomó, 121/pol.-1933, (e.Ü)

¹²⁰ O.L. K 63, 169.Csomó, 34/pol.-1933(e.Ü),

¹²¹ O.L. K 63, 169.Csomó, 6/pol.-1934, (e.Ü)

gegenüber dem Dollfußregime. Ab dem Herbst 1933 wurde offen über den Austrofaschismus beziehungsweise der ständestaatlichen Diktatur Engelbert Dollfuß berichtet. Zu stark war die geistige Bindung an Mussolini und den Heimwehren, um nicht von einem autoritären Staatsgefüge sprechen zu können.

Ab dem 22. September 1933 bekleidete Major Fey das Amt des Vizekanzlers. Die restlichen Politiker waren jedoch ausschließlich christlichsozialer Prägung. Die Heimwehr trauerte dem Ministerium für Staatssicherheit nach, das sie vor den Umstrukturierungen inne hatte. Dadurch fühlte sie sich politisch geschwächt, da sie keinen eigenständigen Schritt mehr setzen konnte. Dollfuß ernannte sich zum Bundeskanzler, Außenminister, Verteidigungsminister, Sicherheitsminister und Landwirtschaftsminister.

Von ungarischer Seite aus verwies man auf die Erstärkung der Legitimisten innerhalb der neuen Regierung.

„In der neuen Regierung zeigt sich eine stärkere legitimistische Prägung, als in der alten. In der abgedankten Regierung war nur Schuschnigg ein Legitimist. Einer der wichtigsten Ämter, nämlich das der Landesverteidigung, hat Fürst Schönburg-Hartenstein übernommen. Er kämpfte im Ersten Weltkrieg in einem Gebirgsjägerregiment, das Kaiser Karl befehligte.“¹²²

Fey vertrat die Meinung, daß die Bevölkerung größtenteils die Erneuerungen begrüßte. „Unter den Händlern und Industriellen gibt es einige, die sich vor der Politik Starhembergs verschließen und durch die Ereignisse einen Rechtsruck befürchten. Doch die Mehrheit vertraut in die neue Regierung und ist sich völlig bewußt, daß Fürst Starhemberg, mit allen die ihm zur Verfügung stehenden Kräften daran arbeitet, das Programm der sich festigenden Heimwehr, in das allgemeine Bewußtsein der Menschen zu transferieren.“¹²³

Für die ungarische Sozialdemokratie war die Regierungsumgestaltung das Ergebnis von unüberwindbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Landbund und der Heimwehr. Der wahre Sieger hieß jedoch Engelbert Dollfuß, der durch die Festigung seiner Diktatur Kommandant aller bewaffneten Kräfte in Österreich wurde.

¹²² FM 3/747 Uj Nemzedék, 22. September 1933, (e.Ü)

¹²³ FM 3/681 Ujsag, 22. September 1933, (e.Ü)

Aus ungarischer Sicht war es nur sehr schwer erkennbar, daß sich jene angefeindeten Parteien, die sich untereinander bekriegten, von nun an für das friedliche Wohl des Landes bemühten. Unter dem Deckmantel von Sicherheit und Eigenständigkeit war dies nicht mehr länger nachzuvollziehen.

„Jede Diktatur wendet sich an die breite Masse und möchte diese mit allen Kräften davon überzeugen, daß die Gewalt ein legitimes Mittel wäre. Wenn dann die Widerstand Leistenden niedergedrückt werden, gibt es keine Macht mehr, die sie zur Einhaltung ihrer Versprechen verpflichten würde. (...) Die Waffenbrüderlichkeit mit den Heimwehren lassen schon jetzt ahnen, daß die Diktatur mit der Hilfe des Faschismus an die Macht gelangen möchte und dadurch die Verfassung des demokratischen Staates bedroht.“¹²⁴

Die ungarischen Sozialdemokraten erachteten es als eigenartig, daß die Diktatur Dollfuß, die von den deutschen Nationalsozialisten verwendeten Parolen verwendete. Diese zielten nämlich auch auf die Zerschlagung aller Parteien und Schaffung einer Einheitsfront, die ja vom Kanzler anfangs abgelehnt wurde.

Betrachtet man die Ereignisse des 21. September 1933, so wird es offensichtlich, wer den größten Profit heraus schlagen konnte. Der Kanzler zog den Großteil der Macht an sich und konnte so den Weg für ein faschistisches Staatengebilde schaffen. Zwar konnte das österreichische System nicht mit dem ursprünglichen italienischen Faschismus in Konkurrenz treten, doch bestanden äußerlich einige Parallelen.

10.4 Starhemberg

Von 1930 bis 1936 oblag Graf Starhemberg die Bundesführung der Heimwehr. In dieser Zeit entwickelte sich die Heimwehr, die anfangs einen sehr föderalistischen Charakter aufwies, zu einer straffer geführten paramilitärischen und einheitlich

¹²⁴ FM 3/2133 Népszava, 22. September 1933(e.Ü),

geführten Organisation. Doch Starhembergs Ambitionen, sich von den Christlichsozialen in die Regierung bringen zu lassen und dann politisch aktiv zu werden, scheiterte 1930 genauso wie der Versuch, sich durch die Wahlen im Parlament vertreten zu lassen. Der erste Durchbruch gelang ihm erst 1932, als er mit Engelbert Dollfuß Freundschaft schließt.¹²⁵

Während in Österreich sein Klientel sich aus den Kreisen des ehemaligen k.u.k. Militärs, einen Großteil der Studentenschaft, den Nationalen und rechtskonservativen Kreisen zusammensetzte, begann er politische Verbindungen in das benachbarte Ausland zu knüpfen. 1930 lernte Starhemberg Mussolini kennen, mit dem er eine bedeutungsvolle politische Freundschaft schloß. Ebenso folgten angehend fruchtbare Kontakte mit dem damaligen Verteidigungsminister Gyula Gömbös. Seine Sympathie für Adolf Hitler war auch kein Geheimnis. So nahm er 1923 am Novemberputsch gegen die Weimarer Republik teil.¹²⁶

Höhepunkt seiner politischen Karriere stellte seine Bestellung zum Vizekanzler und die Führung der Vaterländischen Front dar. Starhembergs Ambitionen in Österreich einen faschistischen Staat nach italienischem Muster mit nationalsozialistischen Zügen zu schaffen schlug fehl. Die Heimwehr wies zwar national-faschistische Züge auf, doch fristete sie ihr Schattendasein im Ständestaat. Sie stellte eine schwache Alternative zu Dollfuß Regime dar, die jedoch keinen Abnehmer hatte. So kann man von einer partiellen Faschisierung des Staates sprechen.¹²⁷

Im April 1932 schrieb der Bundesführer der Heimwehren einen Brief an Sicherheitsminister Bachinger, in dem er seine politischen Ansichten darlegte:

„Der Heimatschutz ist der Meinung, daß die Regierung berufen sei, um für Recht und Ordnung im Staat zu sorgen. Dazu benötigt sie eine allseits anerkannte Autorität, um Strömungen von außen und innen abwehren zu können. Leider seien die öffentlichen Verkehrsmittel, der Wirtschaftsverkehr und die politische Macht in den Händen der Marxisten, ebenso wie die Heeresmacht und die Sicherheitsexekutive. Die bürgerlichen Parteien müßten sich beugen. Diese Verhältnisse sind es, die zu einer Reaktion der Bevölkerung in der Form von lokalen Schutzverbänden führten und die deshalb die älteste Selbstschutzorganisation, nämlich den des österreichischen Heimatschutzes auf den Plan riefen. So darf er es sich als patriotischen Dienst anrechnen lassen, daß

¹²⁵ Gerhard Botz, Gewalt in der Politik, S. 183, München 1983.

¹²⁶ Walter Wiltschegg, Die Heimwehr, S.200f., Wien 1985

¹²⁷ Gerhard Botz, Gewalt in der Politik, S.240, München 1983.

er den unhaltbaren Zustand ein Ende bereitet zu haben und allen Bedrohungen zum Trotz, mutig und wirksam für die Freiheit unseres bodenständigen Volkes aufgetreten zu sein.“¹²⁸

Über die österreichische Sozialdemokratie und dem republikanischen Schutzbund: „(...), die sich in ihrer Gesamtheit nur in ein harmloses Vereinskleid hüllt und die Reserve des republikanischen Schutzbundes ist, einer politischen Partei also, die durchaus staatsfeindliche Tendenzen aufweist. (...) Sie sei zu einer wohl organisierten und ausgerüsteten Angriffstruppe geworden, mit welcher der Marxismus jederzeit in der Lage ist, die Macht an sich zu reißen. Der Schutzbund fordert die Entwaffnung der Selbstschutzverbände und würde selbst den eigenen republikanischen Schutzbund entwaffnen. Unlängst wurden im ottakringer Arbeiterheim, Handgranaten, Sprengröhren, Giftgas- und Tankbomben gefunden. Wir sind klar auf den Bürgerkrieg eingestellt. Eine freiwillige Niederlegung der Waffen kommt für den Heimatschutz nicht in Betracht. Wir stellen uns der Staatsgewalt zur Verfügung.“¹²⁹

Das Starhemberg nicht überall beliebt war spiegelt eine Geheimnotiz vom März 1934 wider, die dem königlichen ungarischen Botschafter zur Information dienen sollte. Ein Informant berichtete: „Dollfuß Kampf ist völlig aussichtslos, Major Fey ist sehr stark im Aufwind. Graf Starhemberg sei uneinschätzbar, wortbrüchig und gehört zu jenen nutzlosen jungen österreichischen Aristokraten, die die Politik aus sportlichen Ambitionen heraus betreibt. Er ist großmäulig.“¹³⁰

10.4.1 Reaktionen

Auch innerhalb der christlichsozialen Partei war man über den tatsächlichen Zustand der Heimwehren nicht sehr erfreut. Streeruwitz, ein erfahrener Berufsoffizier und Abgeordneter zum Nationalrat äußerte seine Bedenken bei Ambrózy: „Hilfstruppen stellten nur dann einen tatsächlichen Wert dar, wenn der Heerführer bedingungslos

¹²⁸ O.L. K 64 50 Csomó, Brief Starhembergs an Sicherminister Bachinger, (e.Ü)

¹²⁹ O.L. K 64 50 Csomó, Brief Starhembergs an Sicherminister Bachinger, (e.Ü)

¹³⁰ O.L. K 63 169.Csomó, 39/fön.pol.-1934, (e.Ü)

über sie verfüge. Condottieritruppen seien nicht nur unbequem, sondern auch gefährlich, weil sie verantwortungslos operierten.“¹³¹

Starhemberg stand jetzt unter Zugzwang, wollte er als Bundesführer der Heimwehren seine Organisation zum Durchbruch verhelfen. Einerseits konnte er sich auf Hitlers und Mussolinis Hilfe verlassen, andererseits war er genötigt die Vereinbarungen der Treffen einzuhalten, um nicht auf die Subventionen verzichten zu müssen

Doch die ungarische Regierung schätzte die Ansichten betreffend die Heimwehren konträr ein. Der Lagebericht vom 29. April 1932 an Dr. Walko fiel ernüchternd aus: „Als politische Partei wird die Heimwehr keine bedeutende Rolle spielen. Für die am 24. April ausgeschriebenen Wahlen hat sie niemanden aus ihren Reihen nominiert. Die Heimwehren haben bemerkt, daß seit den Wahlen die Macht der Sozialdemokraten wieder gestiegen ist. Dies rechtfertigt eine Aufrechterhaltung einer bewaffneten Organisation. Das Memorandum von Starhemberg an Sicherheitsminister bekräftigt diese Ansichten. (...) Es müsse eine Sonderregelung für das Tragen von Waffen geschaffen werden, so wie auch ein besseres Zusammenarbeiten mit Deutschland und Italien. Major Pabst sei ein wichtiger Mann, der für die Heimwehr von Relevanz ist. Starhemberg würde ihn selbst mit der Hilfe aus München gerne eine generalstabsähnliche Führungsposition gewährleisten.“ Über Pabst wurde zu diesem Zeitpunkt seitens der österreichischen Regierung der Landesverweis ausgesprochen. „Die Nationalsozialisten sollten die Politik in Österreich dominieren, die Heimwehren würden dazu das ihrige beitragen. Mitte Mai sollte Starhemberg mit Pabst zu Mussolini nach Rom fahren, anschließend sei ein Treffen in Budapest mit Verteidigungsminister Gyula Gömbös geplant. Ziel der Reise sollte die Präsentation der regenerierten Heimwehren sein und die Hoffnung auf eine finanzielle Unterstützung aus Italien. Denn ohne diese wäre eine Etablierung der Heimwehren kaum vorstellbar. Für Mussolini stellen die Nationalsozialisten ein Problem dar, weil sie in Konkurrenz zu Italien stünden. Starhemberg sollte trotzdem mit ihnen gut auskommen.“¹³²

Das Kräfteverhältnis zwischen Schutzbund und Heimwehr divergierte, jedoch erreichte der Heimatschutz nicht die erforderliche Stärke um die Führung an sich reißen zu können. Ende Dezember 1932 informierte der Polizeipräsident Franz Brandl den

¹³¹ Lajos Kerekes, *Abenddämmerung einer Demokratie*, S.35, Wien 1966.

¹³² O.L. K64, 50 Csomó, 98/pol.-1932 (e.Ü)

ungarischen Botschaftsrat über die derzeitige Lage. Seiner Einschätzung nach wäre die österreichische Regierung völlig instabil, bei einem etwaigen Regierungswechsel wäre mit Repressalien zu rechnen. In Wien bestünde der Versuch die Exekutive nach rechts zu ziehen. Staatssekretär für das Sicherheitswesen Emil Fey möchte die illegalen Waffen der Linken aufstöbern. Für Wien könnten sofort 3000 Mann eingesetzt werden, weitere 1000 Mann stünden etwas Zeitversetzt zur Verfügung. Der Schutzbund, aber auch die Heimwehren und die Nationalsozialisten hätten kaum bewaffnete Kräfte in Wien. Ohne Einmischung der Wiener Exekutive hätten die Rechten in der Bundeshauptstadt keine Chance.

Die Situation sehe am Land für die Heimwehren etwas besser aus. Dort dominierten sie vor den roten Organisationen. Laut Militärattaché Oberst Hochenburger besitzt der Schutzbund ungefähr 50000, die Heimwehr 25000 Kombattanten. Die Nationalsozialistische SA und SS seien nur mit Pistolen und Stangen ausgerüstet und stellten somit keine große Bedrohung dar.¹³³

Handelsminister Dr. Jakoncig äußerte ebenfalls seine Skepsis gegenüber dem momentanen Befinden der Heimwehr aus. Er sei sehr besorgt über die politische Lage in Österreich und schließt gar nicht mehr aus, daß es für eine kurze Zeit einen Linksruck geben könnte. Man müßte mit den Nationalsozialisten eine gemeinsame Plattform bilden, wogegen sich aber Starhemberg noch sträubt. Viele würden die Heimwehr verlassen und zu den Nationalsozialisten wechseln, da die Heimwehren nicht mehr das sind, was sie einmal waren. Ausschlaggebend wäre auch die sich verändernde politische Lage in Deutschland. Anstatt von Waffenlieferungen wären finanzielle Subventionen sinnvoller. Der ungarische Botschaftsrat beschreibt Dr. Jakoncig als vertrauenswürdigen und seriösen Mann.¹³⁴

10.5 Waffenlieferungen

Finanzielle und militärische Subventionen in Form von Waffenlieferungen erhitzen in der Zwischenkriegszeit die Gemüter der politischen Parteien und brachten Österreich international in eine prekäre Situation. Dabei handelt es sich um Unterstützungen für die paramilitärischen Organisationen der Heimwehr und des Schutzbundes. Österreich

¹³³ O.L. K64, 50 Csomó, 196/pol.-1932 (e.Ü)

¹³⁴ O.L. K64, 50 Csomó, Ziff.392 (e.Ü)

diente aber auch als Transitland für Ungarn, das auch auf die Hilfe Italiens angewiesen war.

Bereits im Jahr 1928 wurde ein geheimer Waffentransport von Italien nach Ungarn durch den St.Gotthard Tunnel durchgeführt. Die Lieferung basierte auf eine Vereinbarung zwischen Mussolini und Bethlen aus dem Jahr 1927. Die Angelegenheit wurde jedoch publik und führte zu diplomatischen Verstimmungen mit den Staaten der Kleinen Entente. Dem folgte ein erneuter Waffenschmuggel, die so genannte Hirtenbergaffäre, die 1933 für ein großes Aufsehen sorgte. Mit diesen illegalen Waffenlieferungen verstieß Mussolini ganz klar gegen den Friedensvertrag von Trianon und förderte mit dem Verhalten die Wiederaufrüstung der ungarischen Streitkräfte.¹³⁵

Im Jänner 1934 beschwerte sich die Schweizer Waffenfabrik Solothurn, daß die Ungarn den noch ausstehenden Betrag von 600.000 Franken noch immer nicht bezahlt hätten. Außerdem möchte die Firmenführung darauf hinweisen, daß sie die Zahlung von Pengö strikt zurückweise. Schließlich hätte man 3000 leichte Maschinengewehre geliefert. Die ungarischen Behörden willigten letztendlich ein, die Summe von monatlich 100.000 Franken mit Beginn Juli in Zürich den Schweizern zur Verfügung zu stellen.¹³⁶

Nach Bekannt werden der Hirtenberger Waffenaffäre mußte die Regierung Dollfuß rasch reagieren, um ihre Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren. Seitens des Kanzlers handelte es sich bei den Lieferungen um ein legales Geschäft, daß nicht im Gegensatz zu den Bestimmungen des Friedensvertrags stand. Die englische Regierung, die noch anfangs die österreichische Darstellung vertrat, revidierte letztendlich ihre Sicht der Dinge. Somit befürchtete Dollfuß, daß die ganze Causa vor dem Völkerbund landen könnte.¹³⁷

Die Lieferung war aus Italien kommend, sowohl für die Heimwehren, als auch für die Ungarn vorgesehen gewesen. Nun lagerte die wertvolle Fracht unter der Obhut des Heeresministers und wurde zum Politikum. Der ungarische Botschaftsrat informierte

¹³⁵ Lajos Kerekes, Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, S.15, Budapest 1966.

¹³⁶ O.L. K 64, 61 Csomó, 160/pol.-1933(e.Ü),

¹³⁷ Walter Goldinger, Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932-1934, S.118, Wien 1980.

fast ein Jahr, nachdem der Skandal aufflog, den ungarischen Außenminister über den aktuellen Stand des Waffentransportes.

„Ich wollte Dollfuß auf die Waffenauslieferung aufmerksam machen. In der derzeitigen Situation sei er derzeit leider nicht in der Lage, diese auszuhändigen. Er verwies auf das Habicht-Ultimatum, wonach damit zu rechnen sei, daß die Nationalsozialisten am 28. Februar oder in den darauf folgenden Tagen einen Angriff gegen ihn beginnen könnten. Bei diesen Störungen wäre der Beginn der Waffenlieferungen nicht ratsam.

Alle europäischen und amerikanischen Sozialisten seien auf der Suche nach dieser, die von ihnen gegen uns verwendet werden könnte. Die Sache würde in kürzester Zeit an die Öffentlichkeit gelangen (vor die Kleine Entente). Dies würde Dollfuß diskreditieren, der den Botschaftern von Großbritannien und Frankreich verkündigt hatte, daß die Waffen bereits nach Italien zurückgeliefert wurden. Ich fragte ihn, ob der Hirtenberger Munitionstransport auch ohne Probleme über die Bühne gehen könnte, ohne daß die Sache an die Öffentlichkeit gelangt.

Dollfuß wich dieser Frage aus und teilte mir mit, daß er in der Causa Waffen nichts ohne Absprache mit Italien unternehmen würde. Er unterbreitete mir den Vorschlag, die ganze Sache auf das Dreikanzlertreffen in Rom zu verschieben. Die aufgebrachten Argumente sind so gravierend, daß die Erlangung der Waffen auch noch sechs Wochen oder Monate dauern würden.“¹³⁸

Doch auch links orientierte Gruppierungen wurden mit Waffen subventioniert, wie der nächste Fall sehr gut verdeutlicht. Hierbei handelte es sich um einen geheimen tschechischen Waffentransport an die österreichische Sozialdemokratie, der trefflich die Bemühungen der ausländischen Protegés widerspiegelt, die ihre Klientel mit dem notwendigen Material belieferten:

„Die Hafendarbeiter der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft Pressburg berichteten von einem österreichischen Gewerkschaftsfunktionär, der Öl zum Transport für soziale Zwecke nach Österreich liefern ließ. Der Bus der Firma City Garage kam an und verlad seine ominösen Fässer auf das Schiff. Sodann übernahm der eingeweihte Herr Schopf die Ware. Der Kapitän machte ihn auf die schon bisher vorgefallenen Probleme mit dieser Firma aufmerksam, er meinte jedoch, daß alles in Ordnung sei. Die Polizei wollte sich mit dem Fall nicht näher auseinandersetzen.“¹³⁹

¹³⁸ O.L. K 64 61 Csomó, 24/pol.fön.-1934, (e.Ü)

¹³⁹ O.L. K 64 55 Csomó, 6112/pol.-1933, (e.Ü)

Von Ende März 1933 bis Juni 1934 wurden der republikanische Schutzbund, die kommunistische Partei und die nationalsozialistische Partei behördlich verboten, unter anderem mit dem Ziel, die Radikalisierung der Straße einzudämmen. Zusätzlich wurde die Todesstrafe für Mord, Brandstiftung und absichtliches Demolieren fremden Eigentums erweitert. Dies hinderte die paramilitärischen Organisationen jedoch nicht, ihre Waffenarsenale anzufüllen und sich auf etwaige Kampfhandlungen vorzubereiten. Zahlreiche Hausdurchsuchungen, bei denen Waffen und Munition sichergestellt werden konnten, deuteten darauf hin, daß ein bewaffneter Konflikt unmittelbar bevorstehen könnte. Die unüberwindbare Kluft zwischen Dollfuß und der Sozialdemokratie, genährt durch die Propaganda der Heimwehren und den Nationalsozialisten, hatte seinen Höhepunkt erreicht und wartete nur noch um entzündet zu werden. Der Bürgerkrieg schien nicht mehr abwendbar zu sein und wartete nur noch auf seinen Auslöser.

XI. Der Bürgerkrieg

11.1 Vorgeschichte

Mit der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 verschärften sich die Differenzen zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen. Durch das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz von 1917 blieb für die Opposition immer weniger Spielraum, sich politisch aktiv an den Regierungsgeschäften zu betätigen. Erschwerend kam hinzu, daß Dollfuß autoritär regierte und die bedeutenden Ämter an sich zog. Da es keine freien Wahlen mehr gab und mit Ausnahme der Sozialdemokraten alle andern Parteien verboten wurden, schlitterten die Roten immer mehr in die Illegalität.

Obwohl der republikanische Schutzbund für gesetzlich aufgelöst galt, entdeckte die Exekutive bei diversen Partei- und Versammlungsortlichkeiten immer wieder Waffendepots, die auf einen möglichen Konflikt hindeuteten.

Hinzu kam die Radikalisierung der Sprache, die eine etwaige Annäherung der beiden Großparteien unmöglich machte. In der Vorstandssitzung vom 3. Oktober 1933 äußerte Dollfuß seinen Unmut gegen die Sozialdemokratie und meinte: „Die Sozi werden innerlich zusammenbrechen, ich bin genau informiert, immer am laufenden. Wenn sie Dummheiten machen, werden wir mit aller Brutalität vorgehen. In den nächsten fünf Minuten ist Standrecht in Österreich. Nur Festigkeit kann durchhalten. Die Drohungen der Sozi machen mir nicht bange und werden mich nicht schrecken“.¹⁴⁰

Dollfuß lenkte seine Ambitionen verzweifelt auf die Arbeiterschaft, die er für seinen Regierungskurs zu gewinnen versuchte. Doch auch die Nationalsozialisten erkannten das Potenzial der Masse und versuchten ihrerseits, den Bestrebungen des Kanzlers entgegen zu steuern. Weder die Vaterländische Front noch der Appell Dollfuß für einen gemeinsamen Kurs, konnten die Arbeiter zu einem übertreten bewegen.

Anfang Februar erreichte der NS-Terror seinen Höhepunkt. Zahlreiche Sprengstoffanschläge sollten die Regierung einschüchtern und ein klares Signal setzen. Zusätzlich wurden der Druck und die Propaganda aus Deutschland immer größer und drohte die Regierung Dollfuß zu erdrücken. Um Loyalität gegenüber der Regierung zu beweisen, organisierte Reichsbauerndirektor Leopold Figl eine Bauernkundgebung, bei der an die 110.000 Bauern auf der Ringstraße aufmarschierten. Ein im Ende Jänner 1934 geführtes Gespräch mit Otto Bauer, das eine Annäherung und eine Zusammenarbeit mit den Christlichsozialen vorsah, scheiterte, da Dollfuß, den Bedingungen Bauers für ein allgemeines Wahlrecht und die Aufhebung des Koalitionsverbots nicht mehr nachgeben konnte. Der Druck seitens Mussolinis zwang den Kanzler auch in dieser Causa sich klar gegen jegliche Forderungen der Sozialdemokratie auszusprechen. Zusätzlich befürchtete der Kanzler, daß sich die Sozialdemokraten mit den Nationalsozialisten gegen die Regierung verbünden würden.¹⁴¹

¹⁴⁰ Walter Goldinger, Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932-1934, S.280, Wien 1980.

¹⁴¹ Gundula Walterskirchen, Engelbert Dollfuß, Arbeitermörder oder Heldenkanzler, S.194f., Wien 2004.

Immer mehr wurde offensichtlich, daß eine Einigung nicht mehr erzielt werden konnte und das eine mögliche bewaffnete Konfrontation unmittelbar bevorstand. Am 12. Februar 1934 leisteten Schutzbündler bei einer Waffendurchsuchungsaktion im Linzer Parteihaus <Hotel Schiff> bewaffneten Widerstand, bei dem es zu einem tödlichen Schußwechsel kam. Trotz Weisung der Parteileitung, sich nicht auf Provokationen einzulassen, entschied der Linzer Schutzbundführer Richard Bernaschek, die Durchsuchungen nicht mehr länger hinzunehmen. Die Kämpfe weiteten sich in kürzester Zeit auf die ganze Stadt aus und infizierten letztendlich die restlichen Bundesländer. Der österreichische Bürgerkrieg war damit entfacht.

11.2 Kämpfe

Bessenyey informierte den ungarischen Außenminister über die Februarvorfälle. So wurde über den Linzer Schußwechsel berichtet, der den Bürgerkrieg auslöste. Die Sozialdemokraten waren auf den eintretenden Konflikt gut vorbereitet. Als die Nachricht über die Linzer Ereignisse in Wien publik wurde, versuchte die Führung der Sozialdemokratie, den Generalstreik einzuleiten und die bewaffnete Erhebung gegen die Regierung vorzubereiten.

Anfänglich konnte der Generalstreik erste Erfolge aufweisen. Dabei wurden die Elektrizität und die Telephondienste stark eingeschränkt, so wie auch der Straßen- und Busverkehr. Auch die Tageszeitungen konnten nur eingeschränkt ausgeliefert werden. In den ersten einundzwanzig Stunden brach jedoch der Widerstand.¹⁴²

Der bewaffnete Widerstand, der in den Vororten der Hauptstadt, der in den noch unter der Herrschaft der Sozialdemokratie wichtigen strategisch errichteten Gemeindebauten tobte, konnte erst nach Aufbringung zahlreicher Opfer und unter Einsatz von Artillerie und Granatwerfern gebrochen werden.

Auch in den ländlichen Industriestädten wie zum Beispiel Linz, Bruck an der Mur und Steyr, konnten die Regierungstruppen erst nach blutigen Kämpfen die Oberhand zurückgewinnen. Die zu mehr Besonnenheit tendierenden Arbeiter nahmen größtenteils nicht am Generalstreik und an den Kämpfen teil. Im Kampf gegen die

¹⁴² O.L. K 63 19/pol.-1934, (e.Ü)

Regierungstruppen waren vorwiegend Arbeitslose des roten republikanischen Schutzbundes verwickelt. Nach Weisung von höchster Stelle, vertrat die nationalsozialistische Partei einen neutralen Standpunkt gegenüber den Vorfällen.¹⁴³

Die sozialdemokratische Partei und ihre Teilorganisationen wurden bereits nach dem ersten Tag verboten, Bundesheer, Polizei und Heimwehrtruppen okkupierten das Rathaus. Bürgermeister Seitz und die rote Führung der Stadt wurden vorläufig festgenommen. So konnten die von den Heimwehren lang ersehnten Forderungen beglichen werden. Aus vertraulichen Quellen ableitbar war dieses Vorhaben, auch auf den Druck von Fey und Starhemberg heraus, schon seit Wochen geplant. Feys Intention blieb vor Ausbruch des Bürgerkriegs jedoch nicht geheim. So wie also die Regierung über ihre Handlung sich geeinigt hatte, so bereiteten sich die Sozialdemokraten auf den Widerstand vor. Eine Konfrontation war also unausweichlich, nur die Frage des Zeitpunktes stand noch offen.

Vor den Beginn der Kämpfe herrschte innerhalb der Regierung ein Gleichgewicht. Dabei konnte sich die Regierung auf den Bauernbund, den Gewerbebund, den christlichen Gewerkschaften und auf die katholische Kirche verlassen. Die Heimwehren hingegen konnten sich nur auf bewaffnete Verbände konzentrieren und waren größtenteils auf Subventionen aus Italien angewiesen. Dollfuß konnte die entstandenen gegensätzlichen Positionen vorerst glätten. Doch nach den Februarkämpfen schien sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Heimwehren verschoben zu haben, die den Sieg für sich einforderten.

„Das Kräfteverhältnis ist bereits ins Wanken gekommen. Es stellt sich die Frage, wie lange Dollfuß den Heimwehren entgentreten kann. Das Ziel, die Auflösung der sozialdemokratischen Partei und die Machtübernahme im Rathaus seien bereits erreicht. Als nächstes werden Fey und seine Kommilitonen die Auflösung der christlichsozialen Partei einfordern. So wie es aussieht, wird sich Dollfuß dieser Forderung nicht mehr länger entziehen können. Die einzige Möglichkeit besteht darin, daß er die schon bewährten Teilorganisationen der Christlichsozialen in die Vaterländische Front einbindet. Es stellt sich auch die Frage, was mit den niedergerungenen roten Massen passieren wird. Jene Partei, die die von den roten

¹⁴³ Ebenso

befreiten Massen an sich binden kann, wird der wahre Gewinner des Bürgerkriegs sein.“¹⁴⁴

Am 15. Februar hielt Dollfuß eine Radioansage, in der er jenen eine Amnestie gewährte, die bis Mitternacht ihre Waffen abgeben würden. Die Ansprache hatte Wirkung gezeigt. Mit Ausnahme von Gebieten um den Simmeringer Zentralfriedhofs und des St.Marx Hofes schwiegen die Waffen. Auch am Land beruhigte sich die Situation.¹⁴⁵

Die Regierung konnte sich auch ungefähr 25.000 Mann vom Bundesheer, etwa 14.000 Exekutivorganen und ungefähr 50.000 bis 60.000 Mitgliedern verschiedener Wehrverbände berufen, während die Sozialdemokraten nur an die 30.000 bis 40.000 Schutzbündler und 3000 Mann von der Arbeiterwehr mobilisieren konnten.¹⁴⁶

„Die Bilanz der Kämpfe war schrecklich: 238 tote Schutzbündler auf der einen Seite, 117 Tote auf der anderen Seite der Regierungsverbände, 48 unbeteiligte Zivilisten, dazu noch knapp tausend Verletzte.“¹⁴⁷

Der wahre Sieger war jedoch Mussolini, der seine Forderungen nach Zerschlagung der Sozialdemokratie und deren paramilitärischen Verbände als vorläufig erfüllt ansah und die Etablierung einer halbfaschistisch-autoritären Diktatur begrüßte.

11.3 Reaktionen

Der Vatikan äußerte sich zurückhaltend über die Vorfälle. Bei einem Treffen des französischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Botschafters baten diese den vatikanischen Staatssekretär, Dollfuß ein wenig einzubremsen. Er solle seine aus

¹⁴⁴ O.L. K 63 19/pol.-1934(e.Ü)

¹⁴⁵ O.L. K.63 476/934,(e.Ü),

¹⁴⁶ Gerhard Botz, Gewalt in der Politik, S.230, München 1983.

¹⁴⁷ Gundula Walterskirchen, Engelbert Dollfuß, Arbeitermörder oder Heldenkanzler, S.198, Wien 2004.

dem Sieg heraus errungene Schlüsselposition nicht zu sehr ausnützen und seine Verfolgung seitens der Sozialdemokraten mäßigen.¹⁴⁸

Auch in Preßburg sorgten die Februarvorfälle für ein Aufsehen. Die Regierung Malypetr befürchtete ein Übergreifen auf ihr Staatsgebiet und alarmierte die Sicherheitskräfte. Grenzsoldaten wurden jedoch nicht in Stellung gebracht. Die örtliche Grenzgendarmarie übernahm die Aufnahme, Überläufer zu stellen, zu kontrollieren und gegebenenfalls in Gewahrsam zu nehmen. Der Verkehr zwischen den Österreich und der Tschechoslowakei erlitt keinen Schaden, es kam jedoch zu kleinen Verzögerungen. Am ersten Tag der Kampfhandlungen erlitt die Straßenbahnverbindung zwischen Wien und Preßburg einige Aussetzer, da auf österreichischer Seite das zuständige Umspannwerk für einige Stunden abgeschaltet wurde. Auf Grund der Kämpfe in Floridsdorf mußten einige Zugverbindungen umgeleitet werden. Man nahm an, daß Otto Bauer und Julius Deutsch in Prag Zuflucht gefunden haben.¹⁴⁹

Seitens Deutschlands gab es in den ersten beiden Tagen noch keine Reaktionen, erst am dritten Tag verurteilte die deutsche Presse die Regierung Dollfuß und machte sie für die blutigen Ereignisse verantwortlich. Der Landesinspekteur der NSDAP für Österreich Theo Habicht bezeichnete die Regierung als Lumpenpack. In einer Radioansprache verbot er mit Androhung des Parteiausschlusses, den Aufruf Schönburg-Hartensteins zu Folge zu leisten, der die Reserveoffiziere zur Unterstützung der Regierung Dollfuß aufforderte.¹⁵⁰

Die Regierung Dollfuß vollstreckte trotz der Appelle aus dem Ausland acht Todesurteile. Unter den Hingerichteten fanden sich Namen wie Karl Münchreiter, Georg Weissel, Koloman Wallisch und Anton Bulgari.

Wie der folgende Bericht zeigt war die ungarische Regierung sehr gut über die Beurteilung der politischen Verhältnisse nach dem Bürgerkrieg informiert.

„Demnach bekämpften sich die Vaterländische Front, die Nationalsozialisten und die Marxisten untereinander. Die VF hat ungefähr 30-35% Anhängerschaft in der Bevölkerung. Ihre bewaffnete Stärke stützt sie auf das Bundesheer, die Polizei, die

¹⁴⁸ O.L. K 63 17/pol.-1934, (e.Ü)

¹⁴⁹ O.L. K 63 42/pol.-1934, (e.Ü)

¹⁵⁰ O.L. K 63 48/pol.-1934, (e.Ü)

Ordnerkräfte und die Bevölkerung. Im österreichischen Bundesheer selbst herrsche im Offiziersstab und in den Mannschaften eine große Sympathie für die Nationalsozialisten. Vor allem in Salzburg seien diese sehr beliebt. Jene Soldaten, die von Gebieten und Gemeinden stammen, wo die Nazis die Mehrheit besäßen, seien völlig unzuverlässig.

Die Polizei, besonders aber die in Wien, unterstützt die Regierung. Ungefähr 700 sind Nazsoz (Nationalsozialisten) geprägt. Außerdem gibt es noch einige, die nicht mit dem Dollfußregime sympathisieren, dies aber aus Angst vor einer möglichen Entlassung verschweigen. Selbst kommunistische Minderheiten seien in ihren Reihen vorzufinden.

Die Heimwehren stehen in klarer Opposition zu den roten Strömungen. Ihre Verlässlichkeit ist bei einer roten Erhebung jedoch sehr fraglich, da in der letzten Zeit, sich viele Nationalsozialisten und Marxisten unter ihnen befinden. Auf intellektueller Ebene seien sogar kommunistische Mitglieder tätig. Dies macht die Heimwehr nicht mehr so attraktiv, sodaß die Nazis diese Schwäche ausnützen und selbst Juden in ihre Organisation aufnehmen. Die loyalsten Teile seien die der oberösterreichischen Verbände.

Die Ortswehren sind von der Regierung im Kampf gegen die Nazsoz aufgestellt worden, mit der Hoffnung, die Sprengstoffanschläge zu vereiteln. Dieses Unterfangen ist jedoch völlig gescheitert. Anstatt die Regierung aktiv zu unterstützen, setzen sie aus Übereifer immer öfters unmotivierte Handlungen. Sie seien deshalb in der Bevölkerung unbeliebt. Selbst Angehörige des Bundesheeres sind ihren Schikanen ausgesetzt.

Die stärkste Strömung ist der Nazsoz. Seine Gefährlichkeit beschränkt sich weniger auf Attentate und auf Sprengstoffanschläge, als auf die geistige Infiltration der Menschen. Ihre Kameraden rekrutieren sich sowohl aus den hervorragenden Intellektuellen des öffentlichen Lebens, als auch aus den mittleren und höheren Beamten auf Staats- und Landesebene. Selbst in leitenden Positionen seien sie vorzufinden. Daher ist eine Geheimhaltung von staatlichen Machenschaften kaum noch gewährleistet. In der österreichischen Bevölkerung sympathisieren ungefähr 50% mit der Bewegung. Die Macht konnten sie jedoch noch nicht an sich reißen, da die Regierung jegliches Fehlverhalten veröffentlicht und gegebenenfalls die Delinquenten aus dem Staatsdienst entläßt. Da die Mehrzahl ihrer geistigen Elite entweder geflüchtet oder verhaftet wurde, kann nicht davon ausgegangen werden, daß sie in nächster Zeit

eine gewaltsame Erhebung ohne äußere Unterstützung durchführen können. Sollte es jedoch zu Wahlen kommen, würden sie wahrscheinlich die Mehrheit erlangen.

Die Niederwerfung des Februaraufstandes hat nicht den erwarteten Erfolg gebracht, beziehungsweise ist es der österreichischen Regierung nicht gelungen, die rote Gefahr völlig einzudämmen. Zwar sind die öffentlichen Betriebe in die Vaterländische Front eingegliedert worden, doch wurden sie in ihrem ganzen Leben von der roten Ideologie geprägt und können daher nicht mehr bekehrt werden. Ein anderer Teil der Arbeiterschaft hat sich den Nazsoz angeschlossen, vor allem mit dem Ziel, durch Sprengstoffattentate die Regierung zu schwächen. Die junge Arbeiterschaft und die exponierten, älteren Arbeiter sind in die kommunistische Partei übergelaufen. Ein anderer Teil stärkt die Übergangsorganisationen der roten Front.

Die übergebliebenen Sozialdemokraten haben sich in die <revolutionären Sozialisten> umbenannt. Subventionen erhalten sie aus der Tschechoslowakei. In ihrem <Auslandsbureau der Österreichischen Sozialdemokraten> haben sie erneut den republikanischen Schutzbund gegründet. Ihre Mitglieder vermehren sich sehr schnell, da die sozialdemokratische Partei sie mit den notwendigen Mitteln für diverse terroristische Machenschaften ausrüstet. Ihr Ziel ist es, den Staat dort zu schädigen, wo es nur möglich ist. Einige Anschläge führen sie auch unter dem Kommando der Nazsoz durch. Weitere Informationen weisen auch darauf hin, daß die tschechoslowakische Sozialdemokratie den (illegalen) republikanischen Schutzbund durch Schmuggel, mit Waffen und Sprengstoff versorgt.

Beide marxistische Parteien hoffen darauf, dass die Polizei sich mit den illegalen Handlungen der Nazsoz beschäftigt, während sie ihre nicht legitimen Organisationen stärken können. Die Marxisten sind allein noch nicht so stark, um einen Bürgerkrieg zu beginnen. Doch bei einer möglichen nazsoz Erhebung oder einer gewaltsamen Restauration, könnten sie schon jetzt so eine Stärke aufweisen, mit der sie die Staatsgewalt in eine ordentliche Bedrängnis bringen könnten. Sollten sie sich erneut stärken können, so ist davon auszugehen, daß sie eine bewaffnete Konfrontation zur Erlangung der Staatsmacht versuchen werden.“¹⁵¹

¹⁵¹ O.L. K. 63 2489/pol.-1934,(e.Ü),

XII. Der Putsch

12.1 Allgemein

Die Geschichte der I.Republik ist gekennzeichnet von zahlreichen gewaltsamen Zusammenstößen. Anschläge, Ermordungen, Attentate, bewaffnete Konflikte und Putschversuche charakterisierten die politisch unsichere Lage des Staates.

Bereits kurz nach der Republikgründung am 17. April 1919 kam es zu den ersten Unruhen, die putschähnliche Merkmale aufwiesen. Eine anfangs friedliche Veranstaltung der Vertreter der Invaliden im Wiener Prater, bei dem auch der Matrosenrat teilnahm, entwickelte sich zu einer politischen Veranstaltung, bei der ein Ultimatum an die Regierung gesetzt wurde. Ziel der putschartigen Unruhen, die von kommunistischen ungarischen Emissären angezettelt wurden, war die Schaffung einer Räterepublik, nach dem Vorbild Bela Kuns. Trotz den diversen Zwischenfällen scheiterte der „Gründonnerstagputsch“.

Seit dem Sommer 1929 kündigte die Heimwehr wiederholt einen faschistischen Marsch auf Wien an. Als das konservative Kabinett Schober die Regierungsgeschäfte übernahm, verwarf die Heimwehr ihre Pläne. Die von Italien und Ungarn angestrebte Rechtswende schien verwirklicht worden zu sein.

Bis 1931 war es der Heimwehführung nicht gelungen, die Macht im Staat zu übernehmen. Von der Durchführung eines Putsches aus eigenen Kräften wurden seitens der Protégés mehrfach gewarnt. Erste Gedanken eines gewaltsamen Putsches bestanden bereits 1928 von dem ehemaligen General Baron Nidlef Otto von Ellison. Die für den 19./20. Oktober 1930 geplante Erhebung scheiterte, da der gemäßigte Starhemberg-Flügel und die staatliche Exekutive abgewinkt hatten.

Pfrimer arbeitete mit Generaladjutant Graf Karl Othmar Lamberg einen weiteren Plan aus, der am 13.September umgesetzt werden sollte. Unter dem Vorwand von sozialdemokratischen Unruhen mobilisierte er den Heimatschutz. 14.000 Heimwehrleute besetzten in der Steiermark neuralgische Punkte und nahmen Verhaftungen und Requisitionen vor. Es gab keinen nennenswerten Widerstand, ganz im Gegenteil, die steiermärkische Landesregierung kollaborierte mit den Aufständischen. Nur in der Obersteiermark kam es zu einem bewaffneten Konflikt mit

dem republikanischen Schutzbund, der zwei Tote forderte. Bereits am 20. Mai 1931 erließ die Regierung das Aufmarschverbotsgesetz für alle Wehrverbände, um die gewaltsamen Zusammenstöße zu beenden. In der Nacht vom 12. September wurde Pfrimers Aktionsplan in die Wege geleitet. Zwar wurde der Großteil der strategisch wichtigen Punkte in der Steiermark, von wo aus der Putsch seinen Anfang nahm, eingenommen, doch schon in der Obersteiermark kam es zu örtlichen Auseinandersetzungen mit dem republikanischen Schutzbund, der zwei Tote forderte. Doch die erwartete Unterstützung aus den restlichen Bundesländern blieb aus. Der dilettantische Putsch wurde abgesagt und wurde von Pfrimer als bewaffnete Demonstration titulierte.¹⁵²

Anfang Mai 1932 setzte der ungarische Botschaftsrat seinen Außenminister über die Verwicklungen Starhembergs in etwaige Putschambitionen in Kenntnis:

„Lieber Gabor, Generaldirektor Mandel ist der beste Freund Starhembergs und der Hauptfinancier der Heimwehrbewegung. Starhemberg war in Berlin und hat sich mit Hitler getroffen. Nach den Verhandlungen wurde ihm zugesichert, daß eine Zusammenarbeit der Heimwehren mit den Nationalsozialisten und der für den Herbst geplante Putsch von ihm unterstützt werden. Starhemberg und Mandel versichern absolute Verschwiegenheit darüber. Mandel ist über die Gegebenheiten deswegen informiert, weil er bei der Reise teilgenommen hat. Hitler selbst, ist für einen Putsch in Deutschland zurückhaltend, er würde eher einen Putsch in Österreich begrüßen. Er hat die Befürchtung, daß die Lorbeeren vielleicht gar nicht seine Leute, sondern die Heimwehren einheimen werden.“¹⁵³

Am 2. Juli 1932 berichtet Ambrózy an den königlich ungarischen Außenminister über weitere Heimwehr-Putschpläne. Bei dieser Unterredung waren Starhemberg, Dr. Jan, Pabst, der italienische Botschaftsrat Celesia und der Botschaftssekretär Graf Andor Semsey anwesend:

„Bis September des Jahres sollten sich die Heimwehren neu strukturieren, erst dann kann eine Waffenförderung durch Mussolini erfolgen. Es soll eine Situation geschaffen werden, daß Rintelen gezwungen wird die Verfassung so zu gestalten, daß sie den Heimwehren zu gute kommen würde. Außerdem sollte Rintelen zum Kanzler ernannt und die Kollaboration ordentlich vorbereitet werden. Dieses Programm wird in den

¹⁵² Gerhard Botz, Gewalt in der Politik, S.184f., München 1983.

¹⁵³ O.L. K 64 res265-1932,(e.Ü),

Heimwehrkreisen als römisches Programm bezeichnet. Es stellt sich die Frage, ob sich die Regierung überhaupt noch zwei Monate halten wird können. Major Geng verwies darauf, daß die derzeitige Mannesstärke sich auf ungefähr 15.000 beläuft. Es wären also zu wenig bewaffnete Soldaten, die den Putsch derzeit unterstützen könnten.

Das Beispiel (Vorfall) in Steyr verdeutlicht, daß sie sich nur in den Kasernen vor dem republikanischen Schutzbund schützen können. Minister Ach sei der Meinung, daß der republikanische Schutzbund viel stärker ist, als sie es von ihm glaubten. Er besäße nämlich neben Waffen auch sehr viel Sprengstoff!! Die roten Aktivitäten nehmen in den letzten Wochen vehement zu, die Polizei schließt auf eine vorbereitete Aktion. Dollfuß soll überzeugt werden nicht zurückzutreten, seitens der Rechten muß alles versucht werden jegliche Gewalt zu verhindern. Minister Ach würde dann dem Kanzler eine Stärkung der staatlichen Organe und der Heimwehr empfehlen. Ein Kollaborationsplan sollte dies erleichtern. Bei einer möglichen Staatskrise wird Rintelen mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt. Es bestehe jedoch die Gefahr, daß Dollfuß eine nach links orientierte Regierung bildet, dies hätte böse Folgen, nämlich die, einer Koalition mit den Sozialdemokraten!! Daher sollte alles daran gesetzt werden, den Kanzler daran zu hindern.“¹⁵⁴

Auch die Nationalsozialisten standen zum gegebenen Zeitpunkt einem Putsch eher skeptisch gegenüber. Dazu meinte „Major Pabst: <Meine Anwesenheit hier ist die sicherste Bürgschaft dafür, daß im gegebenen Augenblick die Nazis mitmarschieren werden>. Pabst verneinte etwaige Putschforderungen der Nazis. Berlin müßte einmal bewiesen werden, daß die Heimwehren wirklich etwas unternehmen würden. Derzeit sei man aber skeptisch. Ambrózy ist ähnlich wie Celesia der einstimmigen Meinung, daß es in nächster Zeit keinen Putsch geben wird, außer es ergäben sich unerwartete Veränderungen, die jedoch sehr fraglich wären.“¹⁵⁵

Ein weiterer Umsturzplan hätte mit der Hilfe von Major Geng stattfinden sollen. Dieser wäre bereit gewesen, die Heimwehren zu übernehmen, sie einzukleiden und zu bewaffnen. „Sollte die Machtübernahme im Ministerrat trotz der dafür vorgesehenen Forderung nicht erfolgen, so werden die sich weigernden Minister verhaftet, wichtige

¹⁵⁴ O.L. K64, 50 Csomó, 104/res.-1932, (e.Ü)

¹⁵⁵ Ebenso

Gebäude, wie das Parlament besetzt und die Führer der Sozialdemokraten verhaftet. Diese Aktion werden die Offiziere gemeinsam mit den Heimwehren koordinieren.“¹⁵⁶

12.2 Vorbereitungen

Anfang Juni 1934 besuchte Starhemberg den ungarischen Ministerpräsidenten Gyula Gömbös. Bei dessen Aufenthalt warnte er den Heimwehrführer vor einen baldigen Putsch seitens der Nationalsozialisten. Zwar wollte Gömbös seine Informanten nicht nennen, gab ihm aber den Ratschlag, daß sich Dollfuß vor Fey in Acht nehmen sollte. Zu sehr würden die Nationalen einen Umschwung unter ihm begrüßen.

Wenig später wurde Fey entmachtet und bekleidete in der Regierung Dollfuß nur noch das Amt eines Ministers ohne Portefeuille.

Düstere Vorahnungen über einen gewaltsamen Machtwechsel äußerte auch der Pariser Militärattaché. Seiner Meinung nach waren das Vorpreschen des Nationalsozialismus und dessen Sieg in Österreich nicht mehr aufzuhalten. Mindestens die Hälfte des Offiziersstabs in der Armee und in der Polizei fühlte sich zu den Nationalsozialisten hingezogen. Er habe den Eindruck, daß Dollfuß und Fey und einige andere für ihre politische Überzeugung mit dem Leben bezahlen werden. Ein Anschluß sei jedoch derzeit noch nicht möglich. Bei einem Angriff beziehungsweise bei einer Gebietsokkupation würde Italien Dollfuß zu Hilfe kommen. Auch die französische Regierung ist mit der italienischen der gleichen Auffassung und bittet Jugoslawien und die Tschechoslowakei, sich neutral zu verhalten. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich die Jugoslawen bei einer etwaigen Einmischung seitens Italiens nicht mehr zurückhalten werden.¹⁵⁷

Als Initiator für den Putsch fungierte der abgerüstete Wehrmann Fridolin Glass. Er verbündete sich mit dem Wiener Rechtsanwalt Gustav Wächter, Rudolf Weydenhammer und Theo Habicht, den Landesinspekteur der österreichischen NSDAP. Ein weiterer Verbündeter fand sich im ehemaligen Vizekanzler Winkler, der im

¹⁵⁶ O.L. K64, 50 Csomó, 5659 Chiffre, (e.Ü)

¹⁵⁷ O.L. K 64 934/pol.-1934, (e.Ü)

September 1933 mit dem Landbund aus dem Kabinett Dollfuß ausgeschieden war. Heinrich Himmler beauftragte Glass mit der Führung der Standarte 89, die dann schließlich den Putsch durchführte. Trotz ernst zu nehmender Vorwarnungen wurde keiner der Beteiligten verhaftet. Hitler selbst untersagte jegliche Art eines Putschversuches, außer der Putsch würde durch das österreichische Bundesheer angezettelt. Diese Aussage rechtfertigte für Habicht ein weiteres Vorgehen.¹⁵⁸

Hitler jedoch setzte auf eine Außenpolitik der Balance. Man wollte das Mißtrauen seitens des Auslandes für eine mögliche Machtergreifung beziehungsweise einer Annexionspolitik abbauen und international wieder an Prestige dazugewinnen.

Die Städte Budapest, Preßburg und Zürich dienten als Orte der Konspiration. Dabei entschieden die österreichischen Nationalsozialisten, sich nicht mehr länger den Anweisungen Hitlers zu beugen und auf eigenem Ermessen zu entscheiden. Der Termin für den Putsch wurde für den 24. Juli 1934 festgelegt. An diesem Tag sollte der letzte Ministerrat vor der Sommerpause tagen. Doch die Sitzung wurde letztendlich auf den 25. Juli 1934 verschoben. In der Zwischenzeit verweilte Rintelen im Hotel Imperial und wartete auf seine Ernennung zum neuen Bundeskanzler.¹⁵⁹

12.3 Die Ermordung Dollfuß

In der Siebensterngasse im siebenten Wiener Gemeindebezirk versammelten sich in einer Turnhalle die Putschisten. Die als Bundesheersoldaten getarnten Nationalsozialisten fuhren gegen 1240 Uhr von ihren Versammlungsort weg und erreichten das Bundeskanzleramt kurz vor 1300 Uhr. Die Putschisten überwältigten die Wachen und nahmen das Kanzleramt in ihren Besitz. Dollfuß Türhüter, Eduard Hedvicek versuchte den Kanzler durch einen Geheimgang ins Freie zu bringen. Dabei stießen sie jedoch auf die Putschisten und ihren Anführer Otto Planetta, der Dollfuß niederschloß und ihm so die tödliche Verletzung zufügte. Womöglich folgte ein zweiter

¹⁵⁸ Gundula Walterskirchen, Engelbert Dollfuß, Arbeitermörder oder Heldenkanzler, S.225f., Wien 2004.

¹⁵⁹ Gerhard Jagschitz, Der Putsch, S.80f., Wien 1976

Schuß von Holzweber. Der Kanzler wurde auf eine Couch in seinem Zimmer gelegt, wo er letztendlich verblutete.

Parallel dazu versuchte ein Teil der Aufständischen das Gebäude der Ravag (Österreichische Radio-Verkehrs AG) zu okkupieren, um so die Machtübernahme publik zu machen. Nach Kämpfen und der daraus folgenden Stürmung des Rundfunks durch die Sicherheitskräfte ergaben sich die SS-Leute und wurden abgeführt.¹⁶⁰

Sowohl Teile des österreichischen Bundesheeres, als auch Exekutivkräfte waren über den bevorstehenden Putsch bestens informiert. Trotz des Verrats des eingeweihten Polizeirevierinspektors Dobler, der Fey über die Machenschaften der SS-Leute informierte, konnte kein Profit geschlagen werden. Die Bürokratie und das passive Verhalten Feys, der zwischen Loyalität und der Verlockung der Macht schwankte, kosteten Dollfuß das Leben.

Obwohl Dollfuß ermordet wurde, scheiterte auch dieser Putsch. 250 Tote und ungefähr 500 Schwerverletzte waren bundesweit zu beklagen. Die Putschisten des Bundeskanzleramtes wurden verhaftet. Planetta und Holzweber verurteilte man zu Tode, so wie auch Johann Domes, der den Angriffstrupp auf die RAVAG befahl. Die Mitglieder der SS-Standarte wurden im Anhaltelager Wöllersdorf inhaftiert. Wächter, Weydenhammer, Rotter und Habicht flüchteten in das Ausland.

12.4 Reaktionen

„Dollfuß ist gestorben, Österreich lebt“¹⁶¹ lautete die Schlagzeile der Zeitung Ujság. Sie berichtete über Dollfuß sterbenden Kampf und Feys Versuch, die Putschisten zum Aufgeben zu überreden, die aber vorerst solch einer Aufforderung nicht Folge leisten wollten. Weitere Artikel behandelten die Verwicklungen der Heimwehr und der Polizei und knüpften Zusammenhänge zu den Nationalsozialisten.

¹⁶⁰ Gerhard Jagschitz, Der Putsch, S.111f., Wien 1976

¹⁶¹ FM 3/ 681 Ujság, 26.Juli 1934, (e.Ü)

„Bewaffnete Hakenkreuzler putschten in Österreich und ermordeten Dollfuß“¹⁶², schrieb die Zeitung Népszava, die zusätzlich zu den Ereignissen vom 25. Juli auf die italienischen Truppen verwies, die an der österreichischen Grenze in Alarmbereitschaft standen.

Betroffenheit spiegelte auch der Pester Lloyd wider, der über den bewaffneten Naziputsch sehr heroisch berichtete: „Bundeskanzler Dollfuß nahm diese Vergewaltigung nicht ohne Widerstand hin. Er setzte sich mit unerschrockener Tapferkeit zur Wehr und ließ es darauf ankommen, daß auf ihn geschossen wurde. So starb er den Heldentod, ganz nach dem Vorbilde des Grafen Stefan Tisza. Leuchtend, wie sein unerschütterlicher Heroismus im Kampfe gegen den nationalsozialistischen Umsturz, war auch die tragische Größe der Art und Weise, wie er aus dem Leben schied. Dieser kleine Mann war in der Tat ein überlebensgroßer Charakter, und wer daran je zweifeln konnte, den mußte die Seelengröße, mit der er dem Tode ins Auge blickte, von der Nichtigkeit dieses Zweifels überzeugen.“¹⁶³

Adolf Hitler betraute den Herrn von Papen mit der Sondermission zur Versöhnung zwischen Deutschland und Österreich zu vermitteln und fügte hinzu: „Das Attentat gegen den Bundeskanzler, das von der Reichsregierung aufs schärfste verurteilt und bedauert wird, hat die an sich schon labile politische Lage Europas ohne unsere Schuld noch weiter verschärft. Es ist daher mein Wunsch, wenn möglich zu einer Entspannung der gesamten Lage beizutragen und insbesondere das seit langem getrübt Verhältnis zu dem österreichischen Staat in freundschaftliche Bahnen zu leiten.“¹⁶⁴

Reichsverweser Horthy schickte Bundespräsident Miklas ein Beileidstelegramm: „Tief erschüttert von der entsetzlichen Kunde, drücke ich Ew. Exzellenz und Österreich mein tiefstes und innigstes Beileid anlässlich des Ablebens des Herrn Bundeskanzlers Dr. Dollfuß, des großen Staatsmannes, aus. An diesem Beileid nimmt die ganze ungarische Nation teil, die im Verblichenen einen warmen Freund verloren hat.“¹⁶⁵

¹⁶² FM 3/ 2133 Népszava, 26. Juli 1934, (e.Ü)

¹⁶³ FM 3/ 775, 26. Juli 1934,

¹⁶⁴ FM 3/ 775, 27. Juli 1934

¹⁶⁵ Ebenso

Der ungarische Botschafter schickte seine diplomatische Korrespondenz an das ungarische Außenamt: „Folgende Lehren sind aus dem Putsch vom 25.Juli zu ziehen: Der blutige Putsch der Nationalsozialisten ist binnen kurzer Zeit zusammengebrochen. Es hat sich herausgestellt, daß die Nationalsozialisten sich weiter Verbreitung erfreuten. Jedoch waren nicht mehr als 15.000 Mann daran beteiligt. Trotz der Befürchtungen der Sozialdemokratie, hatte das österreichische Bundesheer sich zu 100% gegen die Aufständischen gestellt und damit ihre Pflicht erfüllt. Die Sozialdemokraten verhielten sich unauffällig und bedeckt, was die Putschisten traurig zur Kenntnis nahmen.“¹⁶⁶

„Drei Wochen nach dem Putsch ist es noch immer nicht zu verifizieren, welche Personen Dollfuß erschossen haben. Bis jetzt wurden jediglich acht Todesurteile vollstreckt. Man kann nur sagen, dass der Putsch gut vorbereitet war und die Fäden aus Deutschland gesponnen wurden.“¹⁶⁷

Trotz des Putschversuches gewannen die Nationalsozialisten immer mehr an Terrain. Dies wurde auch vom ungarischen Stabschef bestätigt, der die österreichische Lage aus militärpolitischen sicht folgendermaßen interpretierte: „Es besteht kein Zweifel, daß die Mehrheit des Volkes Nationalsozialisten sind. Die Jugend ist ein bedeutender Teil davon. Ob dies eine innere Bewegung ist, oder ob dies auf einen äußeren Einfluß hinaus geschieht, ist schwer zu beurteilen. Mit der inneren Kraft der Regierung ist auf keinen Fall zu rechnen. Die Regierung ist sorglos und sei auf äußere Kräfte angewiesen. Es ist mit weiteren Schwierigkeiten zu rechnen. Die Rolle Deutschlands ist sehr zweifelhaft. Der Anschluß wird zwar nicht verneint, er ist jedoch noch kein Thema.

Für militärische Kämpfe sind wir derzeit nicht gewappnet. Wir müssen mit der italienischen Regierung eng zusammenarbeiten und den Kontakt mit Berlin pflegen. Mit Österreich kann man nur wenig erreichen. Für Österreich müßte es das Ziel sein, mit den Nationalsozialisten abzurechnen oder neutral zu bleiben, auch in Hinsicht auf eine Restauration(Habsburg). So auch mit der Problematik, die sich dann mit der Entente ergeben würde.“¹⁶⁸

¹⁶⁶ O.L. K 63 149/pol.-1934, (e.Ü)

¹⁶⁷ O.L. K 63 156/pol.-1934, (e.Ü)

¹⁶⁸ O.L. K 64 397/res.pol.-1934, (e.Ü)

XIII. Schlußresümee

Das Ende des ersten Weltkriegs brachte sowohl eine soziale als auch politische Umwälzung in den ehemaligen Ländern der k.u.k. Monarchie. Die Republik Deutsch-Österreich folgte territorial stark eingeschränkt dem alten Reichsgebilde nach und besiegelte zusätzlich das Ende des Adels. Die Dominanz der beiden Großparteien, die der Christlichsozialen und der Sozialdemokratie prägten bis zur Ernennung Dollfuß zum Bundeskanzler das politische Geschehen der Zwischenkriegszeit.

Konträr dazu verlief der politische Prozeß in Ungarn. Die kurze Etablierung der Räterepublik unter Bela Kuhn und das Eindringen von feindlichen rumänischen Truppen im Süden des Landes erschütterten zwar kurzzeitig das Land, konnten aber keine politische Wende einläuten. Reichsverweser Nikolaus Horthy nützte die Gunst der Stunde und ließ sich als Befreier der Nation feiern. Dieser Sieg verhalf Horthy nicht nur zu einer Machtübernahme, sondern sicherte zusätzlich die Kontinuität des politischen Konservatismus und des Adels. Dabei festigte Ministerpräsident Bethlen eine Dekade lang die Machtansprüche seines Reichsverwesers. Erst mit der Ära Gömbös änderte sich die politische Landschaft in Ungarn ein wenig.

Die innen- und außenpolitischen Interessen von Österreich und Ungarn divergierten stark voneinander. Innerstaatlich führte die Regierung Dollfuß einen erbitterten Kampf gegen die Sozialdemokratie und den aufkommenden Nationalsozialismus. Dollfuß stark ausgeprägte katholische Einstellung und sein autoritärer Regierungskurs konnten keine Lösung auf die gesellschaftspolitischen Probleme des Landes finden. Das gegenseitige Mißtrauen der Großparteien, Unnachgiebigkeit, die Ausschaltung des Parlaments, die Radikalisierung der Straße, Zusammenstöße der paramilitärischen Wehrverbände, der kontinuierliche Druck seitens Mussolinis und der Heimwehren, führten letztendlich zum Bürgerkrieg. Der Kampf gegen die inneren Feinde des Landes band enorme Kräfte und hatte eine Lähmung der österreichischen Innenpolitik zur Folge.

In den bilateralen Beziehungen war eine starke Abhängigkeit erkennbar. Der mit Ungarn geführte Zollkrieg, der als Grundlage für die noch auszuhandelnden Import-Export Garantien diente, brachte nicht den erhofften Erfolg. Ganz im Gegenteil, das Ausbleiben der ungarischen Fleischlieferungen zwang die Regierung zum Einlenken

und zur Verlängerung des Handelsabkommens ohne die von der Regierung Dollfuß geforderten Garantien.

Auch die Beziehung zu Italien war von einer starken Abhängigkeit gekennzeichnet. Mussolini befreite zwar den Kanzler von einer völligen politischen Isolation und stellte ihn gegenüber Deutschland unter seinen Schutz, bekräftigte jedoch seine Forderungen nach der Auslöschung der Demokratie, der Parteien und der Faschisierung des Staates. Die Etablierung einer autoritären Führung stellte er als Grundvoraussetzung für eine wirtschaftliche und militärische Subvention dar. Höhepunkt der Beziehungen bildeten die am 17. März 1934 unterzeichneten „Römischen Protokolle“ zwischen Österreich, Ungarn und Italien, die eine stärkere Zusammenarbeit unter den Signatarstaaten garantieren sollten. Der Duce legte seinen Schwerpunkt auf die Abkapselung Jugoslawiens und eine Erhöhung seines Einflusses im Adriaum, welchen er mit der Unterstützung Ungarns zu erzielen erhoffte.

Ungarns außenpolitische Ambitionen waren ganz klar von den eigenen Revisionsforderungen geprägt. Dazu zählten Teile des neu entstandenen Jugoslawiens, aber auch das abgetrennte Siebenbürgen. Gömbös hoffte, in Hitler einen Kombattanten gegen die Tschechoslowakei und die Kleine Entente gefunden zu haben. Der Reichskanzler erfreute sich der faschistischen Sympathien seines ungarischen Amtskollegen, betrachtete Ungarn aber nur als Durchzugsgebiet für einen etwaigen Feldzug durch Südosteuropa.

Die ungarische Regierung erkannte relativ früh die Gefahr einer Einverleibung Österreichs in das Deutsche Reich, steuerte aber um die eigene Revisionspolitik nicht zu verletzen, die sie nur mit Deutschland verwirklichen konnte, nicht entgegen.

Bibliographie

Hellmut Andics, Der Staat den keiner wollte. Österreich 1918-1938, Wien 1962.

Dollfuß, Trabrennplatzrede, zit. Bei Klaus Berchtold(Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868-1966, Wien 1967, s.431-433.

Thomas von Bogyay, Grundzüge der Geschichte Ungarns, Darmstadt 1990.

Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918-1938, München 1976.

Ernst Bruckmüller, Personenlexikon Österreich, Wien 2001.

Heinrich Bußhoff, Das Dollfuß-Regime in Österreich, Berlin 1968.

Francis L. Carsten, Faschismus in Österreich. Von Schönerer zu Hitler, München 1977, S.177.

C.Earl Edmondson, Heimwehren und andere Wehrverbände, in: Emmerich Tálos u.a. (Hgg.), handbuch des politischen Systems Österreich. Erste Republik 1918-1933, Wien 1995, S.261,276.

Gertrude Enderle-Burcel, Mandatare im Ständestaat 1934-1938, Wien 1991, S.7-9.

Walter Goldinger, Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932-1934, Wien 1980.

Ernst Hanisch, Österreichische Geschichte, Der lange Schatten des Staates, Wien 2005.

Gerhard Jagschitz, Der Putsch, u.a. Graz 1976.

Gerhard Jagschitz, der österreichische Ständestaat, S.499, in: Erika Weinzierl/Kurt Skalnik(Hgg.), Österreich 1918-1938, Graz u.a. 1983, S.479-515.

Lajos Kerekes, Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr, Wien 1966.

Lajos Kerekes, Allianz Hitler-Horthy-Mussolini, Budapest 1966.

Hermann Kinder, Werner Hilgemann, dtv-Atlas Weltgeschichte, Band 2, München 2000.

Ulrich Kluge, Der österreichische Ständestaat 1934-1938, Wien 1984, S.96.

Hans Jürgen Krüger, Faschismus oder Ständestaat. Österreich 1934-1938, Kiel 1970.

Johann G. Lackner, Die Ideologie und die Bedeutung der Christlichsozialen Partei bei der Errichtung des Dollfuß-Schuschnigg Regimes, Diplomarbeit, Wien 1995, S.30-32.

Wolfgang Maderthaler (Hg.), Michaela Maier (Hg.), Der Führer bin ich selbst. Engelbert Dollfuß-Benito Mussolini Briefwechsel, Wien 2004.)

Carl Ploetz, der große Ploetz, Die Datenzyklopädie der Weltgeschichte, Freiburg 1998.

Thomas Sakmyster, Miklós Horthy, Wien 2006.

Roman Sandgruber, Österreichische Geschichte, Ökonomie und Politik, Wien 2005.

Georg Scheuer, Genosse Mussolini, Wurzeln und Wege des Urfaschismus, Wien 1985.

Gordon Shepherd, Engelbert Dollfuß, Graz-Wien-Köln 1961.

Anton Staudinger, Christlichsoziale Partei und die Errichtung des Autoritären Ständestaates in Österreich, S.68 in: Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Hgg.), vom Justizpalast zum Heldenplatz, Wien 1975, S.65-81.

Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938, Wien 1984.

Talos, Dachs, Hanisch, Staudinger, Handbuch des politischen Systems Österreichs, Erste Republik 1918-1933, Wien 1995.

Gudula Walterskirchen, Engelbert Dollfuß. Arbeitermörder oder Heldenkanzler, Wien 2004.

Helmut Wohnout, Regierungsdiktatur oder Ständeparlament, Wien 1993.

Walter Wiltschegg, Die Heimwehr, Wien 1985.

Erich Zöllner, Geschichte Österreichs, Wien 1990.

(Széchény Nationalbibliothek)

Dollinger Georg, Ungarns Außenpolitik 1933-1938 und der Anschluß Österreichs, Diss., Wien 1983.

Jenő Gergely, Christlich-sozialistische Ideen in Ungarn in: Etudes Historiques Hongroises 1990, European Intellectual Trends and Hungary, Budapest 1990, S.175-192.

Gergely Jenő, Izsák Lajos, A huszadik század története, Pannonica kiadó, 2000.

Jenő Gergely, Die christlich-soziale Bewegung, S.87-106

Jenő Gergely, Christlichsozialistische Ideen in Ungarn, S.175-192.

Gergely Jenő, Gömbös Gyula. Politikai Pályakép, Budapest 2001.

Gyáni Gábor, Kövér György, Magyarország Társadalom Története. A reformkortól a második világháborúig, Budapest 2004.

Horthy Mikós, Emlékirataim, 3.Aufl. Budapest 1990.

Juhász Gyula, Magyarország külpolitikája 1919-1945, 3.Auflage, Kossuth Könyvkiadó, 1988. (Sig.:MC 106.116)

Magyarország története (in 10 Bde), Bde.8, 1918-1919, 1919-1945, Budapest 1976.

Hans M.Peherstorfer, Die Ära Dollfuß, Dipl., Linz 2003.

Pritz Pál, Magyarország külpolitikája Gömbös Gyula miniszterelnöksége idején 1932-1936, Akadémia Kiadó, Budapest 1982.

Pritz Pál, Magyar diplomacia a két háború között, Budapest 1995.

Pritz Pál, A trianoni Magyarország 1918-1945, Budapest 1999.

Franz Schausberger, Letzte Chance für die Demokratie, Wien 1993.

Szatmári Péter, Das österreichische Dilemma S.249-257.

Péter Szatmári, Das österreichische Dilemma: Engelbert Dollfuß und seine Kanzlerschaft in: Begegnungen, Schriftenreihe des Europa Institutes Budapest Bd.10, Budapest 2000. (An der Schwelle der Europäischen Union, S.249-257)

Quellen:

O.L. (Országos Levéltár = Staatsarchiv) Küm (Außenministerium) res.pol.(reservat politisch)

O.L.Küm 58, Das Ministerkabinett September 1933-25.Juli 1934

O.L.Küm 59, Präsidentschaftskanzlei 1919-1941

O.L.Küm 63, Politabteilung 1933-1934

O.L.Küm 64, Politabteilung, reservierte Akten 1918-1944

O.L.Küm 66, Akten 1934

O.L.Küm 69, Wirtschaftspolitische Abteilung 1933

O.L.Küm 70, Rechtsabteilung 1932-1938

K 589 Horthy Akten

Ungarische Nationalbibliothek, Zeitungsarchiv (Mikrofilm):

Uj Nemzedék (Neue Generation) FM 3/747, 1932-1934

Ujság (Zeitung) FM 3/681:2, 1932-1934

Népszava (Volksmeinung) FM 3/2133, 1933-1934

Pester Lloyd FM 3/775, 1933-1934

Erdélyi Lapok (Siebenbürger Blatt) FM 3/111, 1934

Abstract

Zu Beginn der 1930er Jahre etablierten sich in Österreich und Ungarn diktatorische Regierungsformen. Engelbert Dollfuß schuf mit der Ausschaltung des Parlaments den autoritären Ständestaat. Der Protagonist auf ungarischer Seite war Gyula Gömbös, der den langjährigen Ministerpräsidenten István Bethlen folgte. Zwar wurden in Ungarn Wahlen abgehalten, doch waren diese geschickt manipuliert und sicherten somit den Reichsverweser Nikolaus Horthy eine unumschränkte Machtausübung.

Während Dollfuß immer mehr in eine politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von Italien aber auch von Ungarn gelangte, versuchte Gömbös sein Land aus der Isolation der Kleinen Entente herauszulösen. Ungarns Ziel war es, das Diktat von Versailles zu brechen und Verbündete für den Kampf der Revision zu rekrutieren.

Dabei forcierte Gömbös seine Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland mit der Hoffnung, daß ihm Hitler zum gegebenen Zeitpunkt mit militärischer Hilfe zur Seite stehen würde. Doch für Hitler galt Ungarn nur als ein Durchzugsgebiet bei einem etwaigen Feldzug durch Südosteuropa.

Starke politische und soziale Differenzen zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen verschärften die innenpolitische Lage in Österreich. Zusätzlich stieg der Druck aus Deutschland, der sich in Form von Attentaten und Sprengstoffanschlägen bemerkbar machte. Die Unnachgiebigkeit des Kanzlers in Verbindung mit der Radikalisierung der Straße und der Politik führten letztendlich im Jahr 1934 zum Bürgerkrieg. Die schnelle Niederschlagung der Kämpfe leitete weitere rigorose Maßnahmen ein und ebnete den Weg für den Ausbau der Diktatur. Dem Druck aus Deutschland konnte nichts mehr Wirksames entgegengesetzt werden, die ersten düsteren Vorzeichen eines bevorstehenden Anschlusses traten in unmittelbare Nähe. Doch Dollfuß sollte dies nicht mehr erleben.